



JOHANNES GUTENBERG
UNIVERSITÄT MAINZ

Wahlbeteiligung bei Europawahlen - Eine empirische Studie zu Deutschland und Polen

Hausarbeit zur Erlangung des Akademischen Grades
einer Magistra Artium

vorgelegt dem Fachbereich Sozialwissenschaften, Medien und Sport
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

von

Katrin Schiefer
aus Mainz

2011

Erstgutachterin: xxx*

Zweitgutachter: xxx*

*aus datenschutzrechtlichen Gründen gelöscht

Inhaltsverzeichnis

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	iii
1. Einleitung	1
2. Europawahlen	7
2.1. Formale Grundlagen der Europawahlen	7
2.2. Besonderheiten des europäischen Systems	10
2.3. Allgemeiner Trend der Europawahlbeteiligung	12
2.4. Die Europawahl 2009	14
3. Wahlbeteiligung bei Europawahlen: Theoretisches Konzept ...	16
3.1. Die klassischen Wahlbeteiligungstheorien	16
3.2. Aktueller Forschungsstand zur Wahlbeteiligung bei Europawahlen	21
3.3. Modell zur Erklärung der Wahlbeteiligung bei Europawahlen nach Franklin/Wessels	25
3.4. Erweitertes Erklärungsmodell	35
3.5. Länderauswahl	39
3.6. Hypothesen	42
4. Empirische Analyse	45
4.1. Datenbasis	45
4.2. Operationalisierung	48

4.3. Analyseverfahren	56
4.4. Deskriptive Statistik.....	59
4.5. Bivariate Zusammenhänge	72
4.6. Logistische Regression.....	76
5. Zusammenfassung und Fazit.....	88
Appendix.....	94
Literaturverzeichnis.....	134

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Nr.	Titel	Seite
2.1.1	Übersicht Wahlprozedere in den EU-Mitgliedsstaaten	9
2.3.1	Durchschnittliche Wahlbeteiligung bei Europawahlen, 1979-2009	13
2.4.1	Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2009 in %	14
3.4.1	Erweitertes Erklärungsmodell	38
3.5.1	Europawahlprozedere in Deutschland und Polen	41
4.1.1	Linkages studied by the EES	45
4.2.1	Indikatoren des theoretischen Modells	55
4.4.1	Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2009 in Polen und Deutschland	60
4.4.2	System-Defizit in Polen und Deutschland a. Effektivität b. Responsivität c. Institutionenvertrauen	62
4.4.3	Gemeinschaftsdefizit in Polen und Deutschland	64
4.4.4	Mobilisierungsdefizit in Polen und Deutschland a. vermittelte Informationen b. Kontakte c. Informationssuche	66
4.4.5	Gewohnheitswählen in Polen und Deutschland	68
4.4.6	Wirtschaft in Polen und Deutschland a. Wirtschaftliche Lage des Landes b. Arbeitslosigkeit	69
4.4.7	Ergebnisse des Mann-Whitney-Tests für alle unabhängigen Variablen des Erklärungsmodells	70
4.5.1	CramersV zur Beschreibung der Beziehungen zwischen der Europawahlbeteiligung und den unabhängigen Variablen in Deutschland (DE) und Polen (PL)	74
4.6.1	Ergebnisse der logistischen Regression für Deutschland und Polen	79
4.6.2	a. Klassifizierungstabelle zur Beurteilung der richtig vorhergesagten Fälle für Deutschland b. Klassifizierungstabelle zur Beurteilung der richtig vorhergesagten Fälle für Polen	84

1. Einleitung

Seit 1979 werden die Abgeordneten des Europäischen Parlaments von den Bürgerinnen und Bürgern der einzelnen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) direkt gewählt. Es handelt sich dabei um die einzige Gelegenheit, bei der die Bevölkerung die Möglichkeit hat, direkt auf die europäische Ebene einzuwirken. Mit ihrer Stimme entscheiden sie, welche Abgeordneten in das Europäische Parlament einziehen sollen und drücken somit ihre individuellen politischen Präferenzen aus. Doch diese Chance nehmen immer weniger Bürger tatsächlich wahr: Die Beteiligungsraten fallen stetig ab.

Bereits seit der ersten Europawahl wird das niedrige Beteiligungsniveau in der Literatur immer wieder thematisiert. Obwohl sich seit dieser ersten Direktwahl vieles geändert hat, setzt sich der Abwärtstrend der Beteiligungsraten fort: Seit 1999 nehmen sogar weniger als die Hälfte der Bürger der Europäischen Union an den Direktwahlen teil, damit wurde die „demokratische Schmerzgrenze“ von 50% bereits vor über zehn Jahren unterschritten (Brettschneider/van Deth/Roller 2003: 16). Weder die Erweiterungen der Europäischen Union, noch die zahlreichen Reformen und der damit einhergehende Bedeutungszuwachs des Europäischen Parlaments konnten etwas an diesem Trend ändern. Die Gesetzgebungskompetenzen der Kammer wurden im Rahmen des Vertrags von Lissabon erheblich ausgeweitet, so dass das Parlament in wichtigen Politikbereichen als gleichberechtigter Partner neben dem Rat agiert. Zu weiteren wichtigen Veränderungen gehört außerdem die volle Beteiligung bei der Haushaltsplanung sowie die Wahl des Kommissionspräsidenten. Das Parlament ist heute also mächtiger als je zuvor, dennoch scheint es, als würden alle Reformen und Bemühungen, die Europäische Union transparenter und somit attraktiver für die Bürger zu machen, unbeachtet bleiben: Informationen über die Wirkung der Reformbestrebungen kommen offenbar nicht auf der Bürgerebene an. Dies hat erhebliche Folgen, denn wenn immer weniger Bürger bereit sind, an der Berufung der Abgeordneten teilzuhaben, ergeben sich daraus Probleme für die Legitimation des Europäischen Parlaments und damit auch der Europäischen Union insgesamt. Werden die Europaabgeordneten nur noch von einer Minderheit der

Bevölkerung gewählt, widerspricht diese Praxis dem demokratischen Grundprinzip der Mehrheitsregel. Es stellt sich die Frage, wie lange überhaupt noch von einem demokratischen System gesprochen werden kann, wenn man bedenkt, dass die Entscheidungen des Europäischen Parlaments auch für die nationale Ebene immer wichtiger wird: Fast die Hälfte der Gesetze kommt heute aus Brüssel. Diese Gesetze stehen in der Normenhierarchie sogar über den nationalen Gesetzen und erhalten daher Geltungsvorrang, d.h. sie müssen in den Mitgliedsstaaten zur Anwendung kommen.

Die Annahme, dass es bei Europawahlen um wenig gehe, weil eine Regierungsbildung als unmittelbares, transparentes Ergebnis der Wahl fehle, hält sich beständig, obwohl die Bedeutung der Europäischen Union und des Parlamentes auch für den nationalen Kontext zunimmt: „What is at stake in EU politics is no longer so limited“ (Schmitt 2005: 653). Trotzdem bewährt sich die von Karlheinz Reif und Hermann Schmitt entwickelte Theorie der nationalen Nebenwahlen (1980) in der Forschungsliteratur als Erklärung für die beständig niedrigen Wahlbeteiligungsraten. Darüber hinaus wird argumentiert, dass man die schlechte Bürgerbeteiligung nicht als Versagen der EU-Reformen sehen könne, denn das Abstimmungsverhalten der Bürger orientiere sich vielmehr an nationalen Themen. Es gehe bei Europawahlen also primär um die Bewertung der Performanz nationaler Parteien - damit tragen diese Wahlen eher eine Art Testwahlcharakter. Die beschriebenen Entwicklungen, sowie die umfassenden Reformen sollten allerdings über die Zeit dazu führen, dass Europawahlen immer weniger als nationale Nebenwahlen eingestuft werden können, so die Prognose der Wissenschaftler.

Die letzten Direktwahlen fanden 2009 statt; sie stellten in vielerlei Hinsicht eine Besonderheit dar, weshalb in Fachkreisen die Hoffnung auf einen Anstieg der Wahlbeteiligung geäußert wurde. Doch auch diese Erwartungen wurden enttäuscht: 2009 lag die durchschnittliche Wahlbeteiligung in den 27 EU-Mitgliedsstaaten gerade mal bei 43%. Bereits 2004 erwiesen sich ähnlich zuversichtliche Vorhersagen als falsch; damals hatten Forscher wie Bernhard Wessels und Mark N. Franklin (2010: 83) vermutet, die Beteiligung der Bürger steige aufgrund des starken symbolischen Charakters als „[...] the `founding

elections´ of the new Europe [...]“ signifikant an, denn es handelte sich damals um die ersten Wahlen nach der historischen Osterweiterungsrunde der Europäischen Union. Allerdings konnte man damals plausibel argumentieren, dass eine gewisse *election fatigue* für das niedrige Beteiligungsniveau verantwortlich gewesen sein könnte, denn im Vorfeld der eigentlichen Wahl waren die Bürger der neuen Mitgliedsstaaten bereits im Rahmen des Beitrittsreferendums aufgefordert, ihre Präferenz bezogen auf die europäische Sphäre zu äußern. Viele Bürger könnten in dieser Abstimmung bereits das eigentliche Ereignis gesehen haben, weshalb sie unter Umständen müde waren, erneut Wählen zu gehen. Diese Wahlmüdigkeitsthese könnte zwar in einem kausalen Zusammenhang zur Europawahl 2004 stehen, für 2009 kommt dieses Argument allerdings nicht als Erklärungsgröße in Betracht.

Neben der weiter sinkenden Wählerbeteiligung lässt sich bei der Wahl 2009 noch ein weiterer Befund beobachten: Zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten herrschen enorme Unterschiede bei der Wahlteilnahme der jeweiligen Bürger. In der Forschungsliteratur wurde vermutet, dass die postkommunistische Vergangenheit einiger neuer Mitgliedsstaaten für diesen Befund verantwortlich ist: Damit zielt diese Erklärung auf das geringe Vertrauen der Bevölkerungen in die politischen Parteien und damit zusammenhängend die fehlende Internalisierung der Wahlnorm ab. Die genannten Erklärungsgrößen können allerdings nicht alleine für die beobachteten Unterschiede verantwortlich sein, denn nicht in allen postkommunistischen Staaten ist ein niedriges Beteiligungsniveau zu beobachten. Es stellt sich die Frage, welche Faktoren die vorliegenden Unterschiede besser erklären können. Die Beantwortung dieser Frage steht im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit.

Ergeben sich bei der Analyse erhebliche Unterschiede zwischen den alten etablierten und den neuen postkommunistischen Mitgliedsstaaten könnte das erhebliche Folgen für die Europäische Union nach sich ziehen und unter Umständen zu einer Spaltung führen. Wenn sich herausstellen würde, dass die Bevölkerungen der beiden Ländergruppen völlig unterschiedlich auf die Wahlen zum Europäischen Parlament reagieren, stellt sich zwangsläufig die Frage, wie aussagekräftig die jeweiligen Wahlergebnisse überhaupt sind und welche Schlüsse

daraus gezogen werden können bzw. in welchen Bereichen Handlungsbedarf besteht. Grundsätzlich können die Ergebnisse der Analyse der Wahlbeteiligung in zwei unterschiedliche Richtungen weisen, die jeweils unterschiedliche Konsequenzen hätten: Zum einen wäre es denkbar, dass die Erklärungsgrößen, die einen Effekt auf die Beteiligung der Bürger haben, in unmittelbarem Zusammenhang mit der Demokratielänge eines Landes stehen. Ein solches Ergebnis wäre weniger folgenreich, da damit die Hoffnung verknüpft ist, dass die neuen Mitgliedsstaaten über die Zeit ein ähnliches Niveau erreichen wie die alten etablierten Staaten. Zum anderen könnte sich aber auch herausstellen, dass die Bevölkerungen grundlegende Unterschiede aufweisen und deshalb andere Faktoren auf die Wahlteilnahme einwirken. Wenn sich beispielsweise herausstellt, dass Mängel im politischen System der Europäischen Union in den neuen Ländern maßgeblich für die geringe Beteiligung verantwortlich ist, dann müsste die Union darauf reagieren und diese Mängel beheben um nicht in eine noch tiefere Legitimationskrise zu gelangen und um eine eventuelle Spaltung der Union zu verhindern. Denn wenn sich der Abwärtstrend der Beteiligungsraten fortsetzt und immer weniger Bürger bereit sind, an der Europawahl teilzunehmen, stellt sich die Frage nach der Aussagekraft der jeweiligen Ergebnisse und nach Sinn und Zweck der Wahl. Wenn es dabei nämlich nicht mehr um die Legitimierung der Repräsentation durch die Abgeordneten geht, wird die eigentliche Funktion der Wahl verfehlt.

In der vorliegenden Arbeit geht es folglich um einen Vergleich zwischen alten und neuen EU-Mitgliedsstaaten bzw. alten und jungen Demokratien. Es wird an zwei konkreten Fallbeispielen untersucht, welche Faktoren einen Einfluss auf die Entscheidung der Bürger haben, an der Europawahl teilzunehmen. Bevor anhand der Analyse die Frage beantwortet wird, ob zwischen beiden Ländergruppen Unterschiede bestehen oder ob sich die Bürger in beiden Gruppen ähnlich verhalten, werden zunächst kurz die institutionellen Regeln der Europawahl erläutert und die verschiedenen Wahlprozeduren in den einzelnen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union dargelegt. Die Untersuchung der Wahlbeteiligungsraten bei Europawahlen zeigt, dass Polen zu den Staaten mit der niedrigsten Wählerbeteiligung gehört. 2009 liegt das Niveau zwar etwas höher

als 2004, mit knapp 25% bewegt sich die Rate aber immer noch im unteren Drittel. Auch der Vergleich von Beteiligungsraten bei nationalen und europäischen Wahlen bestätigt, dass nicht generell davon ausgegangen werden kann, dass die polnische Bevölkerung ein geringes Interesse an Wahlen zeigt: So lag die Beteiligung bei den letzten nationalen Wahlen oberhalb der 50%-Marke. Im Vergleich dazu liegt Deutschland mit einer Beteiligung von 43% bei letzten Europawahl im Mittelfeld der Wahlbeteiligungsniveaus. Aufgrund der institutionellen Kompatibilität beider Länder werden in dieser Arbeit polnische und (west-)deutsche Wähler im Bezug auf die Beteiligung an der Europawahl 2009 untersucht; in einem zweiten Schritt werden die jeweiligen Ergebnisse miteinander in Beziehung gesetzt und verglichen.

Zur Beantwortung der Frage, wie die Europawahlbeteiligung auf der Individual-ebene erklärt werden kann, steht die Entwicklung eines entsprechenden allgemeinen Erklärungsmodells im Mittelpunkt des Theorieteils dieser Arbeit. Im Wesentlichen wird dazu auf die beiden Politikwissenschaftler Mark N. Franklin und Bernhard Wessels Bezug genommen, die in verschiedenen Forschungspapieren ebenfalls dieser Frage nachgehen. Das Grundprinzip ihres Modells besteht in der Annahme verschiedener Defizite, wobei diese Mängel in den neuen EU-Mitgliedsstaaten mit einer niedrigen Wahlbeteiligung stärker ausgeprägt sein müssten als in allen anderen Staaten. Die beiden Autoren testen verschiedene Hypothesen, die sich auf drei Dimensionen beziehen: das politische System der EU, die europäische politische Gemeinschaft und die Mobilisierung im Zuge des Europawahlkampfes. Dieses ursprüngliche Modell wird in der vorliegenden Arbeit um zwei weitere Dimensionen ergänzt, von denen ebenfalls ein Einfluss auf die Beteiligungsbereitschaft erwartet wird. Es handelt sich zum einen um die Komponente des Gewohnheitswählens und zum anderen um die Einschätzung der staatlichen und der eigenen wirtschaftlichen Lage. Generell wird davon ausgegangen, dass die Defizite in den fünf genannten Bereichen in Polen größer ausfallen als in Deutschland und somit die niedrige Wahlbeteiligung erklärt werden kann. Die gravierendsten Unterschiede werden dabei in den Bereichen der Wahlnorm, des politischen Systems selbst und der politischen Gemeinschaft erwartet, da die postkommunistischen Bevölkerungen über die Zeit mög-

licherweise noch nicht genügend Erfahrungen mit der Demokratie sammeln konnten, um Bürgerpflichtgefühle und Identifikation mit dem System und der Gemeinschaft zu entwickeln und entsprechend zu verinnerlichen.

Die einzelnen Hypothesen, die sich aus den angenommenen Defizitdimensionen ergeben, werden mithilfe der Daten der European Election Study 2009 messbar gemacht und verschiedenen statistischen Prüfverfahren unterzogen. Bei der genannten Studie handelt es sich um die aktuellsten Umfragedaten zur letzten Europawahl; sie ist Teil eines Pilotprojekts europäischer Politikwissenschaftler, die das Ziel verfolgen, einen integrierten umfassenden Datensatz zur Erforschung von Europawahlen über die Zeit hinweg zu etablieren. Die Daten eignen sich für die angestrebte Untersuchung, da alle Indikatoren adäquat operationalisiert werden können. Im empirischen Teil dieser Arbeit geht es zunächst um die Beschreibung der Daten und damit um die einzelnen Häufigkeitsverteilungen im Bezug auf die verwendeten Indikatoren in den beiden untersuchten Ländern. Für jeden Indikator werden Grafiken angefertigt, die einen unmittelbaren Vergleich deutscher und polnischer Befragter erleichtern und veranschaulichen. In einem zweiten Schritt werden zunächst die bivariaten Zusammenhänge der unabhängigen Variablen mit der abhängigen Variable - Europawahlbeteiligung - analysiert und ein erster Vergleich zwischen den gefundenen Zusammenhängen in Deutschland und Polen durchgeführt. Im letzten Analyseschritt wird mithilfe einer logistischen Regressionsanalyse überprüft, ob die gefundenen Zusammenhänge auch in einem multivariaten Modell zu finden sind. Dabei werden zwei separate Modelle für Deutschland und Polen errechnet, die dann zueinander in Beziehung gesetzt werden. Im Schlusskapitel dieser Arbeit werden die gefundenen Ergebnisse zusammengefasst, in einen größeren Kontext eingeordnet und schließlich mögliche Implikationen erläutert, die sich daraus für die Europäische Union ergeben.

2. Europawahlen

Da die Aufgabe der vorliegenden Arbeit darin besteht, die Wahlbeteiligung bei Europawahlen zu erklären, sollten zunächst die Rahmenbedingungen dieser Art von Wahlen klar sein. Zuerst werden daher die Grundlagen und Besonderheiten von Europawahlen erörtert, dabei wird es in einem ersten Schritt um die allgemeinen Grundlagen und die Entwicklung der Wahlen gehen um dann im zweiten Schritt genauer auf die Besonderheiten von Europawahlen in Abgrenzung zu nationalen Wahlen einzugehen. Es zeigt sich, dass es seit der ersten Europawahl einen allgemeinen Abwärtstrend bei der Wahlbeteiligung gibt, der sich bis heute zu manifestieren scheint. Darauf wird im weiteren Verlauf dieses Kapitels genauer eingegangen. Schließlich wird es im letzten Teil um die Europawahl 2009 gehen; besonders werden dabei die Wahlbeteiligungsraten in den einzelnen Mitgliedsstaaten analysiert.

2.1. Formale Grundlagen der Europawahlen

Das Europäische Parlament ist das einzig direkt gewählte Organ der Europäischen Union: Seit 1979 entsenden die Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedsstaaten ihre jeweiligen Abgeordneten auf fünf Jahre in diese Kammer. Zunächst gab es für diesen Wahlvorgang kein einheitliches Verfahren, stattdessen kamen die nationalen Wahlsysteme in den einzelnen Mitgliedsstaaten zur Anwendung. Zwar wurde von Beginn an (bereits in den Römischen Verträgen) von dem Ziel der Anpassung des Wahlsystems gesprochen, dennoch fanden sich für die Homogenisierung der Wahlprozedur bis zum Jahr 2002 keine entsprechenden Mehrheiten im Rat der Europäischen Union (Farrel/Scully 2007: 73).

Seit der Gesetzesänderung wird nun in allen Mitgliedsstaaten auf Basis des Verhältniswahlrechts gewählt, dabei ist den Staaten allerdings weiterhin freigestellt, ob sie ein so genanntes Listensystem anwenden oder nach dem Single Transferrable Vote-System vorgehen (ebd.). Demzufolge ist es möglich, den Fokus entweder auf Parteilisten oder, wie im zweiten Fall, auf die jeweiligen Kandidaten zu legen. Das System der Single Transferrable Vote kommt derzeit

nur in Irland und Malta zur Anwendung. In einigen EU-Staaten gibt es zusätzlich die Möglichkeit, individuelle Präferenzen für Kandidaten auszudrücken (Wüst/Stöver 2005: 168). Dies ist beispielsweise in Österreich, Belgien und Luxemburg der Fall; in Schweden können die Wähler sogar zusätzliche Kandidaten auf die bestehenden Liste setzen oder Namen von dieser Liste streichen lassen (Lehmann 2009: 17). Auch die Einteilung der Wahlkreise bleibt den Mitgliedsstaaten überlassen (Wüst/Tausendpfund 2009: 4). Den Ländern ist ebenfalls freigestellt, ob sie eine Sperrklausel für den Einzug von Parteien ins Parlament einführen oder nicht, diese darf allerdings 5% nicht übersteigen (ebd.). So ist es in Italien „[...] keine Seltenheit, dass Parteien, die unter 1% der gültigen Stimmen erhalten haben, einen Abgeordneten nach Straßburg/Brüssel entsenden [...]“ (Wüst/Stöver 2005: 168). Bis heute gibt es auch keinen genauen Wahltermin, sondern lediglich einen von der EU festgelegten Zeitraum, in dem die Mitgliedsstaaten die Wahl abhalten müssen: Dieser reicht üblicherweise von Donnerstag bis Sonntag (Franklin 2001a: 203). Die Öffnungszeiten der Wahllokale liegen dabei ebenfalls im Entscheidungsbereich der Länder. Auch bei der Stimmenverrechnungsformel gibt es in den verschiedenen Mitgliedsstaaten Unterschiede, wobei die meisten das System D'Hondt verwenden (Wüst/Stöver 2005: 168). Ein ähnliches Vorgehen bei nationalen Wahlen in Ländern mit verschiedenen Bundesstaaten würde zu einer erheblichen Beeinflussung der Wahlergebnisse führen; Franklin (2001a: 203) betont allerdings, dass dies bei Europawahlen nicht zu erwarten ist, da die Wahlkämpfe einen starken nationalen Bezug aufweisen. Folglich nehmen die Wähler primär ihren nationalen Kontext wahr und orientieren sich nicht an ihren europäischen Nachbarn (Reif 1997: 117).

Tabelle 2.2.1: Übersicht Wahlprozedere in den EU-Mitgliedsstaaten					
Mitgliedsstaat	Sitze im Parlament	Wahlalter	Wahltag	Wahlkreise	Sperrklausel
Belgien	22	18	So	3	-
Bulgarien	18	18	So	1	-
Dänemark	13	18	Do	1	-
Deutschland	96	18	So	1	5%
Estland	6	18	So	1	-
Finnland	13	18	So	1	-
Frankreich	74	18	So	8	5%
Griechenland	22	18	So	1	3%
Irland	12	18	Fr	4	-
Italien	73	18	Sa u So	5	4%
Lettland	9	18	Sa	1	-
Litauen	12	18	So	1	5%
Luxemburg	6	18	So	1	-
Malta	6	18	Sa	1	-
Niederlande	26	18	Do	1	-
Österreich	19	16	So	1	4%
Polen	51	18	So	1	5%
Portugal	22	18	So	1	-
Rumänien	33	18	So	1	5%
Schweden	20	18	So	1	4%
Slowakei	13	18	Sa	1	5%
Slowenien	8	18	So	1	4%
Spanien	54	18	So	1	-
Tschechien	22	18	Fr u Sa	1	5%
Ungarn	22	18	So	1	5%
Vereinigtes Königreich	73	18	Do	12	-
Zypern	6	18	Sa	1	1,8%
Quellen: Farrell/Scully 2007: 75; Wüst/Stöver 2005: 169; Lehmann 2009					

Wie die Ausführungen zeigen, ist es nach vielen gescheiterten Versuchen letztlich nur gelungen, sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu einigen. Außer der Grundregel der Verhältniswahl zur Abbildung der Wählerstimmen gilt vielmehr der oft zitierte europäische Grundsatz „Einheit in Vielfalt“. Die Tabelle

2.2.1 zum Wahlprozedere in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten zeigt, dass es sonst wenige Gemeinsamkeiten gibt. Die Reform des Wahlsystems scheint aber vor allem auch deshalb schwierig gewesen zu sein, da die Verantwortlichen wohl fürchteten, durch zu weitreichende Reformen eine Entfremdung der Wähler zu bewirken, falls das europäische System beispielsweise zu stark vom nationalen abweichen würde. „Für den europäischen Parlamentarismus bedeutet dieses Nebeneinander verschiedener Wahlverfahren, dass die europäischen Parlamentarier derselben Parteilinie, bevor sie ins Europäische Parlament einziehen, keinerlei vergleichbare Erfahrungen als Kandidaten und Wahlkämpfer erwerben“ (Hartmann 2009: 145). Hinzu kommt, dass ein Parlamentarier unterschiedlich viele Wähler repräsentiert, je nachdem aus welchem Mitgliedsstaat er kommt. Zwar entsenden die einwohnerstarken Staaten mehr Abgeordnete als die einwohnerschwachen, allerdings wurde dieser Proportionalitätsgrundsatz nicht konsequent durchgehalten, so dass die Stimmen der Bürger unterschiedliches Gewicht haben (Brettschneider/van Deth/Roller 2003: 15). Ein Abgeordneter aus Polen repräsentiert durchschnittlich 705 000 Einwohner, in Litauen sind es hingegen nur 259 000 Einwohner, die auf einen Abgeordneten anfallen (Lehmann 2009).

2.2. Besonderheiten des europäischen Systems

Nachdem die rechtlichen Grundlagen von Europawahlen bereits erläutert wurden, werden nun Besonderheiten des europäischen Systems herausgestellt.

Wahlen haben in repräsentativen Demokratien die Aufgabe der Rückkopplung der Herrschenden an das Volk. Durch den Wahlakt legitimieren die Bürger die Machtausübung, indem sie über die Besetzung der Führungspositionen abstimmen und damit ihren Präferenzen Ausdruck verleihen. Es lassen sich grundsätzlich zwei Ergebnisse von Wahlen unterscheiden: zum einen die Legitimität der politischen Herrschaft, also Wahlbeteiligung als Unterstützung des Systems und zum anderen die Regierungspolitik, welche indirekt über die Auswahl des Personals bestimmt wird (Schmitt/van der Eijk 2003: 281). Da es sich bei der Europäischen Union allerdings um ein System sui generis handelt, kann

auch die Wahl kaum mit nationalen Parlamentswahlen verglichen werden. Das europäische System ist vielschichtiger als jedes nationale, daher für die Bürger oft nicht transparent. Die Fraktionen im Parlament setzen sich aus Politikern aller Mitgliedsstaaten zusammen, über Ländergrenzen hinweg bilden die parlamentarier Parteifamilien, welche die Basis für die Zusammenarbeit liefern. Die parlamentarische Arbeit gestaltet sich auf der europäischen Ebene sehr viel dynamischer, Allianzen werden häufig themenspezifisch über Fraktionsgrenzen hinweg gebildet. Für die breite Bevölkerung erscheint diese Vorgehensweise kompliziert und wenig durchsichtig. So hofften die Verantwortlichen durch die Einführung von Direktwahlen, die Bürger enger an die europäische Ebene binden zu können und mehr Transparenz zu schaffen. Das Gemeinschaftsgefühl sowie die politische Unterstützung für den Integrationsprozess sollte gestärkt werden (Wessels/Schmitt 2000: 298).

Europawahlen tragen neben der demokratischen Legitimierungsfunktion einen zusätzlichen symbolischen Charakter, vor allem wenn man bedenkt, dass aus den Wahlen keine Regierung hervorgeht, wie das bei nationalen Parlamentswahlen der Fall ist. Der Bürger entscheidet mit seiner Stimme lediglich über die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments, aus der Mitte der stärksten Fraktion geht dann allerdings nicht die Regierung hervor. Denn die Europäische Union ist kein Bundesstaat, sie ist ein Zusammenschluss souveräner Staaten, die der Gemeinschaft in einigen Bereichen hoheitliche Befugnisse übertragen. So ist das Europäische Parlament von nationalen Vollparlamenten abzugrenzen. Die unmittelbaren Konsequenzen der Stimmabgabe sind für den Bürger nur sehr schwer zu erkennen (Schmitt/van der Eijk 2003: 281). Die beiden Politikwissenschaftler Karlheinz Reif und Hermann Schmitt (1980) bezeichnen Europawahlen deshalb auch als „nationale Nebenwahlen“, in denen es schlichtweg um weniger gehe, als bei nationalen Parlaments- bzw. Präsidentschaftswahlen. Deshalb sei es besonders schwierig, Wähler für die Stimmabgabe zu mobilisieren. Dem Wahlkampf kommt bei Nebenwahlen eine noch größere Bedeutung zu als bei Hauptwahlen, da die Themen der Nebenwahl mit anderen nationalen Themen konkurrieren müssen (Reif/Schmitt 1980: 13). Doch gerade der Europawahlkampf weist diesbezügliche Defizite auf: Tenscher (2005: 11f.)

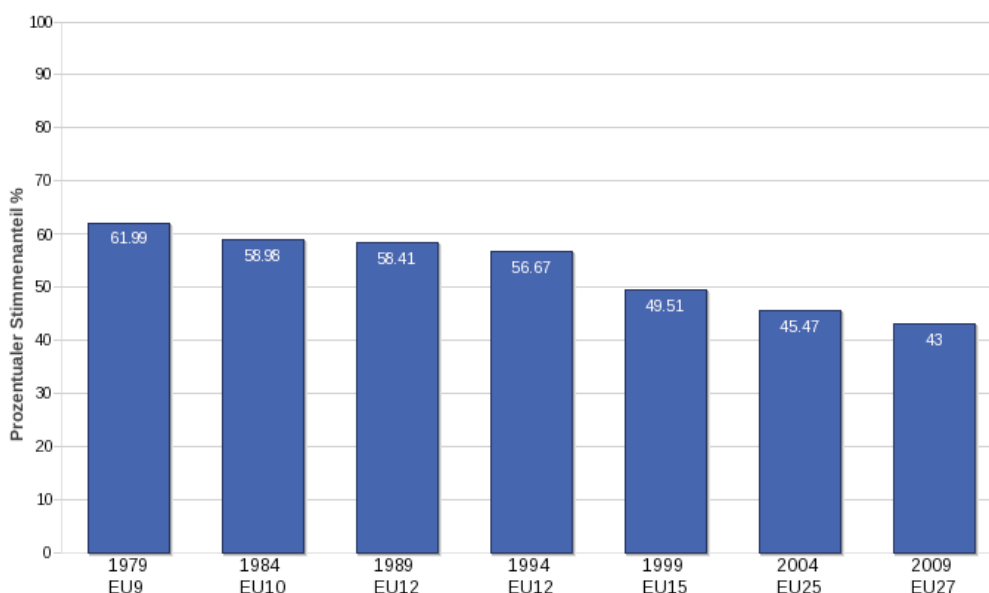
spricht von schwachen „neither face nor voice“-Kampagnen, die zur Domestizierung europapolitischer Themen führen, anstatt ihnen zu mehr Prominenz zu verhelfen. So stufen auch die Parteien Europawahlen als Wahlen mit geringer Bedeutung ein und engagieren sich entsprechend wenig in den Wahlkämpfen, was wiederum in wenig Aufmerksamkeit seitens der Medien im Vorfeld der Wahlen mündet (Schoen 2010: 44f). Sender, Vermittler und Empfänger sind zwar in gewissem Umfang auch auf der europäischen Ebene vorhanden, alle drei Akteure scheinen jedoch die nationale Ebene als Hauptebene wahrzunehmen.

2.3. Allgemeiner Trend der Europawahlbeteiligung

An der Einstufung von Europawahlen als nationale Nebenwahlen hat sich bis heute wenig geändert. Schmitt (2005: 668) kommt bei seiner Untersuchung der Europawahlen 2004 zu dem Ergebnis, dass das Konzept nach wie vor zutrifft. Die Einstufung als Nebenwahlen hat gewisse Konsequenzen: Unter anderem wird ein niedrigeres Beteiligungsniveau erwartet als bei nationalen Hauptwahlen. Die Autoren Reif und Schmitt (1980: 9) begründen diese Annahme mit der schwachen Anziehungskraft, die von Wahlen dieser Art ausgehen: Die Bürger spüren die Konsequenzen ihrer Stimmabgabe im alltäglichen Leben kaum bzw. nur punktuell und haben deshalb weniger Motivation, sich in das komplexe politische System der Europäischen Union einzudenken. In der Tat lässt sich seit der ersten Europawahl 1979 in den einzelnen Mitgliedsstaaten ein geringeres Partizipationsniveau beobachten als bei nationalen Wahlen. Im Zeitverlauf zeichnet sich sogar ein Trend nach unten ab, das heißt die Wahlbeteiligungsraten sinken stetig immer weiter ab. Die Tabelle 2.3.1 bestätigt diesen Abwärtstrend: 1979 liegt die Beteiligung im Durchschnitt aller Länder noch bei knapp 62%, 2009 waren es nur noch 43%. Damit liegt die Beteiligung bereits deutlich unterhalb der „demokratischen Schmerzgrenze“ von 50% (Brettschneider/van Deth/Roller 2003: 16). Dieses Beteiligungstief lässt sich allerdings nicht als gestiegene Europaskepsis deuten, denn aufgrund der Einordnung als nationale Nebenwahlen steht vielmehr die Beurteilung nationaler Parlamente sowie nati-

onaler politischer Sachthemen im Vordergrund. Zusätzlich muss darauf hingewiesen werden, dass die Ergebnisse nicht so gravierend sind, wie sie zunächst wirken. Der verzeichnete Abwärtstrend wird nämlich durch das Verhältnis von Ländern mit und ohne Wahlpflicht beeinflusst: In Ländern ohne Wahlpflicht ist die Beteiligung an Wahlen grundsätzlich niedriger. Im Zuge der EU-Erweiterung hat die Anzahl dieser Länder zugenommen, was den durchschnittlichen Abwärtstrend bei der Wahlbeteiligung zusätzlich verstärkt, Wessels und Schmitt (2000: 298) sprechen deshalb von einem Kompositionseffekt. Ungeachtet dessen liegen die Raten auf einem niedrigen Niveau.

Tabelle 2.3.1: Durchschnittliche Wahlbeteiligung bei Europawahlen, 1979-2009



Quelle: Europäisches Parlament 2009

(http://www.europarl.europa.eu/parliament/archive/elections2009/de/turnout_de.html) Aug 2010

Die zunehmende Bedeutung des Europäischen Parlaments scheint keinen Einfluss auf die Wahlbeteiligung der Bürger zu haben. Seit dem Inkrafttreten des Maastrichter Vertrags haben sich die Befugnisse des Parlaments kontinuierlich ausgeweitet; durch die Einführung von Zusammenarbeits-, Mitentscheidungs- und Zustimmungsverfahren im Zuge des Lissabon Vertrags wird das Parlament in zentralen Gesetzgebungsverfahren zur gleichberechtigten Kammer neben dem Rat der Europäischen Union (Wessels 2009: 965), so dass das Europäische Parlament mittlerweile „[...] zu einem zentralen Mitentscheider im EU-System geworden [ist]“ (Wessels 2009: 967). Die zunehmende Wichtigkeit des

Gremiums führt allerdings nicht zu steigenden Beteiligungsraten seitens der Bevölkerungen.

2.4. Die Europawahl 2009

Vom 4. bis 7. Juni 2009 fanden Europawahlen statt: In den 27 Staaten der Europäischen Union wurden 736 Abgeordnete gewählt. Somit repräsentiert das Europäische Parlament heute weltweit die zweitgrößte Anzahl an Bürgern (Wüst/Tausendpfund 2009: 3). Gleichzeitig wurde das 30-jährige Jubiläum der Direktwahl innerhalb Europas begangen. Darüber hinaus durften Bulgaren und Rumänen nach dem Beitritt ihrer Länder im Jahr 2007 zum ersten Mal gemeinsam mit allen anderen EU-Bürgern an die europäischen Wahlurnen treten. Es handelte sich dementsprechend um ein besonderes Wahljahr, von dem dennoch keine besondere Mobilisierungskraft ausging.

Tabelle 2.4.1: Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2009 in %													
BE *	DK	DE	IE	FR	IT **	LU *	NL	UK	EL *	ES	PT	SE	AT
90	60	43	59	41	65	91	37	35	53	45	37	46	46
FI	CZ	EE	CY *	LT	LV	HU	MT	PL	SI	SK	BG	RO	EU
40	28	44	59	21	54	36	79	25	28	20	39	28	43
* Länder mit Wahlpflicht ** Wahlpflicht bis 1994													
Quelle: Europäisches Parlament 2009 (http://www.europarl.europa.eu/parliament/archive/elections2009/de/turnout_de.html) Aug 2010													

Bei der Betrachtung der Wahlbeteiligungsraten in den unterschiedlichen Mitgliedsstaaten in Tabelle 2.4.1 fällt besonders auf, dass es erhebliche Unterschiede zwischen den Beteiligungsraten der einzelnen Mitgliedern gibt; einige Staaten weisen ein sehr niedriges Niveau auf. Die schwache Beteiligung kann mit der Theorie der nationalen Nebenwahl erklärt werden, die extremen Schwankungen allerdings nicht. Der Unterschied zwischen dem Staat mit der höchsten Wahlbeteiligung (Luxemburg mit 91%) und dem mit der niedrigsten (Slowakei mit 20%) liegt bei 71 Prozentpunkten. Zwar lässt sich der enorm hohe Wert in Luxemburg vor allem mit der dort herrschenden Wahlpflicht erklären, dennoch zeigt sich, dass die Unterschiede nicht nur zwischen Ländern mit und

ohne Wahlpflicht bestehen. So liegt die Differenz zwischen Malta und der Slowakei beispielsweise immer noch bei 59 Prozentpunkten.

Rose (2004) versuchte ähnliche Differenzen bei der Europawahl 2004 mit der kommunistischen Vergangenheit einiger Mitgliedsstaaten zu erklären. In seiner Untersuchung bezog er sich allerdings lediglich auf bivariate Korrelationen zwischen der abhängigen Variable Wahlbeteiligung und seinen möglichen Erklärungsvariablen. Zu seinen stärksten Einflussgrößen zählen zum einen das Vertrauen in Parteien und zum anderen das Vertrauen in die Regierung (Rose 2004: 5). Ob diese Variablen allerdings auch in einem multivariaten Modell standhalten, beantwortet er nicht, so dass seine Untersuchung unvollständig bleibt. Zweifel bestehen vor allem deshalb, weil nicht alle neuen EU-Mitgliedsstaaten mit einer kommunistischen Vergangenheit niedrige Wahlbeteiligungsraten aufweisen. Lettland liegt mit einer Beteiligung von 54% bei der Europawahl 2009 sogar oberhalb des EU-Durchschnitts von 43%. Auch Bulgarien mit einer Beteiligung von 39% befindet sich auf einer Stufe mit Finnland (40%), Frankreich (41%) und Deutschland (43%). Die kommunistische Vergangenheit alleine kann folglich nicht für die Wahlbeteiligungsunterschiede verantwortlich sein. Es stellt sich daher die Frage, was sonst als Erklärung für die Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten in Betracht kommen kann.

3. Wahlbeteiligung bei Europawahlen: Theoretisches Konzept

Im Folgenden geht es um die theoretische Aufarbeitung der Wahlbeteiligung vor allem bei Europawahlen. Im Gegensatz zur Wahlbeteiligung auf der nationalen Ebene gibt es im Bezug auf Europawahlen verhältnismäßig viele Studien, die sich mit den theoretischen Erklärungsfaktoren beschäftigen. Das scheint im Fall von Deutschland daran zu liegen, dass die Beteiligung bei nationalen Wahlen traditionell hoch ausfällt (bei der Bundestagswahl 2009 laut Statistischem Bundesamt: 70,8%), im Gegensatz zur Beteiligung bei Wahlen zum europäischen Parlament. Dieser Befund wurde innerhalb dieser Arbeit bereits ausführlich dargelegt.

Bevor es im im weiteren Verlauf der Arbeit genauer um verschiedene Europawahlstudien und deren Klassifizierung gehen wird, muss zunächst der Bezug zur theoretischen Ebene hergestellt werden: Um eine einheitliche Basis für die Einordnung der Studien zu schaffen, werden die klassischen Wahlbeteiligungstheorien kurz vorgestellt, im zweiten Schritt wird der aktuelle Forschungsstand der Europawahlforschung dargelegt. Die Erarbeitung eines Modells zur Erklärung von Wahlbeteiligung auf der europäischen Ebene wird dann im Mittelpunkt stehen. Dieses Modell bezieht sich im Wesentlichen auf Forschungsarbeiten von Bernhard Wessels und Mark N. Franklin, die sich detailliert mit dem Thema der unterschiedlichen Wahlbeteiligungen in alten und neuen EU-Mitgliedsstaaten auseinandergesetzt haben. Abschließend geht es um die Länderauswahl der zugrunde liegenden Arbeit und die erwarteten Hypothesen.

3.1. Die klassischen Wahlbeteiligungstheorien

Grundsätzlich werden in der Wahlbeteiligungsforschung drei zentrale Erklärungsmodelle unterschieden, die ursprünglich aus der Wahlforschung stammen: der rationale, der sozialpsychologische und der soziologische Ansatz. Die klassischen Wählerverhaltenstheorien verstehen Wahlbeteiligung als Teil der Wahlentscheidung (Caballero 2005: 330). Entscheidet sich der Wähler für eine Partei bzw. einen Kandidaten bedeutet das gleichzeitig auch seine Wahlteilnahme.

Wählen ist folglich mit zwei Entscheidungen verbunden: Zum einen muss der Wähler entscheiden, ob er sich überhaupt an der Wahl beteiligt und zum anderen muss er zwischen konkurrierenden Parteien bzw. Kandidaten wählen (Campbell et al 1980: 89).

Die drei klassischen Theorien der Wahlbeteiligung werden im Folgenden kurz vorgestellt, begonnen wird dabei mit dem rationalistischen Ansatz.

Der Rational-Choice-Ansatz geht auf Anthony Downs und dessen „Economic Theory of Democracy“ aus dem Jahr 1957 zurück. Downs wendet dabei die ökonomischen Gesetze des Marktes auf die Politik an. Folglich beruht der Ansatz auf dem Rationalitätsprinzip, nachdem der Wähler zunächst eine Kosten-Nutzen-Abwägung anstellt und dann die Verhaltensalternative auswählt, von der er sich den größten individuellen Nutzen verspricht. Zudem wird angenommen, dass die Menschen in der Lage sind, ihre Wünsche und Ansprüche zu ordnen und Verhaltensalternativen entsprechend dieser Präferenzordnung zu bewerten (Falter/Schumann/Winkler 1990:11f). Die Kosten, die mit dem Wahlakt anfallen sind verhältnismäßig hoch: Der Wähler muss sich vor der Wahl die entsprechenden Informationen beschaffen, um eine Wahlentscheidung treffen zu können. Gerade im Fall der Europawahlen sind diese Kosten besonders hoch, da das Grundwissen über diese Wahlen bei den meisten Bürgern eher niedrig ausfällt und die Beschaffung der nötigen Informationen mühsam ist, da die nationalen Medien den Wahlen wenig Aufmerksamkeit schenken und das Thema somit weniger präsent ist.

Der individuelle Nutzen der Wahl liegt, entsprechend dieses Ansatzes, in der Beeinflussung des Wahlausgangs gemäß der eigenen Präferenzen. Die Wahrscheinlichkeit, mit der eigenen Stimme den Wahlausgang zu entscheiden, ist sehr gering. Nach der Theorie würde ein Bürger aber nur dann seine Stimme abgeben, wenn der individuelle Nutzen (PB) die Kosten (C) übersteigt, also $R^1 = PB - C > 0$ (Downs 1986: 38ff). Diese Annahme ist allerdings aufgrund der hohen Kosten des Wahlaktes unwahrscheinlich. Nach dieser Argumentation

¹ R bedeutet hier: erwarteter Nutzen der Wahlteilnahme (expected utility of voting), d.h. der rationale Bürger nimmt nur an der Wahl teil, wenn die individuellen Gewinne PB (benefits from voting), die sich aus der Handlung ergeben, die Wahlkosten C (costs of voting) übersteigen

müssten die Kosten den Nutzen immer übersteigen: Folglich würde sich kein Wähler zur Beteiligung an Wahlen entscheiden, dennoch nehmen beispielsweise in Deutschland verhältnismäßig viele Bürger regelmäßig an Wahlen teil. Zwischen Theorie und Realität besteht demnach ein unerwarteter Widerspruch, das sogenannte „paradox of voting“ (Pappi/Shikano 2007: 34ff). Um diesen Widerspruch aufzulösen, wurde das ursprüngliche Modell um eine expressive Komponente D erweitert (also: $R=PB-C+D$); verschiedene Autoren weisen D jeweils unterschiedliche Ausprägungen zu. Downs (1986: 268) selbst sieht in D den zusätzlichen Nutzen der Sicherung der Demokratie, welche ohne die Beteiligung der Bürger an Wahlen nicht denkbar wäre. Die Autoren Riker und Ordeshook (1968: 28) weisen D gleich mehrere mögliche Bedeutungen zu. So sprechen sie von Wählern, die die Wahlteilnahme als ihre Bürgerpflicht wahrnehmen, die durch die Teilnahme ihre Unterstützung für das eigene Land und das politische System bekunden wollen, ihrer parteipolitischen Loyalität Ausdruck verleihen wollen, oder Spaß am Wahlakt verspüren und deshalb ihre Stimme abgeben. Auch Brennan und Lomasky (1993: 37) sprechen von einer zusätzlichen Komponente des Wählens, die nicht notwendigerweise unmittelbar mit der Erreichung des präferierten Ziels verknüpft ist. Kritiker sehen den rationalistischen Ansatz durch die Erweiterung ideologisch zu stark an den sozialpsychologischen Ansatz angeglichen, dieser Vorwurf ist für die vorliegende Arbeit allerdings unerheblich und soll folglich keine große Rolle mehr spielen.

Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlbeteiligung, auch Michigan-Modell oder Ann Arbor-Modell genannt, geht im Wesentlichen auf die US-amerikanischen Wissenschaftler Angus Campbell, Gerald Gurin und Warren E. Miller zurück. In ihrem Modell gehen sie von der Grundannahme aus, dass Einstellungen das Verhalten bestimmen. Wahlbeteiligung oder -enthaltung hängt folglich ebenso wie die Entscheidung für eine Partei mit psychologischen Faktoren zusammen (Campbell et al 1980: 90). Kurzfristig wandelbare Einstellungen zu bestimmten Themen und Kandidaten sind der Wahlbeteiligung direkt vorgelagert, diese stehen wiederum in Beziehung mit einer langfristig stabilen Parteiidentifikation (Caballero 2005: 344). Als Erklärungsfaktoren für die Wahlbeteiligung werden die sogenannten „civic orientations“ angeführt, diese umfas-

sen neben dem Wahlpflichtgefühl unter anderem die Parteiidentifikation, die Kandidatenorientierung, die Issue- oder auch Sachfragenorientierung, die politische Involvierung eines Individuums, die Unterstützung des politischen Systems, das Wahlkampfinteresse, die wahrgenommene Knappheit des Wahlausgangs und die political efficacy (Caballero 2005: 345; Campbell et al 1980: 89-119). Je stärker diese Orientierungen beim Wähler ausgeprägt sind, desto wahrscheinlicher wird auch dessen Wahlteilnahme, vorausgesetzt die Einstellungen stehen nicht in einem gegenseitigen Konflikt zueinander (Campbell/Gurin/Miller 1971:182). Die genannten Faktoren wirken also motivierend auf den Wähler, wobei die Parteiidentifikation in der Rangordnung an erster Stelle steht und gewissermaßen als WahrnehmungsfILTER fungiert (Rudi 2010: 50).

In ihrer Untersuchung der US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen von 1952 und 1956 bestätigt sich die Hypothese der Autoren um Angus Campbell: Sie finden einen starken Zusammenhang zwischen Parteiidentifikation und Wahlbeteiligung (Campbell et al 1980: 97f). In Weiterentwicklungen der ursprünglichen Studie führen die Autoren einen sogenannten Kausalitätstrichter ein, den sie gleichermaßen auf die Parteiwahl als auch auf die Wahlbeteiligung anwenden (Campbell et al 1980: 24ff; 90). Am Ende des Trichters steht die zu untersuchende Wahl und damit die abhängige Variable, an der engsten Stelle siedeln die Autoren die drei Determinanten Parteiidentifikation, Kandidaten- und Sachfragenorientierung an; je weiter man sich dann allerdings von der Mündung des Trichters entfernt, desto vielfältiger die Indikatoren, die untersucht werden können (Campbell et al 1980: 26f).

Der soziologische Ansatz bildet den dritten Forschungsstrang zur Erklärung von Wahlbeteiligung. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen einen Einfluss auf das Wahlverhalten und damit die Wahlteilnahme ausübt. Das soziologische Erklärungsmodell ist nochmals untergliedert in den mikrosoziologischen und den makrosoziologischen Ansatz. Ersterer geht auf die Untersuchungen der Autoren Lazarsfeld, Berelson und Gaudet zurück, sie postulieren: „[...] voting is essentially a group experience. People who work or live or play together are likely to vote for the same candidates“ (1965: 137). Zur Erklärung der Wahlteilnahme bzw. -enthaltung suchen die Autoren nach be-

stimmten soziostrukturellen Charakteristika von Nichtwählern, sie kommen allerdings zum Schluss, dass vor allem Desinteresse am Wahlkampf zur Nichtwahl führt (Lazarsfeld/Berelson/Gaudet 1965: 46f). Sie argumentieren jedoch weiter, dass das individuelle Bildungsniveau und der sozioökonomische Status einer Person einen Einfluss auf das politische Interesse ausüben: „The poor, uneducated voters show the lowest interest, and the more prosperous, educated ones the highest“ (1965: 43). Aus den Untersuchungen ergibt sich ebenfalls ein Einfluss des Alters und des Geschlechts: So sind ältere Menschen eher politisch interessiert als jüngere, außerdem weisen Männer ein leicht höheres Wahlkampfinteresse auf als Frauen (Lazarsfeld/Berelson/Gaudet 1965: 45).

Der makrosoziologische Ansatz von Lipset und Rokkan (1967) führt die Entstehung der heutigen Parteiensysteme auf zentrale Konfliktlinien innerhalb der Gesellschaft zurück. Das europäische Parteiensystem zeichnet sich durch hohe Kontinuität aus, die dadurch zustande kommt, dass sich stabile Allianzen zwischen den Parteien und sozialen Gruppen mit den gleichen Interessen gebildet haben (Kleinhenz 1995: 24). Die sogenannten Voter Alignments sind demnach stark ausgeprägt, wer solchen Interessengruppen angehört, wird in höherem Maße dazu neigen, eine bestimmte Partei zu wählen. Die vier zentralen Konfliktlinien auch „cleavages“ genannt, an denen sich im Laufe der Geschichte Spannungen innerhalb der Gesellschaft entluden, lauten: Zentrum versus Peripherie, Staat versus Kirche, Land versus Stadt und Kapital versus Arbeit (Lipset/Rokkan 1967: 47). Das deutsche Parteiensystem entwickelte sich überwiegend entlang der konfessionellen und sozialen Konfliktlinie (Kleinhenz 1995: 24).

Als zentrale Indikatoren des makrosoziologischen Ansatzes ergeben sich unter anderem der Familienstand, die Haushaltsgröße und die Mitgliedschaft in Vereinen (Caballero 2005: 357); diese Einflussgrößen sollen ermitteln, wie stark eine Person in soziale Netzwerke eingebunden ist. Entsprechend der Randständigkeitsthese zeigt sich, dass vor allem sozial isolierte Menschen zur Nichtwahl tendieren (ebd): Sie weisen in der Regel ein niedriges politisches Interesse auf und sind nicht in soziale Gruppen eingebunden, die die Wahl einer bestimmten Partei nahe legen könnten bzw. die politische Diskussion fördern,

folglich haben sie wenig Anreize, sich an Wahlen zu beteiligen.

Alle drei Theorien haben ihre Schwächen: Der Rational-Choice-Ansatz hat Probleme, die hohen Wahlbeteiligungsraten in vielen westlichen Demokratien zu erklären; am sozialpsychologischen Ansatz wird kritisiert, dass die Einzelindikatoren zu stark untereinander korrelieren und multivariaten Untersuchungen kaum standhalten (Caballero 2005: 352); dem soziologischen Erklärungsmodell wird vorgeworfen, nur ein ungenaues Bild der Gruppe der Nichtwähler zu zeichnen ohne deren Motive näher zu erforschen (Kleinhenz 1995: 25). Caballero (2005: 364) plädiert deshalb für die logisch konsistente Verbindung aller drei Ansätze in einem Modell, er glaubt nur dadurch könne Wahlbeteiligung hinreichend erklärt werden². Auch im weiteren Verlauf dieser Arbeit werden die drei verschiedenen Modelle nicht als streng voneinander getrennte, konkurrierende Konzeptionen angesehen: Indikatoren aus allen drei Ansätzen werden sich im Modell zur Erklärung der Wahlteilnahme bzw. -enthaltung auf europäischer Ebene wiederfinden. So wird der Wähler im weiteren Verlauf dieser Arbeit zwar als rationaler Akteur definiert, gleichzeitig wird aber davon ausgegangen, dass auch normative und psychologische Faktoren einen Einfluss auf die Wahlteilnahme ausüben.

3.2. Aktueller Forschungsstand zur Wahlbeteiligung bei Europawahlen

Wie eingangs bereits kurz erwähnt, gibt es zahlreiche Studien, die sich mit dem Thema der Wahlbeteiligung bei Europawahlen auseinandersetzen. Da die Beteiligungsbereitschaft bei den Bürgern stetig abnimmt und im europaweiten Durchschnitt deutlich unter der 50-Prozent-Grenze liegt, ist das Thema höchst brisant. Grundsätzlich lässt sich beobachten, dass die Problematik von Medien wie Wissenschaftlern immer wieder neu aufgegriffen wird, wenn Europawahlen kurz bevorstehen oder gerade stattgefunden haben. Bereits die erste Europawahl im Jahr 1979 wurde unter dem Gesichtspunkt der niedrigen Wahlbeteiligung analysiert (siehe dazu Reif/Schmitt 1980). Seit der großen Erweiterungsrunde, die 2004 mit der sogenannten Osterweiterung begann und mit der Auf-

² siehe dazu auch Norris 2004: 156f, 176

nahme zehn neuer Mitgliedsstaaten die größte in der Geschichte der EU darstellt, kommt ein zweiter Aspekt zur Analyse von Europawahlen hinzu, der ebenfalls bereits Erwähnung fand: die Unterschiede in der Wahlbeteiligung einzelner Mitgliedsstaaten. Die Studien, die sich diesem Thema widmen, unterscheiden sich zunächst durch verschiedene Ausgangspunkte: Einige Forscher implizieren zum Teil schon im Titel ihrer Arbeiten, dass sie einen Unterschied zwischen postkommunistischen und westlichen EU-Mitgliedsstaaten annehmen³. Dabei gehen sie davon aus, in beiden Ländergruppen unterschiedliche Charakteristika zu identifizieren, die in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der kommunistischen Vergangenheit mancher Staaten stehen und glauben damit schließlich, die Beteiligungsunterschiede erklären zu können. Andere sehen den Unterschied eher im Zusammenhang mit alten und neuen EU-Mitgliedsstaaten bzw. alten und jungen Demokratien. Studien in dieser Tradition begründen die Beteiligungsunterschiede mit der unterschiedlichen Demokratielänge eines Landes und der unterschiedlich langen Erfahrung mit der Europäischen Union (Bernhagen/Marsh 2007; Flickinger/Studlar 2007; Franklin 2007; Franklin/Wessels 2010).

Grundsätzlich lassen sich diese Studien in Makro- und Mikroanalysen untergliedern. Erstere suchen nach Erklärungen auf der Ebene einzelner Staaten, wohingegen letztere Unterschiede in den Einstellungen von Individuen als Erklärungsgrößen anführen. Gleiches gilt für die Datenebene, so gibt es Studien, die Aggregatdatenanalysen durchführen und andere, die Individualdaten analysieren - also zum einen Daten verwenden, die auf der Länderebene anzusiedeln sind wie beispielsweise die Wahlpflicht und zum anderen Daten, die durch Umfragen zustande kommen wie beispielsweise die Einstellung einzelner Individuen zum Europäischen Parlament.

Zur Erklärung der Wahlbeteiligung verwenden die verschiedenen Forscher sowohl sozialpsychologische Erklärungsansätze, als auch rationalistische. Der soziologische Ansatz mit seinen Erklärungsgrößen wie Alter, Geschlecht, Ein-

³ Fauvelle-Aymar/Stegmaier (2006): European Parliament Electoral Turnout in Post-Communist Europe; Fauvelle-Aymar/Stegmaier (2008): Economic and Political Effects on European Parliamentary Electoral Turnout in Post-Communist Europe; Rose, Richard (2004): Europe Expands, Turnout Falls: The Significance of the 2004 European Parliament Election

kommen und Bildung findet weniger Anwendung, da diese Faktoren auf der deskriptiven Ebene anzusiedeln sind, aber weniger zur Erklärung der Beteiligung beitragen (Mattila 2003: 451). So finden sich diese Variablen vielmehr unter den Kontrollvariablen der einzelnen Modelle wieder. Die Informationen, die man aus diesen Variablen gewinnt, sind zwar wichtig, der Wissenschaftler gibt sich aber in erster Linie nicht damit zufrieden zu wissen, dass ältere Menschen eher an der Wahl teilnehmen als jüngere. Er sucht vielmehr nach Erklärungen für diesen Zustand und stellt dementsprechend Hypothesen auf wie: Ältere Menschen gehen häufiger wählen, da sie ein höheres politisches Interesse aufweisen. „Consequently, a theoretically plausible explanation must be linked with the motivations, values or attitudes of potential voters“ (ebd).

Auf der Aggregatebene haben sich bei der Analyse der Beteiligung bei Europawahlen folgende Variablen als besonders erklärungskräftig herausgestellt: die Wahlpflicht, die Zeitspanne bis zur nächsten nationalen Wahl und der Aufschwung bei der ersten Europawahl in einem Land („first election boost“) (Franklin 2001a: 208; Franklin 2001b; Franklin 2007: 56; Wessels/Franklin 2010: 84). Die Logik hinter der Wahlpflicht-These ist wenig überraschend: Herrscht in Land A Wahlpflicht und wird diese bei Nichtbeachtung mit hohen Strafen⁴ geahndet, wird sich der überwiegende Teil der Bevölkerung an den jeweiligen Wahlen beteiligen; dies ist beispielsweise in Luxemburg der Fall. Bei der zweiten Variablen wird davon ausgegangen: je kürzer der Abstand zur nächsten nationalen Wahl innerhalb eines Staates, desto höher die Wahlbeteiligung bei Europawahlen (Franklin 2001a: 209). In diesem Fall werden die Bürger mit zunehmender Wahrscheinlichkeit eine Verbindung zwischen beiden Wahlen herstellen und die Europawahl wird zu einer Art nationalem Stimmungsbarometer (Marsh 1998: 603). Die dritte Variable - first election boost - des Standardmodells von Franklin (2001b: 312) bezieht sich auf eine gewisse Euphorie in der Bevölkerung, wenn diese zum ersten mal ihre Stimme bei Wahlen auf der europäischen Ebene abgeben dürfen. Die Effekte der beiden letzten Variablen auf die Wahlbeteiligung sind schwächer in Ländern mit Wahl-

⁴ wie beispielsweise einem Bußgeld oder sogar Gefängnisstrafe bei Nichteinhaltung der Wahlpflicht

pflicht, denn diese überlagert alle anderen Erklärungsgrößen. Neben den drei Komponenten des Standardmodells gibt es noch weitere Einflussvariablen auf der Aggregatebene wie zum Beispiel der Wochentag, an dem gewählt wird oder die Proportionalität des nationalen Wahlsystems. Es hat sich jedoch gezeigt, dass in einem multivariaten Modell keine andere Variable signifikant ist, wenn die Wahlpflicht, der nationale Wahlzyklus und der first election boost Teil dieses Modells sind (Franklin 2007: 58f). Bezogen auf die neuen EU-Mitgliedsstaaten muss darauf hingewiesen werden, dass in keinem der Staaten, außer in Zypern, Wahlpflicht herrscht - diese Variable ist folglich in jenem Kontext unbrauchbar. Auch der Indikator, der die Euphorie bei der ersten Europawahl erfasst, ist problematisch. Es kann nämlich ebenso in eine andere Richtung argumentiert werden: Es erscheint gleichermaßen plausibel, dass der erste Aufschwung in den zehn neuen Mitgliedsstaaten durch eine gewisse Wahlmüdigkeit überlagert wurde, denn in fast allen Staaten wurden vor den Europawahlen bereits Beitrittsreferenden abgehalten (Franklin 2007: 54).

Erklärungsfaktoren der Wahlbeteiligung im europäischen Kontext sind auf der Individualebene vor allem in den jeweiligen Einstellungen, Orientierungen und Bewertungen der Bürger gegenüber der Europäischen Union und ihren Institutionen zu finden. Die Fülle an Indikatoren lässt sich wie folgt untergliedern: Zum einen handelt es sich um generelle Einstellungsvariablen, die nicht unmittelbar auf die europäische Ebene bezogen sind, aber in Studien zur nationalen Wahlbeteiligung hohe Erklärungskraft beweisen wie das generelle politische Interesse, die Stärke der Parteiidentifikation oder das politische Engagement einer Person (van der Eijk/Franklin 1996: 48f; Franklin/van der Eijk/Oppenhuis 1996: 315f; Perea 2002: 647). Ein zweiter Block umfasst Variablen, die sich mit dem Konstrukt des Gewohnheitswählens auseinandersetzen nachdem eine Person vor allem deshalb zur Wahl geht, weil sie das schon immer getan hat und über die Zeit die sogenannte Wahlnorm verinnerlicht hat, also eine gewisse Verpflichtung zur Wahlteilnahme verspürt (Eijk/Franklin 1996: 49). Ein dritter Strang beinhaltet Indikatoren, die Orientierungen, Einstellungen und Bewertungen gegenüber der Europäischen Integration generell und den einzelnen Institutionen der Europäischen Union im speziellen erfassen (van der Eijk/Franklin 1996: 49).

Dabei wird der Einfluss von Einstellungen gegenüber der Europäischen Union und ihren Institutionen in Wissenschaftskreisen kontrovers diskutiert. Einige Autoren finden einen Zusammenhang zwischen den individuellen Einstellungen und der Wahlbeteiligung (Blondel/Sinnott/Svensson 1998: 231ff, 236; Schmitt/Mannheimer 1991: 41; Schmitt/Sanz/Braun 2009: 595), andere bezweifeln diesen Befund und führen eigene Belege dagegen an (Franklin/van der Eijk/Oppenhuis 1996: 322). Demnach bestehen nach wie vor Zweifel über den Effekt dieser EU-bezogenen Einstellungsgrößen auf die Wahlbeteiligung.

Die vorliegende Arbeit konzentriert sich im weiteren Verlauf auf Erklärungen auf der Mikroebene, sucht also nach Erklärungsmustern auf der Ebene von Individuen und bezieht sich dementsprechend auf Individualdaten, dazu wird im späteren Verlauf noch genauer Stellung genommen. Hinter dieser Entscheidung verbirgt sich die Überzeugung, dass individuelle Erklärungen mehr Aufschluss darüber geben können, warum sich manche Individuen an Europawahlen beteiligen und andere nicht. Denn es sind letztlich Menschen, die zur Wahl gehen und nicht Staaten. Nachfolgend wird ein entsprechendes Erklärungsmodell auf der Individualebene entwickelt, welches dann auf die Europawahl 2009 angewandt wird.

3.3. Modell zur Erklärung der Wahlbeteiligung bei Europawahlen nach Franklin/Wessels

Zur Erarbeitung eines Modells, das die Wahlbeteiligung bei Europawahlen erklären kann, wird sich diese Arbeit vor allem auf drei Forschungspapiere der beiden Autoren Mark N. Franklin und Bernhard Wessels beziehen. Zum einen handelt es sich dabei um einen Sammelbandbeitrag aus dem Jahr 2010 mit dem Titel „Turning Out or Turning Off: Do Mobilization and Attitudes Account for Turnout Differences between New and Established Member States at the 2004 EP Elections?“; ein ähnlicher Beitrag von Franklin aus dem Jahr 2007 „Turning Out or Turning Off? How the European Parliament Elections of 2004 Shed Light on Turnout Dynamics“; und ein MPSA-meeting Papier der beiden Autoren ebenfalls aus 2010 zum Thema „Stimulus, Response and Turnout Variations at

a European Parliament Election“. Alle drei Ausarbeitungen beschäftigen sich mit der Problematik verschiedener Beteiligungsniveaus in den Mitgliedsstaaten bei Europawahlen, dabei beziehen sich die beiden erstgenannten Veröffentlichungen auf die Europawahl 2004 und die letzte auf die jüngste Europawahl im Jahr 2009. Die Arbeiten haben das gemeinsame Ziel zu erklären, warum die Beteiligung bei Wahlen zum Europäischen Parlament so unterschiedlich ausfällt. Dabei ziehen Franklin/Wessels die Grenze zwischen den westlichen etablierten Mitgliedsstaaten und einigen der neuen Mitgliedsstaaten, die durch ihre besonders niedrigen Beteiligungsraten auffallen. Bevor diese Studien detailliert analysiert werden, soll zunächst der Bezug zu den klassischen Wahlbeteiligungstheorien hergestellt werden.

Gerade bei Europawahlen erscheint die Anwendung des Rational-Choice-Ansatzes alleine problematisch. Wie innerhalb dieser Arbeit bereits ausführlich dargelegt wurde, geht es bei diesen Wahlen um besonders wenig, eine Regierungsbildung als transparentes Endergebnis des Urnengangs findet nicht statt. Unmittelbare Konsequenzen seiner Stimmabgabe sind für den Wähler nur schwer erkennbar. Der rationale Bürger hätte demnach noch weniger Anreize Wählen zu gehen, das Paradoxon des Wählens dürfte in diesem Kontext noch stärker ins Gewicht fallen. Es müssten folglich noch andere Motive bei der Mehrheit der Bürger vorhanden sein außer reine Kosten-Nutzen-Abwägungen. Die Autoren Franklin und Wessels führen deshalb sowohl Variablen in ihr Modell ein, die dem rationalistischen Erklärungsansatz zuzuordnen sind wie beispielsweise die Bedeutsamkeit von Wahlen (electoral effectiveness) oder die Responsivität des Systems; daneben beinhaltet das Modell aber auch Variablen aus dem sozialpsychologischen Ansatz wie beispielsweise die Parteiidentifikation oder die Zuordnung zur europäischen politischen Gemeinschaft.

Im Folgenden wird nun genauer auf die einzelnen Studien eingegangen, um aus ihnen später ein eigenes, erweitertes Modell zu entwickeln, das im empirischen Teil dieser Arbeit auf Deutschland und Polen angewandt wird.

Zur Vorgehensweise der beiden Autoren lässt sich zunächst sagen, dass es ihnen darum geht, ein allgemeines Modell auf der Individualebene zu entwickeln, das die Wahlbeteiligung auf der europäischen Ebene erklären kann. Die-

ses Modell wenden Wessels/Franklin auf die damals 25 Mitgliedsstaaten der EU gleichermaßen an. Die Hypothesen gelten dementsprechend für alle Staaten, es wird nicht zwischen alten und neuen Mitgliedsländern oder Ländern mit hoher und niedriger Wahlbeteiligung unterschieden. Es werden die gleichen Annahmen für beide Ländergruppen formuliert, die Autoren gehen vielmehr von noch höheren Defiziten in Ländern mit niedriger Wahlbeteiligung aus. Auf die Hypothesen wird später noch genauer Bezug genommen, es ist allerdings für das Verständnis der Studien essentiell, die Grundlogik der Autoren zu verstehen, weshalb sie hier zu Beginn explizit dargelegt wurde. Nun wird es jedoch zunächst um die Vorstellung der einzelnen Studien gehen.

Zu Beginn seiner Studie stellt Franklin (2007: 58) fest, dass die Bürger in den neuen EU-Mitgliedsstaaten kaum anders auf die Wahlen reagieren als die Bürger der alten Mitgliedsstaaten. Dieses Ergebnis ist allerdings differenziert zu betrachten. Um herauszufinden, ob in allen EU-Staaten die gleichen Einflussvariablen die gleichen Effekte auf die Wahlbeteiligung ausüben, wendet Franklin sein bereits erwähntes Standardmodell an, welches die folgenden drei Variablen umfasst: Wahlpflicht, die Zeit bis zur nächsten nationalen Wahl und die Frage, ob es sich in einem Land um die erste Wahl zum Europäischen Parlament handelt. Die Erklärungskraft seines Modells bleibt aber nur dann auf hohem Niveau, wenn er die fünf Staaten mit extrem niedriger Wahlbeteiligung (Estland, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien) durch die Konstruktion einer Dummy-Variablen isoliert. Darüber hinaus ist sein Standardmodell auf der Aggregatebene zu verorten und kann daher keine Aussagen über Effekte auf der Individualenebene treffen. In ihrem Sammelbandbeitrag gehen die Autoren Wessels/Franklin ähnlich vor und kommen zu dem Schluss: „It does not appear that citizens of the new member states are reacting differently to European Parliament elections than citizens of established member states“ (2010: 87). Nur in der Fußnote erwähnen sie, dass diese Ergebnisse für die fünf „low turnout states“ nicht notwendigerweise gelten. Da die beiden Forscher auf der Aggregatebene keine Unterschiede zwischen den Staaten ausmachen konnten, nehmen sie an, Erklärungen für die Beteiligungsunterschiede auf der Individualenebene zu finden (Wessels/Franklin 2010: 87).

In seinem Beitrag geht Franklin (2007: 59) davon aus, dass die niedrigen Wahlbeteiligungsraten in einigen der neuen EU Mitgliedsstaaten mit ihrem Status als verhältnismäßig junge Demokratien zusammenhängt. Damit knüpft er an die Tradition der Modernisierungstheorien an, die annehmen, dass mit zunehmender wirtschaftlicher, demokratischer und kultureller Entwicklung einer Gesellschaft unter anderem auch die Beteiligung an Wahlen steigt (Norris 2004: 161). Franklin führt aus, dass gerade Europawahlen ein starkes Maß an „sophistication“ bei den Wählern erfordern, das vor allem bei den Bürgern der neuen Mitgliedsstaaten unter Umständen noch nicht voll ausgebildet sei (Franklin 2007: 59). Es gilt anzunehmen, dass die Bürger in den alten Mitgliedsstaaten mit den Mechanismen des Systems vertraut sind und über einen ausreichenden Wissensstand verfügen, um sich sicher innerhalb dieses Systems zu bewegen. Es brauche unter Umständen schlicht noch etwas Zeit, bis diese Erfahrung auch in den neuen EU-Staaten zum politischen Alltag gehöre, soweit seine Argumentation. In den alten Mitgliedsstaaten haben die Bürger über die Zeit verhältnismäßig stabile Parteibindungen aufgebaut und eine gewisse Loyalität gegenüber dem bestehenden System entwickelt. Diese Eigenschaften tragen nach Franklin dazu bei, die Bürger für die Wahl zu motivieren, auch wenn die Bedeutung der Wahl verhältnismäßig gering ist. Gerade die genannte Loyalität gegenüber dem System dürfte aus den genannten Gründen bei Europawahlen von großer Bedeutung sein. Franklin (2007: 62) testet unsystematisch eine ganze Reihe von konventionellen Variablen, die Ressourcen von Individuen und deren Motivation messen, die sich in vergangenen Studien zur Wahlbeteiligung bewährt haben wie beispielsweise die Bildung, die Schichtzugehörigkeit oder das Interesse am Europawahlkampf. In dem gemeinsamen Sammelbandbeitrag mit Wessels gehen die beiden Forscher systematischer vor und bilden verschiedene Kategorien für die einzelnen Variablen, weshalb im Folgenden nur noch auf diesen Artikel Bezug genommen wird.

Wessels/Franklin gehen von Defiziten in den Bereichen politisches System, politische Gemeinschaft und Mobilisierung aus; Mängel in diesen drei Bereichen sollen für die niedrige Beteiligung verantwortlich sein. Die Autoren formulieren

Defizit-Hypothesen⁵, weil die Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2004 unerwartet sehr niedrig ausgefallen ist (Wessels/Franklin 2010: 97) - gleiches gilt im übrigen auch für die Wahl 2009. Experten prognostizierten für 2004 höhere Beteiligungsniveaus wegen der besonderen symbolischen Bedeutung dieser Wahl als „founding elections of new Europe“ (u.a. Schmitt 2005: 653f; Wessels/Franklin 2010: 83). Diese euphorischen Erwartungen wurden allerdings nicht erfüllt.

Bezogen auf das politische System der Europäischen Union argumentieren die beiden Politikwissenschaftler, dass sowohl die Effektivität als auch die Responsivität nicht gewährleistet ist und folglich nicht zur Stimmabgabe motiviert: „If the system leaves the voters with the impression that elections neither provide an effective translation of preferences nor guarantee responsiveness by those elected, the system has a deficit and voters have less reason to vote“ (Wessels/Franklin 2010: 88). Dabei wird Effektivität für die Bürger erzielt, wenn sie darüber bestimmen, wer die politischen Entscheidungspositionen inne hat. Wenn Wählen gehen in den Augen der Bürger einen Effekt hat, sind sie eher bereit die Kosten des Wahlaktes zu tragen. Das impliziert aber auch, dass es in ihren Augen einen Unterschied machen muss, wer die Mehrheit im Parlament hält. Genau dieser Punkt dürfte auf der europäischen Ebene problematisch sein. Unter Responsivität wird in diesem Zusammenhang verstanden, dass das politische System als Ganzes in den Augen der Bürger auf ihre Bedürfnisse reagiert, sie also einen spürbaren Einfluss ausüben (Weßels 2005: 95). Liefert das System also nicht die erwünschten Outputs⁶ bzw. sind diese wie im Fall der Europäischen Union nicht identifizierbar, haben die individuellen Wähler wenig Anreize, den Weg zur Wahlurne auf sich zu nehmen. Die Abwägung der Nutzenseite der Stimmabgabe sollte vor allem in jungen Demokratien stärkere Effekte haben, da die Bevölkerung Wählen gehen (noch) nicht als Bürgerpflicht wahrnimmt und deshalb nicht nur aus Gewohnheit an der Wahl teilnimmt (ebd).

⁵ Die Defizitaussagen gelten im Modell gleichermaßen für alle 25 Mitgliedsstaaten, wie bereits eingangs erwähnt.

⁶ In diesem Zusammenhang geht es in erster Linie um die Befriedigung materieller Bedürfnisse; gemeint sind also Outputs wie Wohlstand, Arbeitsplätze oder soziale Sicherungssysteme.

Eine ähnliche Argumentation trifft auch auf den Bereich der politischen Gemeinschaft zu: Wer sich mit dem politischen System identifiziert und die geltenden Spielregeln akzeptiert, sollte diese Zufriedenheit und Zustimmung auch durch die Wahlteilnahme bekunden: Es handelt sich hierbei um ein wichtiges Motiv für die Befolgung der Wahlnorm (Fuchs 2000: 265). Dieser Bereich bezieht sich damit auf den symbolischen Charakter der Wahl: „[...] feeling part of a European political community should matter for turnout“ (Wessels/Franklin 2010: 89). Aber nicht nur die Wähler, sondern auch die Parteien müssen ihren Beitrag leisten, um das Funktionieren des Systems zu gewährleisten - sie haben ihrerseits einen Informations- und Mobilisierungsauftrag. Durch ihre Agenda und die Themenauswahl sollten sie die Wähler zur Stimmabgabe motivieren; sie müssen also dafür Sorge tragen, dass sie ihre Botschaft effektiv an die Wähler übermitteln. Doch auch die Parteien wissen um den Nebenwahlcharakter der Europawahlen und sind ihrerseits wenig motiviert, einen umfangreichen und kostspieligen Wahlkampf zu führen. Die Bürger umfassend zu informieren, wäre mit einem erheblichen Aufwand für die europäischen Parteien verbunden, denn die Europapolitiker sind in der Regel kaum in den nationalen Medien präsent und daher relativ unbekannt, weshalb es für sie schwer ist, prominent für die Wahl zu werben. Die Mehrheit der Bürger würde sie auf den Wahlplakaten nicht erkennen, viele Parteien entschließen sich deshalb dazu, mit ihren nationalen Politikern in den Europawahlkampf einzutreten. Dadurch wird leicht der Eindruck vermittelt, dass sich die Politiker zu wenig bemühen. Als logische Konsequenz formulieren Wessels/Franklin ihre Hypothese: „the less the efforts made to inform and mobilize the electorates, the less the turnout“ (2010: 89). Diese Annahme ist eng mit dem Vorwurf der fehlenden europäischen Öffentlichkeit verknüpft.

Die Autoren ermitteln mithilfe zweier Faktorenanalysen verschiedene Variablenbündel, die die drei genannten Konstrukte⁷ politisches System, politische Gemeinschaft und Mobilisierung erfassen und rechnen mit diesen dann logistische Regressionsmodelle, um die Effekte auf ihre abhängige Variable Wahlbeteili-

⁷ Die Begriffe Konstrukte, Dimensionen und Bereiche werden im weiteren Verlauf der Arbeit synonym verwendet.

gung zu ermitteln. Die drei Konstrukte setzen sich jeweils aus verschiedenen Unterkategorien zusammen, die Daten stammen alle aus dem EOS Gallup Datensatz von 2004. Wessels/Franklin wählen folgende Fragen, um die beiden Dimensionen politisches System und politische Gemeinschaft zu messen:

„For each of the following propositions, please tell me if it rather corresponds or rather does not correspond to your attitude or your opinion:

- a. It is very important for you which particular political party gained the most seats in the European Parliament elections
- b. It is very important for you which particular candidates win seats and become MEPs in the European Parliament elections
- c. The European Parliament takes into consideration the concerns of European citizens
- d. You trust the institutions of the European Union
- e. The membership of [COUNTRY] in the European Union is a good thing
- f. You feel you are a citizen of the European Union
- g. You feel attached to Europe

Possible answers: Yes, rather; No, rather not; Don't know/no answer“ (Wessels/Franklin 2010: 90).

Das Konstrukt politisches System setzt sich aus den beiden Unterkategorien Effektivität, gemessen durch die Fragen a und b, und Responsivität, gemessen durch Frage c und d, zusammen. Die Fragen e, f und g bilden gemeinsam das Konstrukt der politischen Gemeinschaft ab. Dabei geht es darum, die Identifikation mit dem politischen System der Europäischen Union zu erfassen. Die Dimension der Mobilisierung stellt sich komplexer und vielschichtiger dar. Wessels/Franklin (2010: 92) messen sie wie folgt:

„Political parties and candidates campaigned for votes in the European Parliament elections we have just had. For each of the following, please tell me if you have been in this situation or not...

- a. You have seen or heard things concerning the electoral campaign on television or on radio
- b. You have seen advertisement for parties or candidates
- c. You have read about the electoral campaign in the newspapers
- d. You received leaflets concerning the European Elections in your mailbox
- e. You have been contacted by political parties or candidates or their representatives by phone
- f. Political parties or candidates or their representatives called to your home
- g. You have been approached in the street by political parties or candidates or their representatives
- h. You have searched for information on the European Elections on the internet
- i. You took part in public gatherings or meetings concerning the European Parliament Elections

- j. You have discussed the European Parliament Elections with your family, friends or acquaintances
 - k. You have been aware of a non-party campaign or advertisement encouraging people to vote in the European Parliament elections
- Possible answers: Yes, No, Don't know, No answer.“

Diese lange Liste an Fragen wurde ebenfalls einer Faktorenanalyse unterzogen und drei unterschiedlichen Kategorien zugeordnet. Die erste Kategorie erfasst während des Europawahlkampfes vermittelte Informationen und wird durch die Fragen a bis d gemessen. Bei der zweiten Kategorie geht es darum, direkte Kontakte, die im Zuge des Europawahlkampfes stattgefunden haben, abzubilden. Gemessen werden diese durch die Fragen e bis g. Bei den Fragen h bis k geht es um die Informationen, die sich der jeweilige Befragte zum Thema Europawahl selbst gesucht hat. Die eigenständige Informationssuche bildet die dritte Kategorie der Mobilisierung: Es handelt sich dabei um die aktivste Form, die der Wähler einnehmen kann.

Um eine erste Einschätzung der Zusammenhänge zwischen der abhängigen Variable und den unabhängigen Variablen vornehmen zu können, wurden die Faktorenwerte je nach ihrer Abweichung vom Standardfehler in niedrig, mittel oder hoch rekodiert und zu den Mittelwerten der angegebenen Wahlbeteiligung in Beziehung gesetzt. Wessels/Franklin gehen allerdings nicht näher auf die technische Seite dieses Zwischenschritts ein, resümieren aber die Bestätigung aller drei Thesen über alle Individuen hinweg, unabhängig davon, welchem Mitgliedsstaat sie angehören:

- a. „turnout should be lower, the less effective the elections and the less responsive the system“
 - b. „low identity goes with low turnout and strong identity with high turnout“
 - c. „the lower the information/mobilization level, the lower the turnout“
- (Wessels/Franklin 2010: 93f).

Die beiden Wissenschaftler stellen dann drei multivariate Modelle vor (Wessels/Franklin 2010: 95): Eines enthält nur die Kontrollvariablen, die dem soziologischen Ansatz entstammen (Alter, Bildung, Beruf, ländliche Wohngegend), das zweite Modell umfasst darüber hinaus die drei Konstrukte (politisches System, politische Gemeinschaft und Mobilisierung), sowie die Variable Parteiidentifikation, die zuvor allerdings nicht erwähnt wurde. Ein drittes Modell enthält zusätzlich die beiden Makrovariablen Wahlpflicht und Zeit bis zur nächsten nationalen

Wahl. Dieser letzte Schritt erscheint wenig plausibel: Die Begründung für die Erweiterung des Modells um die Makrovariablen bleiben die Forscher den Lesern schuldig.

Die Ergebnisse zeigen, dass alle unabhängigen Variablen einen signifikanten Effekt auf die Wahlbeteiligung ausüben, außer die Variable ländliche Wohngegend. Um die Güte ihres Modells besser beurteilen zu können, versuchen Wessels/Franklin die Wahlbeteiligungsniveaus auf der Basis der jeweiligen unabhängigen Variablen zu schätzen und kommen zu dem Ergebnis, dass das Modell unter Einschluss der beiden Makrovariablen sowohl die Wahlbeteiligung in den alten, etablierten Demokratien, als auch in den neuen Demokratien mit kommunistischer Vergangenheit prognostizieren kann (Wessels/Franklin 2010: 97).

Bezogen auf die Erklärung der großen Beteiligungsunterschiede zwischen den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten kommen die beiden Politikwissenschaftler schließlich zu folgendem Ergebnis: „[...] there are deficits - deficits in the strength of the political community, deficits in the institutional system of the EU and deficits in mobilization of individuals to vote“ (Wessels/Franklin 2010: 97). Darin ist implizit die Aussage enthalten, dass unterschiedliche Defizitniveaus für die unterschiedlichen Wahlbeteiligungsraten verantwortlich sind und nicht unterschiedliche Effekte, die von den unabhängigen Variablen ausgehen. Die Autoren gehen also davon aus, dass sie in den neuen EU-Mitgliedsstaaten mit niedriger Wahlbeteiligung auch entsprechend niedrige Niveaus bei der Ausprägung der unabhängigen Variablen finden. Demnach wären also die Defizite bezogen auf die Bereiche des politischen Systems, der politischen Gemeinschaft und der Mobilisierung seitens der Parteien und Medien besonders stark ausgeprägt und deshalb auch die Wahlbeteiligung schwächer. Dass diese Annahme tatsächlich zutreffend ist, können sie bereits bei der Untersuchung der bivariaten Beziehungen zeigen: Personen, die ein niedriges Level an Effektivität, Responsivität, politischer Gemeinschaft und Mobilisierung aufweisen, finden sich auch in der Gruppe der Personen mit niedriger Wahlbeteiligung wieder (Wessels/Franklin 2010: 94). Bestätigt wird diese Hypothese durch die Ergebnisse der multivariaten Analyse, denn auch in diesem Modell haben alle Variab-

len einen signifikanten Einfluss auf die Wahlbeteiligung. Die Unterschiede müssen folglich mit den unterschiedlichen Defizitniveaus zusammenhängen. Einfacher ausgedrückt heißt das: je größer die Defizite, desto niedriger die Wahlbeteiligung. Es stellt sich allerdings die Frage, welcher Erkenntnisgewinn hinter diesem Ergebnis steckt, denn die Erklärungskraft des Gesamtmodells mit einem Pseudo-R-Quadrat von 0,199 ist verhältnismäßig gering (Wessels/Franklin 2010: 95).

In ihrem Konferenzpapier zur Europawahl 2009 untersuchen Franklin/Wessels die drei Dimensionen Wählen aus Gewohnheit, Wählen aufgrund erfolgreicher Mobilisierung und Wählen aus eigener Motivation heraus. Diese drei Bereiche setzen sie dann in Beziehung mit verschiedenen Stimuli, die je nach dem Zeitpunkt der Europawahl im Verhältnis zum nationalen Wahlzyklus variieren und der Reaktion auf diese Stimuli. Dabei kommen die Autoren zu einem ähnlichen Ergebnis wie bereits im Sammelbandbeitrag zur Europawahl 2004, formulieren es diesmal aber noch deutlicher: „[...] it is differences between levels of stimulus in post-communist and other countries that are primarily responsible for the differences in turnout between the two groups of countries, not differences in strengths of response“ (Franklin/Wessels 2010: 15). Das bedeutet, dass unterschiedliche Niveaus bei der Ausprägung der unabhängigen Variablen in postkommunistischen Mitgliedsstaaten einerseits und den alten Mitgliedsstaaten andererseits für die unterschiedlichen Beteiligungsraten verantwortlich sind. In ihrem Fazit führen Franklin/Wessels (2010: 16) die niedrigen Beteiligungsniveaus in den postkommunistischen Mitgliedsstaaten primär auf zwei ihrer unabhängigen Variablen zurück. Zum einen handelt es sich dabei um die generell niedrige Wählermobilisierung und zum anderen um die wenig ausgeprägte Komponente des Gewohnheitswählens. Sie gehen weiter davon aus, dass dieser letzte Aspekt eng mit dem Status der Länder als junge Demokratien verknüpft ist und in den kommenden Jahren mit zunehmender Erfahrung der Bürger abnehmen wird (ebd). Die Erweiterung des Modells um den Faktor des Gewohnheitswählens erscheint in diesem Zusammenhang vielversprechend.

3.4. Erweitertes Erklärungsmodell

Um ein geeignetes Modell für die Untersuchung der Europawahlbeteiligung in Deutschland und Polen zu entwickeln, wird im Wesentlichen auf das Modell aus dem Sammelbandbeitrag von Wessels/Franklin Bezug genommen. Dieses bereits bestehende Modell wird allerdings um einige erfolgversprechende Komponenten erweitert.

Neben den drei genannten Konstrukten des politischen Systems, der politischen Gemeinschaft und der Mobilisierung werden noch zwei weitere Dimensionen ergänzt: Zum einen handelt es sich dabei um die Wahlnorm und zum anderen um die Einflussgröße der wirtschaftlichen Lage.

Die Idee, das Modell um die Komponente des Gewohnheitswählens und damit die Wahlnorm auszuweiten, stammt ebenfalls von den Autoren Franklin/Wessels, die in ihrem Konferenzpapier ähnlich vorgehen. Die Wahlteilnahme von Individuen lässt sich vor allem auf drei Gründe zurückführen. Zum einen gehen Personen zur Wahl, weil sie motiviert sind: Es ist ihnen wichtig, welche Partei die Mehrheit erlangt (Franklin/Wessels 2010: 4). Diese Dimension ist im Modell aus dem Sammelbandbeitrag von Wessels/Franklin durch den Bereich des politischen Systems repräsentiert. Für motivierte Personen macht es einen Unterschied, ob sie an der Wahl teilnehmen oder nicht - dementsprechend halten sie das System für effektiv. Andere gehen zur Wahl, weil sie durch Parteien, Medien oder Freunde mobilisiert wurden (Rosenstone/Hansen 1993: 161ff) - auch dieser Bereich ist bereits im Ursprungsmodell enthalten. Jene Personen werden überzeugt, dass es sich lohnt an der Wahl teilzunehmen. Diese Art der Mobilisierung kann auf unterschiedliche Weise zustande kommen: Wahlkampagnen von Parteien können Personen ansprechen und sie so von der Wahlteilnahme überzeugen; eine ähnliche Mobilisierungskraft kann von den Kandidaten der einzelnen Parteien ausgehen; darüber hinaus wird das Thema Wahl beispielsweise mit Freunden oder der Familie diskutiert und kann so motivierend auf die Entscheidung zur Stimmabgabe wirken. Auch die Medien können durch ihre Berichterstattung auf die jeweilige Wahl aufmerksam machen und so eine mobilisierende Wirkung auf die Bevölkerung entwickeln. Eine dritte Mög-

lichkeit, weshalb sich Personen an Wahlen beteiligen, hängt mit ihrer Gewohnheit zusammen (Wessels/Franklin 2010: 4). Manche Bürger entscheiden sich schlicht für die Handlung, die dem bisherigen Verhalten entspricht (Campbell et al 1980: 92): Sie sind es gewohnt, am Wahltag ihre Stimme abzugeben. Diese Personen halten Wählen gehen für die Pflicht eines guten demokratischen Bürgers, das bedeutet, dass sie ihre Stimme unabhängig von der Art der jeweiligen Wahl abgeben (Schmitt/Mannheimer 1991: 35). Bürger, die sich also regelmäßig an Wahlen beteiligen, werden das auch mit einer erhöhten Wahrscheinlichkeit bei der Europawahl tun, da sich ihr Pflichtbewusstsein auch auf diese Wahl bezieht. Diese internalisierte Wahlnorm dürfte in den alten Mitgliedsstaaten der Europäischen Union stärker ausgeprägt sein als in den jungen Demokratien mit postkommunistischer Vergangenheit, denn dort haben die Bürger weniger Erfahrung mit freien Wahlen. Während des Transformationsprozesses waren sie es zwar gewohnt, sich zahlreich zu engagieren, diese enorme Beteiligungsbereitschaft lässt sich allerdings mit dem unmittelbaren Ziel der Herbeiführung des Umsturzes erklären. Auf diese anfängliche Euphorie folgte jedoch fast zwangsläufig eine gewisse Enttäuschung bzw. Normalisierung der Partizipation der Bürger, was auch zu einem Rückgang der Wahlbeteiligung führte (Kostadinova 2003: 743). Die Bürger der neuen Demokratien nahmen ebenso ihre neugewonnene Freiheit der Nichtteilnahme in Anspruch (Rose 1995: 558), dieser Umstand dürfte vor allem mit zunehmender Ernüchterung und Unzufriedenheit mit dem nationalen und dem europäischen System zunehmen. Dementsprechend ist davon auszugehen, dass die Nutzenseite der Wahlen bei den neuen EU-Bürgern stärker ausgeprägt ist. Beide Systemebenen dürften im Fall von Europawahlen eine Rolle spielen, da anzunehmen ist, dass die Bürger zwischen beiden nicht differenzieren werden. Diese Annahme gilt gleichermaßen für die Bürger alter und neuer Mitgliedsstaaten.

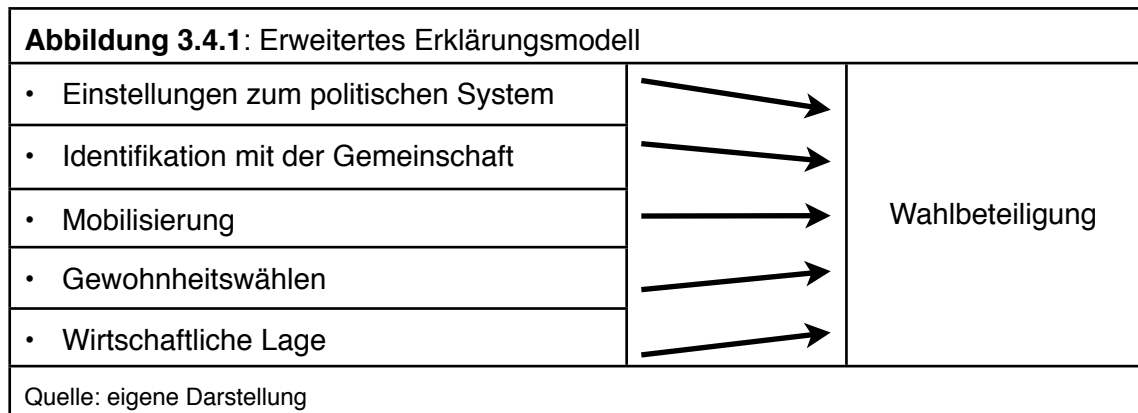
Der Ausbau des Modells um eine zweite Komponente, die die wirtschaftliche Lage eines Landes abbildet, scheint vor allem im Bezug auf die postkommunistischen EU-Mitgliedsstaaten interessant. Die Grundidee zur Integration einer solchen Variablen stammt aus einer Publikation der Autorinnen Fauvelle-Aymar/Stegmaier (2006; 2008) und einer weiteren Arbeit von Pacek (1994).

Die Idee eines Einflusses der wirtschaftlichen Lage auf die individuelle Wahlbeteiligung ist allerdings schon sehr viel älter: Rosenstone testet in seiner Studie aus dem Jahr 1982 drei Thesen, die in diesem Kontext in der Wissenschaft kursieren. Eine der Thesen geht davon aus, dass die Wahlbeteiligung in Zeiten schlechter ökonomischer Bedingungen zunimmt, da die Bürger ihren Unmut kundtun wollen. Die zweite sogenannte „withdrawal hypothesis“ besagt, dass sich Personen zunehmend aus der politischen Sphäre zurückziehen, je schlechter sich ihre wirtschaftliche Lage darstellt. Und die dritte Hypothese nimmt an, dass es zwischen der Wahlbeteiligung und der wirtschaftlichen Lage keinen signifikanten Zusammenhang gibt. Rosenstone kann schließlich zeigen, dass schlechte wirtschaftliche Bedingungen zu einem Rückgang der Wahlbeteiligung führen.

Pacek und Fauvelle-Aymar/Stegmaier testen diese These jeweils im Zusammenhang mit der Beteiligung bei nationalen und europäischen Wahlen in postkommunistischen Staaten Mittel- und Osteuropas⁸; in beiden Studien bestätigt sich die Rückzugshypothese. Es ist davon auszugehen, dass die ökonomische Lage in einem logischen Zusammenhang mit der Europawahlbeteiligung steht, da im Zuge der Beitrittsverhandlungen zusätzliche wirtschaftliche Reformen notwendig wurden, die in den postkommunistischen Staaten sowohl Verlierer als auch Gewinner produzierten (Nugent 2004: 15f; Fauvelle-Aymar/Stegmaier 2006: 9; Lippert 1998: 57f). „Während das Gesamtergebnis allgemein als positiv betrachtet wird, sind viele Berufsspaten durch das neue Regime bedroht. Ganze Industriezweige und ihre Angestellten sind dem Wettbewerb nicht gewachsen und werden ausgemustert“ (Barnes 2000: 245). Personen, die sich ökonomisch in einer schwierigen Situation befinden, sind primär damit beschäftigt, etwas an ihrer Lage zu ändern und werden sich deshalb weniger für Politik interessieren - „[...] particularly politics at a supra-national level“ (Fauvelle-Aymar/Stegmaier 2008: 663). Denn die übergeordnete europäische Ebene ist nicht so vertraut wie die nationale, folglich erfordert es zusätzlich Zeit, entsprechende Informationen zu beschaffen. Da Zeit aber ein knappes Gut ist, wird sie in wirtschaftlich schwierigen Zeiten in erster Linie für existenzsichernde Maßnahmen

⁸ siehe dazu auch: Hobolt/Spoon/Tilley 2009: 103f

genutzt, statt politisches Wissen über die EU anzusammeln.



Die Abbildung 3.4.1 zeigt alle fünf Dimensionen des erweiterten Modells zur Erklärung der Europawahlbeteiligung in graphischer Form: Von allen fünf Konstrukten wird ein Effekt auf die Wahlbeteiligung erwartet.

Neben diesen fünf Bereichen wird das Modell zusätzlich noch um einige Kontrollvariablen erweitert. Kontrollvariablen dienen dazu, mögliche Scheinkorrelationen zwischen Variablen aufzudecken; es handelt sich dabei um Variablen, die möglicherweise für die beobachtete Beziehung verantwortlich sein könnten (Benninghaus 2005: 258ff). In der klassischen Literatur zur Wahlbeteiligung wird davon ausgegangen, dass soziodemographische Variablen wie Geschlecht, Alter und Bildung einen Einfluss auf die Wahlteilnahme ausüben. Darüber hinaus wird der Urbanisierungsgrad, die Gewerkschaftsmitgliedschaft, das individuelle politische Interesse und die Zufriedenheit mit der eigenen nationalen Regierung in das Modell mit aufgenommen. Von jeder der genannten Variablen wird ein Effekt auf die Stimmabgabe erwartet.

In vielen Studien hat sich ein Einfluss des Bildungsgrads auf die Wahlteilnahme bestätigt, weshalb auch im Kontext dieser Arbeit davon ausgegangen werden kann, dass mit steigendem Bildungsniveau auch die Entscheidung zugunsten der Stimmabgabe zunimmt. „Eine hohe formale Bildung, die das Verständnis politischer Zusammenhänge fördert, wirkt der Wahlenthaltung entgegen“ (Falter/Schoen 2003: 35).

Hinter dem Indikator, der die Urbanisierung und damit die Wohnsituation einer Person abbildet, steckt folgende Überlegung: Wer in einer Großstadt wohnt, lebt wesentlich anonym als beispielsweise ein Bewohner eines kleinen Ortes,

in dem sich die Bewohner untereinander kennen. Dort ist zu erwarten, dass die soziale Kontrolle durch die Einwohner selbst größer ist als in der Stadt. Wer dort am Wahltag nicht im Wahlbüro gesehen wird, setzt sich unter Umständen unangenehmen Spekulationen seiner Nachbarn aus. Der Gang zur Wahlurne könnte also durch solche sozialen Faktoren in ländlichen Gegenden zusätzlich begünstigt werden. Ähnliches gilt für Personen, die Mitglieder in sozialen Gruppen sind, die direkt oder indirekt mit Politik zu tun haben wie zum Beispiel Gewerkschaftsmitglieder.

Die Motivation, sich an einer Wahl zu beteiligen, wird außerdem von politischen Einstellungen wie dem generellen politischen Interesse oder der Zufriedenheit mit der nationalen Regierung beeinflusst. Je enger eine Person politisch gesehen in die Gesellschaft eingebunden ist, desto eher wird diese Person auch an einer anstehenden Wahl teilnehmen. Wobei das individuelle politische Interesse wiederum eng mit dem Bildungsstatus verknüpft ist: Wer über einen höheren Bildungsgrad verfügt, versteht politische Zusammenhänge leichter und interessiert sich dementsprechend auch stärker für die politische Sphäre, da es für ihn leichter ist politische Informationen zu verstehen und zu bewerten. Im empirischen Teil dieser Arbeit wird noch genauer auf die einzelnen Kontrollvariablen und ihre Operationalisierung eingegangen.

3.5.Länderauswahl

Das bereits entwickelte Modell wird nun auf die beiden bereits erwähnten EU-Mitgliedsstaaten Deutschland und Polen angewandt. Das Ziel der vorliegenden Arbeit ist, die Wahlbeteiligungsunterschiede bei der Europawahl 2009 zu erklären. Als Vergleichspaare wurden Deutschland und Polen gewählt, da beide für die Analyse geeignet erscheinen.

Im Bezug auf Deutschland ist allerdings anzumerken, dass nur die westlichen Bundesländer in die Analyse einbezogen werden. Diese Vorgehensweise erscheint sinnvoll, da die östlichen Bundesländer durch die Teilung des Landes über einen völlig anderen politischen Hintergrund verfügen und erst seit der Wiedervereinigung im Jahre 1989 Teil der Europäischen Union geworden sind.

Ein Zuteilungsproblem ergibt sich im Fall von Berlin, das zur Hälfte dem westdeutschen und zur Hälfte dem ostdeutschen Teil angehörte. Um eine mögliche Verzerrung der Ergebnisse durch eine falsche Einteilung zu verhindern, wird Berlin ebenfalls aus der Analyse ausgeschlossen. Wenn also im weiteren Verlauf der Arbeit von Deutschland gesprochen wird, handelt es sich dabei folglich nur um Westdeutschland, repräsentiert durch die folgenden zehn Bundesländer: Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein. Deutschland als eines der Gründungsmitglieder der Europäischen Union und als mittlerweile etablierte und konsolidierte Demokratie erscheint aufgrund dieser Eigenschaften für den angestrebten Vergleich geeignet. Es ist davon auszugehen, dass die Bürger durch ihre langjährige Erfahrung mit den Europawahlen und mit dem europäischen politischen System vertraut sind. Darüber hinaus ist anzunehmen, dass die Bürger mehrheitlich positiv gegenüber der Europäischen Union eingestellt sind.

Polen als neues EU-Mitglied und vergleichsweise junge Demokratie⁹ stellt den passenden Gegenpol zu Deutschland dar. Das Land trat der Europäischen Union im Zuge der großen Osterweiterung im Jahr 2004 bei, es ist sowohl gemessen an der Einwohnerzahl als auch flächenmäßig der größte neue Mitgliedsstaat und hat entsprechendes Gewicht innerhalb der erweiterten Union. Mit seinen mittlerweile 51 Sitzen im Europäischen Parlament kommt Polen direkt nach Spanien, das durch 54 Parlamentssitze repräsentiert ist. Die Größe Polens sichert dem Land eine gewichtige Stimme innerhalb der Europäischen Union, was das selbstbewusste Auftreten der Landesvertreter erklären kann, die eine entsprechend starke Position ihres Landes in der EU einfordern. Es kann folglich ausgeschlossen werden, dass die Bürger Polens nicht zur Wahl gehen, weil sie ihre Stimme innerhalb Europas für unerheblich halten. Die Zu-

⁹ Der Begriff *junge Demokratie* bezieht sich hier allein auf die Zeitspanne nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Systems und die damit verbundene Rückkehr zum demokratischen Herrschaftssystem bis heute. An dieser Stelle muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass Polen auf eine lange Verfassungsgeschichte zurückblicken kann: „Die zur Reform des Staates konzipierte Verfassung vom 3.5.1791, die erste schriftliche Verfassung Europas, sah eine konstitutionelle Monarchie vor [...], [so] dass Polen mit dieser Verfassung ein frühes konstitutionelles Leitbild geschaffen hatte“ (Ziemer/Matthes 2010: 209).

stimmung zur EU seitens der polnischen Bevölkerung ist in den vergangenen Jahren sogar angestiegen: Im Jahr 2003 lag die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft noch bei 77,5%, bis 2008 stieg sie um mehr als 10 Prozentpunkte an und lag bei 88% (Ziemer/Matthes 2010: 260; 268). Auch außenpolitisch gilt Polen seit 2007 wieder als stärker pro-europäisch (Ziemer/Matthes 2010: 212). Es kann ebenfalls ausgeschlossen werden, dass die polnischen Bürger sich generell nicht an Wahlen beteiligen: Bei den letzten Parlamentswahlen im Jahr 2007 lag die Beteiligung bei knapp 54% (Ziemer/Matthes 2010: 226). Daraus kann geschlossen werden, dass generell nicht nur eine Minderheit der polnischen Bevölkerung an Wahlen teilnimmt. Der sogenannte Euro-Gap¹⁰ ist in Polen ebenso gegeben wie in anderen EU-Mitgliedsstaaten.

Tabelle 3.5.1: Europawahlprozedere in Deutschland und Polen							
Mitgliedsstaat	Sitze im EP	Wahlalter	Wahltag	Wahlkreis	Sperrklausel	Wahlsystem	Repräsentationsverhältnis
Deutschland	96	18	So	1	5%	Verhältnismahl	830.000 pro MEP
Polen	51	18	So	1	5%	Verhältnismahl	705.000 pro MEP

Quellen: Lehmann 2009; Farrell/Scully 2007; Wüst/Stöver 2005

Deutschland und Polen eignen sich darüber hinaus für einen Vergleich, weil in beiden Staaten das gleiche Wahlprozedere zur Anwendung kommt, was nicht selbstverständlich ist, wie innerhalb dieser Arbeit gezeigt wurde. Wie in Tabelle 3.5.1 abgelesen werden kann, dürfen die Bürger beider Staaten mit der Vollendung des 18. Lebensjahres an der Wahl teilnehmen. Außerdem fand die Wahl sowohl in Polen als auch in Deutschland am Sonntag, den 7. Juni 2009 statt. Das Grundprinzip entspricht wie in allen EU-Mitgliedsstaaten dem Prinzip der Verhältniswahl; alle Parteien, die mehr als 5% der gültigen Stimmen erhalten, werden bei der Verrechnung der Sitze berücksichtigt. In Deutschland und Polen gilt außerdem die Regel, dass die Wähler nichts an den Kandidatenlisten ändern können - in beiden Staaten werden sogenannte geschlossene Parteilisten

¹⁰ Damit wird die Existenz einer Differenz zwischen der Wahlbeteiligung bei nationalen Wahlen und bei Europawahlen innerhalb eines Staates bezeichnet. In Polen liegt die Differenz bei 29 Prozentpunkten, in Deutschland beträgt die Differenz 28 Prozentpunkte.

verwendet (Lehmann 2009: 17). Es lässt sich also ausschließen, dass die unterschiedliche Wahlbeteiligung in den beiden Staaten bei der Europawahl 2009 durch prozedurale Unterschiede erklärt werden kann. Auch das Repräsentationsverhältnis ist vergleichbar, denn in beiden Staaten vertritt ein Europaabgeordneter ähnlich viele EU-Bürger.

3.6.Hypothesen

Da die Voraussetzungen für den angestrebten Vergleich zwischen Deutschland und Polen erfüllt sind, gilt es nun genauer auf die Annahmen einzugehen, die sich für die beiden Staaten aus dem Modell ergeben. Wie bereits erwähnt, handelt es sich um ein allgemeines Modell, dessen Hypothesen gleichermaßen für Deutschland und Polen gelten. Bei den Indikatoren handelt es sich um allgemeine Wahlbeteiligungsgrößen, von denen angenommen wird, dass sie in beiden Ländern einen Effekt auf die Wahlbeteiligung ausüben (Wessels/Franklin 2010: 97). Die Hypothesen bezogen auf die einzelnen Dimensionen des Modells lauten wie folgt:

a. System-Defizit

Je geringer der Wähler die Effektivität seiner Handlung sowie die Responsivität des Systems einschätzt, desto geringer die Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme.

b. Gemeinschaftsdefizit

Je geringer die Identifikation des Wählers mit dem europäischen System, desto geringer die Wahrscheinlichkeit, sich an der Wahl zu beteiligen. Umgekehrt gilt ebenfalls: Je höher die Identifikation, desto höher die Wahlbeteiligung.

c. Mobilisierungsdefizit

Je geringer der individuelle Informationsgrad und die Mobilisierung einer Person ausfällt, desto geringer wird auch die Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme.

d. Wahlnorm-Defizit

Je weniger die Wahlnorm bei einer Person verinnerlicht wurde, desto gerin-

ger die Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung dieser Person.

e. Wirtschaftsdefizit

Je schlechter die eigene sowie die staatliche wirtschaftliche Lage empfunden wird, desto geringer die Wahrscheinlichkeit, sich an der Europawahl zu beteiligen.

Die genannten Defizit-Hypothesen treffen sowohl auf Deutschland als auch auf Polen zu. Das mag zunächst verwunderlich klingen, denn intuitiv würde man Defizite nur für die neuen EU-Mitgliedsstaaten annehmen. Doch auch in Deutschland liegt die Wahlbeteiligung nur bei 43% - allerdings ist davon auszugehen, dass die Defizite in Polen noch größer ausfallen als in Deutschland. Vor allem im Bezug auf die Wahlnorm können deutliche Unterschiede angenommen werden, denn: „Electoralates of post-communist countries [...] have not necessarily had time for such habits [of voting] to become entrenched“ (Wessels/Franklin 2010: 88). Deshalb ist davon auszugehen, dass die Nutzenseite der Wahlen in Polen einen stärkeren Einfluss auf die Europawahlbeteiligung ausübt. Da wiederum angenommen wird, dass hohe Defizite bei der Effektivität der Wahlen und der Responsivität des europäischen Systems bestehen, könnte dieser Zustand möglicherweise die sehr niedrige Wahlbeteiligungsrates der polnischen Bürger bei der Europawahl 2009 (25%) erklären. Hinzu kommt vermutlich eine niedrige Identifikation mit Europa, so dass das Zugehörigkeitsgefühl zu gering ausfallen dürfte, um eine Bindungswirkung auf die polnischen Bürger zu entfalten.

Auch die Mobilisierung seitens der Parteien und Medien dürfte in dem neuen EU-Mitgliedsstaat niedriger ausfallen als in Deutschland. Da das Grundwissen der polnischen Wähler durch die mangelnde Erfahrung mit Europa geringer sein dürfte, ist es für die Parteien dort noch aufwändiger, die Bürger entsprechend zu informieren. Christoph Doktor (2005: 191) kann in seiner Untersuchung der Europawahlen 2004 zeigen, dass die europäischen Programme der polnischen Parteien nur vage, generelle Aussagen enthalten und somit wenig Aussagekraft haben. So lassen sich die Wähler kaum für diese in ihren Augen ohnehin weniger wichtigen Wahlen mobilisieren. Offenbar gelingt es den politischen Akteuren nicht, die Wichtigkeit der Wahl entsprechend an die Bürger zu

transportieren - diese Beobachtung gilt nicht nur für Polen, sondern vielmehr für die Europäische Union insgesamt. Tenscher (2005: 15) schreibt dazu: Es ist „[...] weniger die faktische Relevanz der EU-Wahlen an sich, sondern vor allem das Commitment und wechselseitige Erwartungen der involvierten Akteure, [die] den Charakter des Wahlkampfes bestimmen“. Dabei seien Ursache und Wirkung schwer voneinander zu trennen. Es kann aber festgehalten werden, dass Parteien in der Regel schwache Europawahlkämpfe führen, die Medien diesen wenig Aufmerksamkeit schenken und daher wenig Information die Bürger erreicht und die Mobilisierung deswegen gering ausfällt. Dieses Argument ist eng mit dem Vorwurf der fehlenden europäischen Öffentlichkeit verbunden.

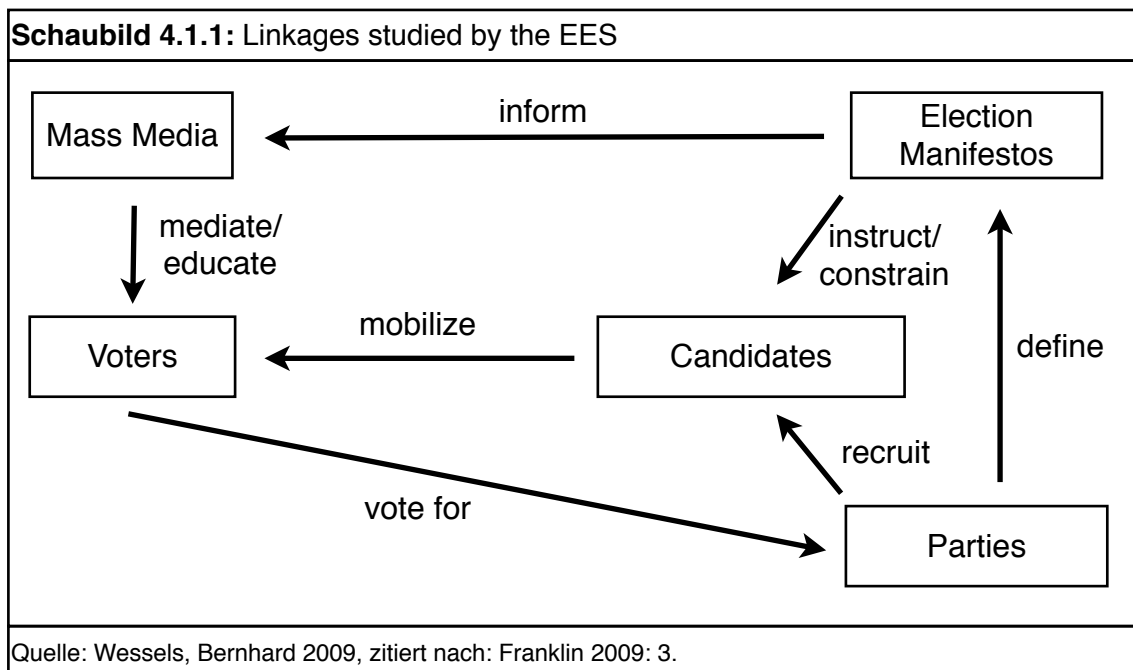
Bezogen auf die wirtschaftliche Lage wird angenommen, dass diese von der polnischen Bevölkerung schlechter eingeschätzt wird als von der deutschen und sich deshalb zusätzlich negativ auf die Wahlbeteiligung auswirkt. Der Beitritt Polens wurde vor allem wegen der erhofften ökonomischen Stabilisierung und damit verbundenen positiven Aussichten für die polnische Wirtschaft mehrheitlich von den Bürgern befürwortet. Diese Erwartungen konnten aber nur zu einem Teil erfüllt werden.

4. Empirische Analyse

4.1. Datenbasis

Die nachfolgenden Untersuchungen basieren auf dem umfangreichen Datensatz der European Election Study 2009 (ESS). Diese Studie setzt sich aus fünf separaten Teilen zusammen: aus der Mass Media Study, der Election Manifestos Study, der Candidates Study, der Voter Study und aus der Contextual Data Study. Für die Analysen der vorliegenden Arbeit werden die Daten der Voter Study verwendet.

Das folgende Schaubild 4.4.1 verdeutlicht die Zusammenhänge der einzelnen Studien, die die EES hinterfragt. Alle fünf separaten Studien stehen in einem



logisch konsistenten Zusammenhang: Parteien definieren Parteiprogramme und rekrutieren gleichzeitig ihre Kandidaten, deren Aufgabe wiederum besteht in der Mobilisierung der Wähler, dabei bekommen sie ihren parteipolitischen inhaltlichen Input durch die Parteiprogramme und werden durch diese auch auf einen gewissen Themenrahmen beschränkt. Diese Programme enthalten Informationen, die ihrerseits von den Massenmedien genutzt werden und entsprechend gefiltert an die Wähler weitergegeben werden.

Alle diese fünf Studien sind Teil des PIREDEU-Projektes¹¹, das im Februar 2008 seine Arbeit aufnahm. Ziel dieses Projektes ist die Etablierung eines einheitlichen, wissenschaftlichen Rahmens für die Erforschung der Staatsbürgerschaft, der politischen Partizipation und der elektoralen Demokratie innerhalb der Europäischen Union (PIREDEU 2008: 5). Der Rahmen besteht dabei aus einem umfassenden empirischen Datensatz bzw. aus mehreren Datensätzen; die Etablierung eines einheitlichen Rahmens wurde mit der großen Erweiterungsrunde der EU immer wichtiger. Zwar gab es auch in der Vergangenheit schon diverse Projekte, die sich mit der Datenerhebung zur Untersuchung relevanter Forschungsthemen beschäftigten wie beispielsweise die Datensätze des Eurobarometers, die European Social Survey oder auch die Comparative Study of Electoral Systems, doch diesen Daten fehlt es häufig an der nötigen Kontinuität, weshalb Vergleiche über die Zeit zum Teil schwierig sind (PIREDEU 2008: 14). „There is an urgent need for the establishment of an infrastructure for European electoral research endowed with stable funding and capable of compiling, linking, disseminating and presenting data in a co-ordinated and professional fashion“ (PIREDEU 2008: 13). So schlossen sich Wissenschaftsinstitute im Jahr 2008 mit ihren renommierten Forschern, sowie Länderexperten aus allen 27 EU-Mitgliedsstaaten im PIREDEU-Projekt zusammen, um ihre Pilotstudie zur Europawahl 2009 vorzubereiten. „It is innovative in that it will provide an integrated database where data on attitudes and behaviour of voters are linked to data about parties and their candidates, the media reporting they are exposed to, and the political and economic context in which all these actors operate“ (PIREDEU 2008: 15).

Die Voter Study 2009, die die Datenbasis für die vorliegende Arbeit darstellt, setzt sich aus verschiedenen Nachwahlstudien zu den Europawahlen in den einzelnen Mitgliedsstaaten zusammen. Dabei wurde ein zentraler Fragebogen¹² in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union verwendet. Die Feldphase begann am ersten Arbeitstag nach den Wahlen, dabei lag das Ziel bei einem

¹¹ Providing an Infrastructure for Research on Electoral Democracy in the European Union

¹² Der integrierte Fragebogen in englischer Sprache für Deutschland und Polen ist im Anhang der vorliegenden Arbeit zu finden.

Stichprobenumfang von 1000 Befragten pro Land (van Egmond et al 2010: 2). In Deutschland und Polen begann die Arbeit folglich montags nach den Wahlen; in Polen wurden 1002 Personen erfolgreich befragt, in Deutschland 1004¹³, somit entstehen keine Probleme durch zu geringe Fallzahlen. Die Befragungen wurden überwiegend mithilfe von sogenannten CATI¹⁴ Telefoninterviews durchgeführt, nur in einigen wenigen Staaten fanden Face-to-face Befragungen statt (ebd). Bei den bisher veröffentlichten Daten handelt es sich allerdings zunächst um eine vorläufige Studie, die noch nicht alle erhobenen Variablen enthält und unter Umständen noch Fehler beinhalten kann; die vorliegende Arbeit wird sich dennoch auf diese Daten stützen, da alle relevanten Variablen zur Erfassung der bereits erläuterten Konstrukte enthalten sind und keine gravierenden Fehler zu erwarten sind, da die Umfrage von einem erfahrenen, internationalen Forscherteam konzipiert wurde.

Da es sich bei der Voter Study allerdings um einen Individualdatensatz handelt, gilt es an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass statt offiziellen Wahlbeteiligungszahlen nur Zahlen zur selbstberichteten Wahlteilnahme vorliegen. Diese Zahlen fallen wegen dem Phänomen der sozialen Erwünschtheit¹⁵ in der Regel höher aus als die offiziellen Zahlen (overreporting of turnout). In Polen geben 47% der Befragten an, dass sie an der Europawahl teilgenommen haben; laut der offiziellen Wahlstatistik waren es allerdings nur 25%. Die Differenz liegt folglich bei 22 Prozentpunkten. In Deutschland geben sogar 78% der Interviewten an, dass sie an der Wahl teilgenommen haben, die offizielle Statistik spricht von 43% - damit liegt die Differenz hier bei 35 Prozentpunkten. Die Zahlen zeigen, dass in Deutschland mehr Befragte angeben, sie hätten an der Europawahl 2009 teilgenommen, obwohl sie das in Wirklichkeit nicht getan haben. Das könnte darauf hindeuten, dass das Phänomen soziale Erwünschtheit hier einen größeren Effekt hat als in Polen.

¹³ nur Westdeutsche (ohne in Berlin wohnende Personen): 773

¹⁴ Computer Assisted Telephone Interview

¹⁵ Befragte neigen dazu, Antworten zu geben, von denen sie glauben, dass sie Merkmale eines guten Bürgers widerspiegeln. Im Fall der Wahlbeteiligungsfrage geben viele Personen an, sie seien zur Wahl gegangen, obwohl sie sich in Wirklichkeit der Teilnahme enthalten haben.

4.2. Operationalisierung

Im Folgenden geht es darum, die einzelnen Dimensionen des erweiterten Modells zur Erklärung der Europawahlbeteiligung durch geeignete Indikatoren messbar zu machen. Der Datensatz der Voter Study enthält viele Fragen, die mit der Wahlbeteiligung zusammenhängen, so dass sich das theoretische Modell adäquat operationalisieren lässt.

Die Rückerinnerung an die Europawahlteilnahme wird bei den nachfolgenden Analysen die abhängige Variable sein, denn diese gilt es durch andere Einflussfaktoren zu erklären. Sie wird durch folgende Frage erfasst: „A lot of people abstained in the European Parliament elections of June 4, while others voted. Did you cast your vote?“ Die Antwortkategorie 1 „Yes, voted“ wurde unverändert beibehalten; 2 „No, did not vote“ wurde mit 0 kodiert, die beiden Antwortvorgaben 7 „Refused“ und 8 „Don't know“ wurden als System bedingte Missings ausgeschlossen. Die Variable Wahlteilnahme wurde somit dichotomisiert, was einen bedeutenden Einfluss auf die folgenden Analysen haben wird.

Die unabhängigen Variablen setzten sich aus den fünf Konstrukten des erweiterten Modells aus Kapitel 3.4 zusammen. Es handelt sich folglich um das System-, das Gemeinschafts- und das Mobilisierungsdefizit, die Wahlnorm und die wirtschaftliche Lage. Alle Indikatoren¹⁶, die diese Konstrukte messbar machen, wurden so umkodiert, dass hohe Werte stets eine positivere Einschätzung bedeuten; die Antwortvorgaben 7 bzw. 77 „Refused“, 8 bzw. 88 „Don't know“ und 9 bzw. 99 „Not aplicable“ wurden jeweils als System bedingte Missings ausgeschlossen.

Die Dimension des System-Defizits wird durch die beiden Komponenten Effektivität der Wahl und Responsivität des politischen Systems gebildet, die wiederum jeweils durch zwei Indikatoren gemessen werden. Die beiden Items (Kandidaten_im_EP und Parteien_im_EP), die die Effektivität der Wahl messen, lauten: „For each of the following propositions, please indicate whether you agree

¹⁶ Im Anhang dieser Arbeit befindet sich eine detaillierte Tabelle mit allen Indikatoren, dem genauen Fragewortlaut und den vorgenommenen Rekodierungen. Diese Tabelle enthält ebenfalls die genaue Operationalisierung und Neukodierung der Kontrollvariablen, die in die logistische Regressionsanalyse eingehen.

or disagree with the following statements: „It is very important for you which particular candidates win seats and become MEPs in the European Parliament elections“ und „It is very important for you which particular political party gained the most seats in the European Parliament elections“. Die Befragten waren aufgefordert zwischen folgenden Antwortvorgaben zu wählen: 1 „Strongly agree“; 2 „Agree“; 3 „Neither agree nor disagree“; 4 „Disagree“; 5 „Strongly disagree“; 7 „Refused“; 8 „Don't know“. Nach der Rekodierung bedeuten höhere Werte einen höheren Grad an Zustimmung. Wenn Befragte angeben, dass es ihnen wichtig ist, welche Abgeordneten ins Parlament einziehen, ist davon auszugehen, dass Wählen gehen für sie einen Unterschied macht (Wessels/Franklin 2010: 90). Umgekehrt lässt sich argumentieren, dass ein Wahlberechtigter ohne Wahlabsicht auch nicht angeben wird, dass es ihm wichtig ist, wer die Mehrheit im Europäischen Parlament erlangt - ihm ist dann gleichgültig, wer als Wahlsieger hervorgeht. Eine solche Haltung wird nur derjenige einnehmen, der davon ausgeht, dass seine Wahlteilnahme keinen Unterschied macht.

Die Responsivität des Systems wird bei den Autoren Wessels/Franklin (2010: 90) durch zwei unterschiedliche Indikatoren gemessen, von denen einer erfragt, ob die Bürger glauben, dass das Europäische Parlament ihre individuellen Belange berücksichtigt; der zweite Indikator fragt ganz allgemein nach dem Vertrauen der Bürger in die Institutionen der Europäischen Union. Es stellt sich allerdings die Frage, was das Institutionenvertrauen mit der Responsivität des europäischen Systems zu tun hat. Man könnte argumentieren, dass Vertrauen nur dann entsteht, wenn der Bürger auch das Gefühl hat, dass Entscheidungen in seinem Sinne getroffen werden. Durch diese Vorgehensweise könnte man unter Umständen indirekt die Responsivität des Systems erfassen, die Voter Study 2009 enthält allerdings einen besseren Indikator, der direkt nach der Zuversicht der Bürger fragt, dass Entscheidungen auf der europäischen Ebene im Interesse des eigenen Landes sind. Die beiden Fragen, die die Responsivität der Europäischen Union messbar machen, lauten also: „For each of the following propositions, please indicate whether you agree or disagree with the following statements: The European Parliament takes into consideration the concerns of European citizens“ und „How much confidence do you have that deci-

sions made by the European Union will be in the interest of [Country]?” Die Antwortkategorien der ersten Frage (EP_Bürgerbelange) sind identisch mit denen der beiden Effektivitäts-Indikatoren; die Vorgaben für die zweite Frage (EU_Zuversicht) lauten: 1 „A great deal of confidence“; 2 „A fair amount“; 3 „Not very much“; 4 „No confidence at all“; 7 „Refused“; 8 „Don't know“ - diese wurden entsprechend der genannten Logik umkodiert.

Zusätzlich wird das Konstrukt des System-Defizits durch den Indikator des Institutionenvertrauens ergänzt, das durch folgende Frage erfasst wird: „For each of the following propositions, please indicate whether you agree or disagree with the following statements: You trust the institutions of the European Union.“ Auch hier entsprechen die möglichen Antworten denen der Effektivitäts-Indikatoren. Die Messung des System-Defizits setzt sich also aus den beiden Fragen zur Effektivität der Wahlen, den zwei Fragen zur Responsivität des Systems und der Frage nach dem Institutionenvertrauen zusammen.

Das zweite Konstrukt des erweiterten Modells bildet das Gemeinschaftsdefizit in den einzelnen Mitgliedsstaaten ab; dabei wird der Grad der Identifikation mit der europäischen Gemeinschaft gemessen. Wessels/Franklin (2010: 90) operationalisieren dieses Defizit über drei unterschiedliche Items, von denen zwei eng mit der Identifikation zusammenhängen: Sie fragen zum einen, ob der Befragte sich als Bürger der Europäischen Union bezeichnen würde und zum anderen, ob er sich zu Europa zugehörig fühlt. Mit der dritten Frage wollen sie von den Befragten wissen, ob sie die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU als gute Sache bezeichnen würden. Dieser Indikator misst allerdings vielmehr die Unterstützung der EU als die Identifikation mit der Gemeinschaft, weshalb in der vorliegenden Arbeit eine andere Operationalisierung vorgenommen wird. Da die Datenbasis dieser Arbeit eine andere ist, als die der beiden Autoren Wessels/Franklin, steht zur Messung der Identifikation mit der EU nur ein Indikator (Europäer) zur Verfügung. Dieser fragt danach, ob der Interviewte sich als Europäer bezeichnen würde oder nur als Deutscher bzw. Pole. Die genaue Frage lautet: „Do you see yourself as...1 Nationality only; 2 Nationality and European; 3 European and Nationality; 4 European only; 7 Refused; 8 Don't know“. Die beiden letzten Kategorien wurden wieder ausgeschlossen, die erste

wird mit 0 kodiert, die zweite mit 1, die dritte mit 2 und die vierte mit 3 - so dass mit zunehmenden Werten auch die Identifikation als Europäer zunimmt.

Die dritte Dimension des Modells soll das Mobilisierungsdefizit messen, das wiederum drei unterschiedliche Komponenten umfasst: vermittelte Informationen, direkte Kontakte und die eigene Informationssuche. Vermittelte Informationen sind solche, die der Bürger zum Thema Europawahl über die Medien erhalten hat. Dabei wird davon ausgegangen, dass mit zunehmendem Grad an Informationen auch die Wahlteilnahme steigt: Der Bürger, der bereits viel über die Europawahlen weiß, muss sich weniger Informationen selbst beschaffen, was wiederum bedeutet, dass die Wahlkosten für ihn sinken. Die vermittelten Informationen werden durch zwei Fragen erfasst: „How often did you do any of the following during the four weeks before the European election? How often did you: watch a program about the election on television?“ und „How often did you: read about the election in a newspaper?“. Die vorgegebenen Antworten sind bei beiden Fragen identisch: 1 „Often“; 2 „Sometimes“; 3 „Never“; 7 „Refused“; 8 „Don't know“ - entsprechend der Logik wurden beide Items (Wahl_im_TV und Wahl_in_Zeitung) so rekodiert, dass hohe Werte einen hohen Grad an vermittelten Informationen abbilden; die beiden letzten Kategorien wurden ausgeschlossen.

Zur Messung der direkten Kontakte enthält die Voter Study eine ganze Reihe an Fragen, die die verschiedenen Arten von möglichen Kontakten messen. Sie lauten: „Have you ever been contacted by a candidate or party organisation during the election campaign in any of the following ways? a-E-mail, c-telephone, e-flyer through the post, f-face to face: calling to your home, g-face to face: in the street“. Aus Plausibilitätsgründen wurde diese Variable zu einem Indikator zusammengefasst und ebenfalls dichotomisiert, so dass 0 bedeutet, dass der Befragte überhaupt nicht kontaktiert wurde und 1, dass mindestens ein Kontakt stattgefunden hat.

Die eigene Informationssuche ist die aktivste Form, die der Bürger einnehmen kann und entsprechend mit hohen Kosten verbunden. Sie wird durch drei Items (Wahlveranstaltung, Wahlwebsite, Wahldiskussion) messbar gemacht: Es wird zum einen nach dem Besuch einer Wahlveranstaltung gefragt, zum anderen, ob

der Bürger eine Website besucht hat, die sich mit der Wahl beschäftigt und zum dritten, ob der Befragte mit Familie, Freunden oder Verwandten über die Europawahl gesprochen hat. Zur Erfassung wurden die folgenden Fragen gestellt: „How often did you do any of the following during the four weeks before the European election? How often did you: attend a public meeting or rally about the election?“ und „How often did you: look into a website concerned with the election?“, sowie „How often did you: talk to friends or family about the election?“. Die möglichen Antworten waren in allen drei Fällen identisch (1 „Often“; 2 „Sometimes“; 3 „Never“; 7 „Refused“; 8 „Don't know“) und wurden so rekodiert, dass höhere Werte einen höheren Grad an Informationssuche bedeuten.

Die unabhängige Variable Gewohnheitswähler wird über die sogenannte Wahlnorm gemessen. Dabei geht es darum zu erfassen, ob der Befragte die Wahlnorm internalisiert hat, denn Personen, die immer Wählen gehen, werden auch eine gewisse Verpflichtung verspüren, an der Europawahl teilzunehmen. Die Voter Study enthält allerdings nur eine Frage, die indirekt erfasst, ob der jeweilige Bürger an der letzten nationalen Wahl teilgenommen hat. In der Literatur wird dieser Proxy jedoch regelmäßig zur Erfassung der Wahlnorm verwendet - diese Art der Operationalisierung erscheint folglich als gerechtfertigt, wenn gleich dieses Phänomen leicht überrepräsentiert sein dürfte: „[I]rrespective of whoever else being categorized under this label, `true` habitual voters are identified as well“ (Schmitt/Mannheimer 1991: 36). In der Voter Study wird nicht direkt nach der Wahlteilnahme gefragt, sondern nur nach der Partei, die man gewählt hat: „Which party did you vote for at the General Election of....?“. Die möglichen Antworten auf diese Frage sind zahlreich, sie umfassen alle Parteien des jeweiligen Mitgliedsstaats, darüber hinaus können die Befragten noch zwischen anderen Alternativen wie „Was not eligible/old enough, Voted blank, Spoiled vote, Did not vote“ wählen. Die Frage kann aber durch eine entsprechende Rekodierung angepasst werden, so dass 1 bedeutet, dass der Befragte an der letzten nationalen Wahl teilgenommen hat und 0, dass er sich enthalten hat. Auch diese Variable (natWahlverhalten) wurde folglich dichotomisiert. Da es sich bei dem theoretischen Modell um ein Konzept auf europäischer Ebene

handelt, ist die Wahlnorm die einzige Variable, die mit der nationalen Ebene zusammenhängt. Um ihren eigenständigen Einfluss auf die Europawahl zu erfassen, wird sie durch eine Variable (Zufriedenheit_natReg), die die Zufriedenheit mit der nationalen Regierung ermittelt, kontrolliert. Diese Vorgehensweise ist deshalb gerechtfertigt, weil es dem Modell um die Identifizierung europäischer Defizite geht, nicht um nationale.

Das letzte Konstrukt des theoretischen Modells misst die wirtschaftliche Lage des jeweiligen Landes. Da es sich bei der Voter Study - wie bereits erwähnt - um einen Individualdatensatz handelt, kann hier nur die Einschätzung des Befragten erfasst werden. Zur Ermittlung der wirtschaftlichen Lage des Landes befinden sich zwei unterschiedliche Fragen im Datensatz: Eine misst die Einschätzung der wirtschaftlichen Situation in den letzten 12 Monaten (Wirtschaft_Vergangenheit) und die andere bezieht sich auf die kommenden 12 Monate und damit auf die Einschätzung der zukünftigen Lage (Wirtschaft_Zukunft): „What do you think about the economy? Compared to 12 months ago, do you think that the general economic situation in COUNTRY is.....“, „ And over the next 12 months, how do you think the general economic situation in this COUNTRY will be? Will it...“. Die einzelnen Antwortkategorien der beiden Fragen sind vergleichbar: 1 „A lot better“; 2 „A little better“; 3 „Stay(ed) the same“; 4 „A little worse“; 5 „A lot worse“; 7 „Refused“; 8 „Don't know“. Auch diese beiden Indikatoren wurden rekodiert, so dass höhere Werte eine positivere Einschätzung der Wirtschaftslage bedeuten. Die beiden Autorinnen Fauvelle-Aymar/Stegmaier (2008: 667) gehen außerdem davon aus, dass neben der Lage des Landes auch die individuelle wirtschaftliche Lage des Wählers einen Einfluss auf die Wahlbeteiligung ausübt - diese wird über den Indikator Arbeitslosigkeit ermittelt. Die entsprechende Frage im Datensatz der Voter Study lautet: „What is your current work situation? Are you: 1 Self-employed, 2 Employed, 3 In school/still in education, 4 Working in the household, 5 Military service, 6 Retired, 7 Unemployed, 8 Other, 77 Refused, 88 Don't know“. Auch diese unabhängige Variable wurde dichotomisiert: 1 bedeutet nach der Rekodierung, dass die befragte Person arbeitet und 0, dass sie derzeit arbeitslos ist, also Antwort 7 „Unemployed“.

Aus den einzelnen Items sollen Indizes gebildet werden, mit denen dann im weiteren Verlauf der Arbeit gerechnet wird - diese Vorgehensweise soll zur besseren Übersichtlichkeit der Analysen beitragen. Die Items werden nach inhaltlichen Gesichtspunkten zusammengefasst, so dass Sammelbegriffe gebildet werden ohne dadurch einen Informationsverlust hinzunehmen¹⁷. Die beiden Variablen Kandidaten_im_EP und Parteien_im_EP werden zu einem Index¹⁸ zusammengefasst, der inhaltlich die Effektivität der Wahl abbildet. Das Gemeinschaftsdefizit wird demnach durch den Effektivitätsindex, die Responsivität des Systems - gemessen durch die Variable EP_Bürgerbelange - und das Institutionenvertrauen erhoben. Die Items EU_Zuversicht und Europäer gehen in den Identifikationsindex ein, der das Gemeinschaftsdefizit misst. Die Indikatoren Wahl_im_TV und Wahl_in_Zeitung gehen in den Index zur Erhebung des Grades an vermittelten Informationen ein. Der Index der eigenen Informationssuche setzt sich aus den drei Variablen Wahldiskussion, Wahlveranstaltung und Wahlwebsite zusammen. Die direkten Kontakte während des Europawahlkampfes wurden bereits zu einer Variablen umformuliert. Die drei letzt genannten Indizes bilden somit das Mobilisierungsdefizit ab. Die wirtschaftliche Lage wird einerseits durch den Wirtschaftsindex bestehend aus den beiden Items Wirtschaft_Zukunft und Wirtschaft_Vergangenheit und der Arbeitslosigkeit erfasst. Die Tabelle 4.2.1 veranschaulicht nochmals die einzelnen Schritte und stellt den jeweiligen Modellbezug der einzelnen Indikatoren dar. Bis auf die Indikatoren Kontakte, nationales Wahlverhalten und Arbeitslosigkeit gehen alle Indizes als quasi-metrische Variablen in die Berechnungen ein.

¹⁷ An dieser Stelle muss auf die Anwendung einer Faktorenanalyse verzichtet werden, da die Daten nicht normal verteilt sind und somit die notwendigen Voraussetzungen für dieses Verfahren nicht erfüllt sind. Die Daten wurden mittels des Kolmogorov-Smirnov-Tests auf Normalverteilung überprüft. Eine nicht mehr zu tolerierende Abweichung von der Normalverteilung liegt dann vor, wenn der sich ergebende p-Wert kleiner oder gleich 0,05 ist - im vorliegenden Fall lag er bei allen Variablen bei 0,00 und damit deutlich unter der erforderlichen Höhe von 0,05. Die Annahme der Normalverteilung musste folglich verworfen werden.

¹⁸ Die Indizes werden durch Addition der einzelnen Variablen und anschließendes Dividieren durch die Anzahl der Items gebildet. Die SPSS-Syntax zu Bildung des Effektivitätsindex lautet beispielsweise: `compute Effektivität = (Kandidaten_im_EP + Parteien_im_EP) / 2.`

Tabelle 4.2.1: Indikatoren des theoretischen Modells				
	Benennung	Kodierung	Index	Modellbezug
AV	Wahlbeteiligung	0=Enthaltung 1=Wahl		
UVs	Kandidaten_im_EP	*	Effektivität	System-Defizit
	Parteien_im_EP	*		
	EP_Bürgerbelange	*	Responsivität	
	Institutionenvertrauen	*		
	EU_Zuversicht	*	Identifikation	Gemeinschafts-Defizit
	Europäer	*		
	Wahl_im_TV	*	vermittelte Informationen	Mobilisierungs-Defizit
	Wahl_in_Zeitung	*		
	Kontakte (Email, Telefon, Flyer, Persönlich, Straße)	0=nicht kontaktiert 1=kontaktiert	direkte Kontakte	
	Wahlveranstaltung	*	Informationssuche	
	Wahlwebsite	*		
	Wahldiskussion	*		
	natWahlverhalten	0=nicht gewählt 1=gewählt		Gewohnheitswählen
	Wirtschaft_Zukunft	*	Wirtschaft	wirtschaftliche Lage
	Wirtschaft_Vergangenheit	*		
Arbeitslosigkeit	0=Nein 1=Ja			
* hohe Werte = positivere Einschätzung/Antwort				
Quelle: eigene Darstellung				

Neben den unabhängigen Variablen gehen außerdem noch verschiedene Kontrollvariablen in das Modell ein. Durch diese Vorgehensweise kann bei der Auswertung der Regressionsanalyse ausgeschlossen werden, dass Drittvariablen für die beobachteten Effekte verantwortlich sind. Demnach handelt es sich bei den Kontrollvariablen um solche Größen, von denen angenommen werden kann, dass sie ebenfalls einen Einfluss auf die Wahlbeteiligung ausüben. In der Literatur haben sich beispielsweise soziodemographische Einflussgrößen wie das Alter, das Geschlecht oder die Bildung als konventionelle Kontrollvariablen

etabliert. Neben diesen wird außerdem der Urbanisierungsgrad, die Gewerkschaftsmitgliedschaft, das generelle politische Interesse und die bereits erwähnte Zufriedenheit mit der nationalen Regierung aufgenommen. Das Geschlecht sowie das Alter und die Gewerkschaftsmitgliedschaft werden durch eine direkte Nachfrage im Rahmen des Interviews erfasst. Zur Messung der Bildung enthält der Datensatz der Voter Study einen Indikator, der international vergleichbar ist und damit sehr gut geeignet für die angestrebte Untersuchung im Rahmen dieser Arbeit. Nach der Rekodierung dieser Variable bedeuten hohe Zahlenwerte einen hohen Bildungsgrad des Befragten. Der Urbanisierungsgrad (Stadt_Land) wird über eine entsprechende Frage zur Selbsteinschätzung des jeweiligen Befragten operationalisiert: Nach geänderter Kodierung bedeutet 1, dass der Befragte angibt, in ländlichen Gebieten zu wohnen; 2, dass er in einer Kleinstadt bzw. einem Vorort wohnt und 3, dass er in einer Großstadt lebt. Das individuelle politische Interesse wird ebenfalls anhand einer Selbsteinstufungsfrage ermittelt; nach der Rekodierung bedeuten höhere Werte, dass auch der Befragte ein höheres politisches Interesse angibt. Die Zufriedenheit mit der eigenen nationalen Regierung wird über die Frage „Do you approve or disapprove of the government's record to date?“ erfasst und dichotomisiert, sodass 0 bedeutet, dass der Befragte nicht zufrieden ist und 1, dass er zufrieden ist.

4.3. Analyseverfahren

Um die theoretisch entwickelten Fragen zu beantworten, werden in den nächsten Kapiteln verschiedene technische Analyseverfahren angewandt. Da die abhängige Variable nur über zwei Ausprägungen verfügt (Wahlteilnahme oder Wahlenthaltung) und damit nur ein nominales Skalenniveau aufweist, sind einige der gängigen Analyseverfahren nicht anwendbar, stattdessen muss auf alternative Verfahren zurückgegriffen werden. Darüber hinaus sind die Daten nicht normalverteilt, was für viele der herkömmlichen Analyseverfahren ebenfalls als notwendige Voraussetzung gilt, auch hier müssen deshalb andere Verfahren gefunden werden.

Zunächst gilt es sich anhand der Daten einen Überblick über die beiden Fälle

Deutschland und Polen zu verschaffen. Mithilfe der deskriptiven Statistik werden die Daten in einem ersten Schritt zunächst beschrieben, dabei geht es auch um die Identifizierung bestehender Unterschiede zwischen beiden Ländern. In diesem ersten Teil werden Graphiken zu den Ausprägungen der unabhängigen Variablen für Deutschland und Polen ausgewertet und in einem weiteren Schritt werden beide Fällen miteinander verglichen. Da die Daten allerdings nicht normalverteilt sind¹⁹, muss auf den üblichen Mittelwertvergleich verzichtet werden, da dieser die Normalverteilung der Daten sowie Intervallskalenniveau voraussetzt. Stattdessen wird hier auf sogenannte nichtparametrische Tests zurückgegriffen. Diese Tests verarbeiten nicht die Messwerte selbst, sondern deren Rangplätze. Im vorliegenden Fall handelt es sich um zwei unabhängige Stichproben: Die Messungen beziehen sich auf zwei unterschiedliche Länder, außerdem verfügt die abhängige Variable nur über zwei Ausprägungen. Dementsprechend kommt hier der U-Test nach Mann und Whitney zur Anwendung (Bühl/Zöfel 1996: 418). Die Ausgabe nach der Anwendung dieses Tests umfasst unter anderem die mittleren Rangplätze der beiden Stichproben und die zugehörige Irrtumswahrscheinlichkeit p . Der Test ist das nichtparametrische Äquivalent zum t-Test für unabhängige Stichproben.

Nach dieser ersten Einschätzung wird es dann nicht mehr nur um die Häufigkeitsverteilungen der einzelnen Variablen gehen, sondern um Beziehungen zwischen der abhängigen Variablen der Europawahlbeteiligung und den unabhängigen Variablen. Beziehung bedeutet in diesem Kontext, dass eine Variable (abhängige) mit einer anderen Variablen (unabhängige) inhaltlich und statistisch belegbar zusammenhängt: Es geht also um die Abweichung von der statistischen Unabhängigkeit. Koeffizienten, die den Grad der Beziehung zwischen Variablen ausdrücken, werden in der statistischen Literatur als Kontingenz-, Assoziations- und Korrelationskoeffizienten²⁰ bezeichnet. Wegen der Dichotomie der abhängigen Variablen kann in diesem speziellen Fall nur ein Assoziations-

¹⁹ Ergebnis des Kolmogorov-Smirnov-Tests, siehe dazu Fußnote 17

²⁰ Die Bezeichnungen Kontingenz, Assoziation und Korrelation werden im folgenden als synonym und austauschbar verwendet, sie beziehen sich folglich nicht auf unterschiedliche Skalenniveaus der einzelnen Variablen.

maß für nominale Variablen gewählt werden. Die kumulative Hierarchie der Skalen erlaubt es bei der statistischen Analyse der Daten jederzeit, eine oder mehrere Stufen auf der Hierarchieleiter zurückzugehen, allerdings wird dadurch möglicherweise ein Informationsverlust hingenommen. Das Vorhersagemaß Cramers V eignet sich im vorliegenden Fall zur Berechnung der Korrelationswerte, da die anderen Chi-Quadrat basierten Maßzahlen (wie der Phi-Koeffizient oder Pearsons C) schwierig zu vergleichen sind, wenn die Tabellen eine unterschiedliche Struktur aufweisen. Bei Zusammenhangsmaßen auf der Basis von Chi-Quadrat geht es darum, die Häufigkeiten der Kontingenz- mit den Häufigkeiten der Indifferenztafel zu vergleichen, d.h. die tatsächlich beobachteten Häufigkeiten zweier Variablen werden mit den Häufigkeiten verglichen, die sich ergeben würden, wenn keinerlei Beziehung zwischen beiden Variablen bestünde. „Je größer die Differenz zwischen den Häufigkeiten der beiden Tabellen ist, desto größer ist die *Abweichung von der statistischen Unabhängigkeit* und der Grad der Assoziation zwischen den Variablen“ (Benninghaus 2005: 104f). Chi-Quadrat basierte Maßzahlen variieren zwischen 0 und 1, ihre Interpretation ist jedoch schwierig, da den Zahlenwerten keine unmittelbare Bedeutung zukommt²¹. Es kann lediglich gesagt werden, dass Werte nahe Null eine schwache Beziehung zwischen den Variablen konstatieren - daraus ergibt sich folgende Bewertung: Je stärker sich der ergebende Wert an 1 annähert, desto stärker auch die Korrelation zwischen den untersuchten Variablen. Durch diese Analyse bekommt der Forscher einen ersten Eindruck der Daten und die relative Stärke der Beziehungen zwischen den untersuchten Variablen. Ob die beobachteten Zusammenhänge auch einem multivariaten Modell standhalten,

²¹ Ein alternatives Maß zur Berechnung von Zusammenhängen nominalskalierten Daten mit einer klaren Interpretation wäre das sogenannte PRE-Maß Lambda. Bei PRE-Maßen (Proportional Reduction in Error) geht es um die Verbesserung des Fehlers bei der Vorhersage der abhängigen Variablen durch die Kenntnis der unabhängigen Variablen. Lambda hat allerdings ein Problem, wenn die der Analyse zugrunde liegende Tabelle einige sehr stark besetzte Kategorien aufweist und andere wiederum nur sehr schwach besetzt sind - denn dann kann es passieren, dass Lambda den Wert 0 annimmt, obwohl in Wirklichkeit ein Zusammenhang zwischen den Variablen besteht (Blalock 1972: 303). Dieses Problem tritt im vorliegenden Fall bei der Berechnung der Korrelationsmaße zwischen der Europawahlbeteiligung und den unabhängigen Variablen des theoretischen Erklärungsmodells für Deutschland mehrfach auf. Da berechnete Zweifel bestehen, dass die Werte für einige Beziehungen nicht der Realität entsprechen, wird im Folgenden Cramers V als Korrelationsmaß herangezogen, da davon ausgegangen werden kann, dass es zuverlässigere Ergebnisse liefert.

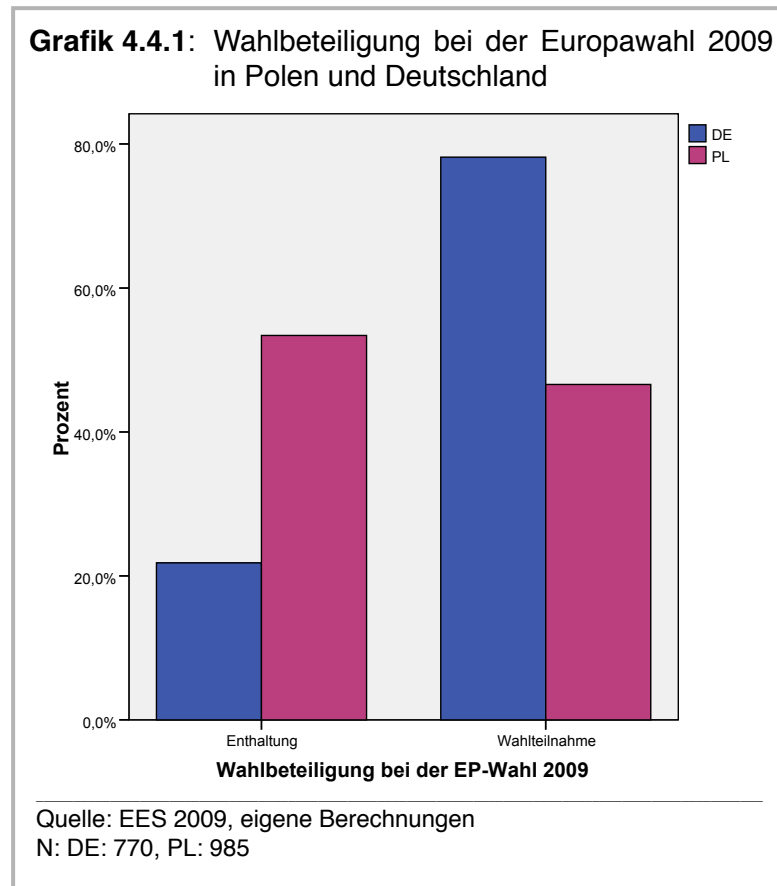
wird im letzten Analyseschritt dieser Arbeit überprüft. Dabei geht es darum zu testen, ob die beobachteten Beziehungen auch dann bestehen bleiben, wenn die Daten einer Drittvariablenkontrolle unterzogen werden.

Während es bei der Korrelationsrechnung um den Grad des Zusammenhangs zwischen zwei Variablen geht, kann mit der Regressionsanalyse die Art des Zusammenhangs bestimmt werden. Ziel der Regressionsrechnung ist dabei das Ermitteln von Formeln nach denen man bei Kenntnis des Wertes der unabhängigen Variablen den zu erwartenden Wert der abhängigen Variablen prognostizieren kann. Mit dem Verfahren der logistischen Regressionsanalyse wird die Abhängigkeit einer dichotomen Variablen von anderen Variablen getestet. Die unabhängigen Variablen können dabei ein beliebiges Skalenniveau aufweisen. „Kategoriale Variablen mit mehr als zwei Ausprägungen müssen für die Analyse in Indikatorvariablen umgewandelt werden, d.h. für jede Ausprägung der ursprünglichen Variable wird eine neue, dichotome Variable gebildet“ (Fromm 2005: 5). Dies trifft auf keine der unabhängigen Variablen zu, lediglich eine der Kontrollvariablen (Stadt_Land) muss entsprechend umgewandelt werden. Die Ausgabe der logistischen Regression lässt sich folgendermaßen interpretieren: Jeder unabhängigen Variable wird eine Wahrscheinlichkeit zugeordnet, die angibt, ob der betreffende Fall der höheren der beiden Codierungen der abhängigen (dichotomen) Variablen zugeordnet wird. Bezogen auf die Fragestellung dieser Arbeit geht es also darum, die Wahrscheinlichkeit zu schätzen, mit der unterschiedliche Personen an der Europawahl teilnehmen. Die logistische Regression gibt also die Wahrscheinlichkeiten für diese Gruppenzugehörigkeit an. Neben den unabhängigen Variablen gehen eine Reihe von Kontrollvariablen in das Modell ein, auf die im theoretischen Teil dieser Arbeit und im Kapitel zur Operationalisierung bereits eingegangen wurde. In der vorliegenden Arbeit werden zwei separate Modelle für die beiden Staaten Deutschland und Polen gerechnet, die dann miteinander verglichen werden.

4.4.Deskriptive Statistik

Wie bereits erwähnt, dient dieser Teil der empirischen Analyse zunächst der

Beschreibung der Daten. Die deskriptive Statistik soll einen ersten Überblick über die einzelnen Fälle ermöglichen. Bevor mittels des Mann-Whitney-Tests ein erster Vergleich zwischen dem Verhalten von Deutschen und Polen bei der Europawahl 2009 gezogen wird, sollen zunächst die Ausprägungen der einzelnen Variablen in einer Reihe von Schaubildern dargestellt werden.



Die Grafik 4.4.1 zeigt die Unterschiede der Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2009; die blauen Balken stehen für die Befragten aus Deutschland und die roten Balken für diejenigen, die in Polen an der Umfrage teilgenommen haben²². Da es sich um repräsentative Umfragen handelt, kann von diesen Ergebnissen auf die Grundgesamtheit geschlossen werden. In dieser ersten Abbildung zeigt sich deutlich, dass in Polen mehr als doppelt so viele Bürger nicht an der Wahl teilgenommen haben als in Deutschland: 21,8% der deutschen Befragten haben angegeben, dass sie nicht wählen waren; in Polen liegt der entsprechende Wert bei 53,4%, d.h. dort haben sich mehr als die Hälfte der Befragten ihrer

²² Diese Farben werden auch in allen nachfolgenden Analysen diese Bedeutung haben. Blau steht jeweils für Deutschland und rot entsprechend für Polen.

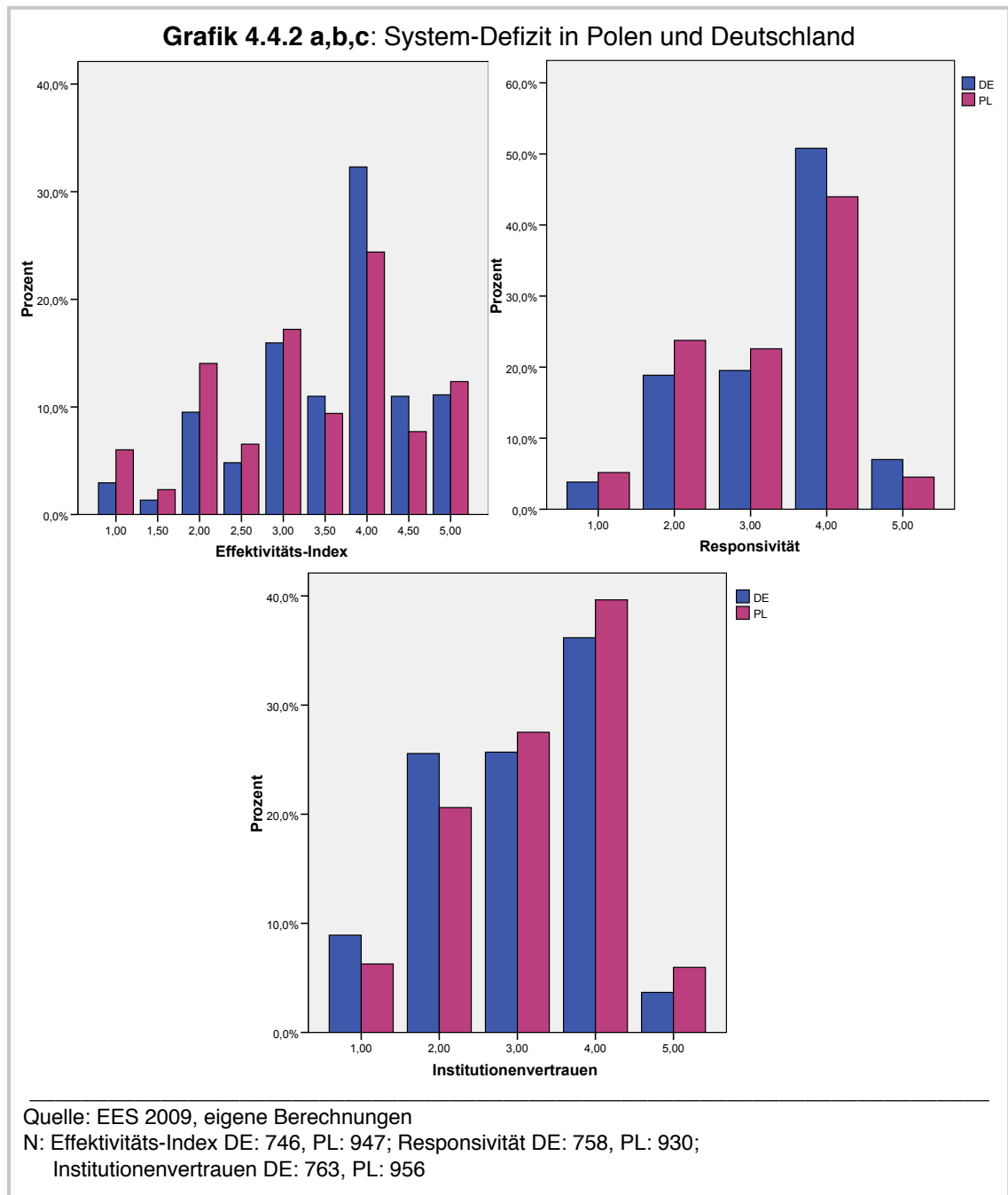
Stimme enthalten²³. Nur eine Minderheit von 46,6% hat von ihrem europäischen Wahlrecht Gebrauch gemacht; dieser Befund deutet auf erhebliche Defizite hin. In Deutschland haben nach eigenen Angaben hingegen 78,2% der Befragten ihre Stimme an der Europawahl abgegeben. Die Unterschiede zwischen den beiden Ländergruppen werden im weiteren Verlauf der Arbeit erklärt.

Die folgenden Schaubilder zeigen die Ausprägungen der einzelnen unabhängigen Variablen, die die fünf Konstrukte des theoretischen Erklärungsmodells erfassen. Es wird angenommen, dass diese Variablen einen Einfluss auf die abhängige Variable ausüben und die Beteiligungsunterschiede in Deutschland und Polen erklären können.

Die Grafik 4.4.2 a,b,c setzt sich aus den drei Indikatoren zusammen, die das Systemdefizit der EU in Deutschland und Polen messen. Das erste der drei Schaubilder 4.4.2a verdeutlicht die Einschätzung der Effektivität der Europawahl. Die Ausprägungen der Indexvariablen bewegen sich in 0,5er Schritten zwischen 1 und 5; 1 bedeutet, dass die Europawahl als wenig effektiv bewertet wird, 5 bedeutet, dass die Effektivität von den jeweiligen Befragten sehr hoch eingeschätzt wird. Bei der Analyse der Abbildung ergeben sich erneut erhebliche Länderunterschiede: Bis einschließlich zur Ausprägung 3 und bei der Ausprägung 5 ist der Balken, der die polnischen Befragten repräsentiert mit 6%, 2,3% 14%, 6,5%, 17,2% und 12,4%, stets höher als der entsprechende Balken für die deutschen (2,9%, 1,3%, 9,5%, 4,8%, 16% und 11,1%). Bei den Ausprägungen 3,5 bis 4,5 verhält es sich umgekehrt, dort ist der blaue Balken mit 11%, 32,3% und 11% stets höher als der rote mit 9,4%, 24,4% und 7,7%. In beiden Ländern stufen sich die meisten Befragten in Kategorie 4 ein, was bedeutet, dass sie die europäische Direktwahl überwiegend für effektiv halten. Der deutsche Wert liegt mit 32,3% allerdings fast acht Prozentpunkte über dem polnischen Wert von 24,4%. Generell zeichnet sich der folgende Trend ab: Die niedrigen Kategorien, die für eine schlechtere Bewertung der Effektivität stehen, sind überwiegend von Polen besetzt, höhere von Deutschen. Nur die höchste Kategorie stellt eine Ausnahme dar, denn dort ist der rote Balken mit 12,4% hö-

²³ Im Folgenden bezieht sich die Analyse nur noch auf die Ergebnisse der EES und nicht mehr auf die Zahlen der offiziellen Wahlstatistik.

her als der blaue mit 11,1%, der Unterschied ist mit 1,3 Prozentpunkten allerdings nur sehr gering, so dass sich insgesamt resümieren lässt, dass die Deutschen die Effektivität der Europawahl besser bewerten als die Polen.

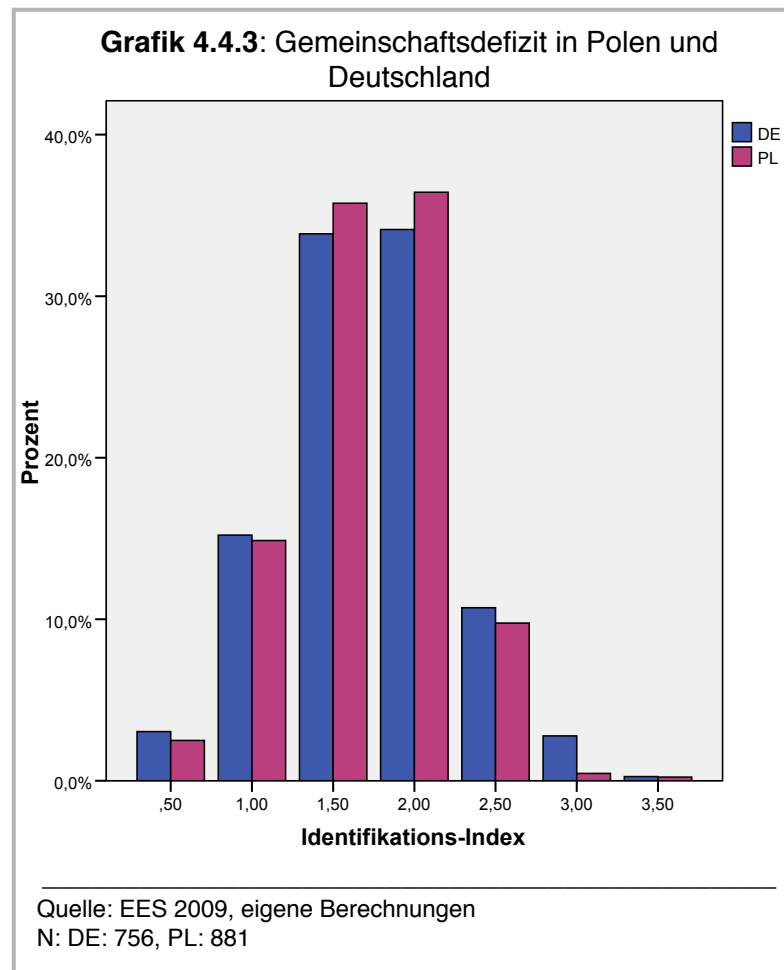


Auch die zweite Abbildung 4.4.2b zeigt einen ähnlichen Trend, wenn es um die Beurteilung der Responsivität des europäischen politischen Systems geht. Die einzelnen Antwortkategorien der Responsivitätsvariablen bewegen sich zwischen 1 und 5; auch hier bedeutet 1, dass die Responsivität des Systems für

sehr niedrig gehalten wird und 5, dass die Befragten das System für sehr reaktionsfähig halten. Die niedrigen Ausprägungen (1, 2, 3) der Variablen sind mit 5,2%, 23,8% und 22,6% wieder von den polnischen Befragten dominiert, die entsprechenden deutschen Werte liegen bei 3,8%, 18,9% und 19,5%. Die hohen Ausprägungen (4, 5) sind von den deutschen Befragten dominiert. Die Kategorie 4 wird in beiden Ländern von den meisten Befragten besetzt: Für Deutschland liegt der Wert bei 50,8% und für Polen bei 44%. Bei der letzten Kategorie liegt der deutsche Wert bei 7% im Vergleich zu 4,5% im Fall von Polen. Insgesamt kann hier aber ebenfalls festgehalten werden, dass Deutsche das europäische System für responsiver halten.

Das dritte Schaubild 4.4.2c bezieht sich auf das allgemeine Vertrauen der Befragten in die Institutionen der Europäischen Union. Die x-Achse des Diagramms zeigt auch hier die einzelnen Ausprägungen der Variablen, sie bewegen sich zwischen 1 und 5 - 1 bedeutet niedriges Vertrauen und 5 hohes Vertrauen. Entgegen der Erwartung zeichnet sich hier ein anderer Trend ab als bei den beiden vorherigen Grafiken: Es zeigt sich, dass die Deutschen offenbar weniger Vertrauen in die europäischen Institutionen haben, denn die niedrigen Ausprägungen (1, 2) werden diesmal mit 8,9% und 25,6% überwiegend von ihnen besetzt; die entsprechenden Werte für die polnischen Befragten liegen bei 6,3% und 20,6%. Die hohen Kategorien der Variablen (3, 4, 5), die inhaltlich größeres Institutionenvertrauen bedeuten, werden mit 27,5%, 39,6% und 6% von den polnischen Bürgern dominiert; die entsprechenden Werte für die deutschen Bürger lauten 25,7%, 36,2% und 3,7%. Die niedrigeren Vertrauenswerte der Deutschen kommen vermutlich durch wahrgenommene Performanzdefizite der europäischen Politik zustande, denn auch das allgemeine Vertrauen in den deutschen Bundestag ist stark an konkrete Outputs gekoppelt (Niedermayer 2005: 76). Es kann daher angenommen werden, dass Politikergebnisse auch im europäischen Kontext bei der Vertrauensbewertung der EU-Institutionen eine Rolle spielen. Da diese, falls sie überhaupt bekannt sind, häufig negativ bewertet werden (Beispiel Glühbirnenverbot), kann dieser Zustand auch die verhältnismäßig niedrigen Vertrauensraten erklären. Im Vergleich dazu kann argumentiert werden, dass das Institutionenvertrauen der polnischen Befragten

nicht so stark Output orientiert ist bzw. die Outputs positiver eingestuft werden.



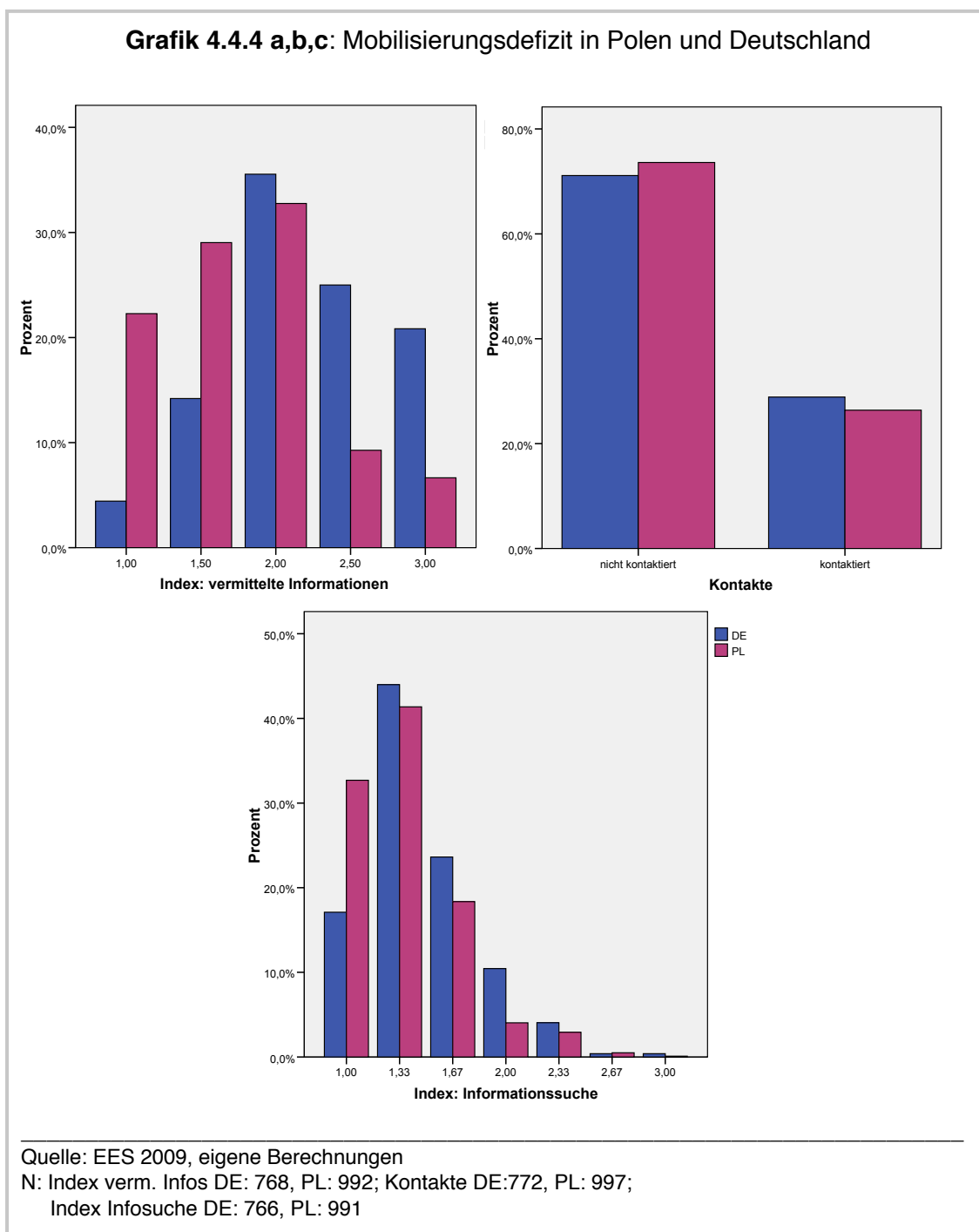
Die Grafik 4.4.3 veranschaulicht das Gemeinschaftsdefizit in den beiden für die Analyse gewählten Ländern. Dieses Defizit bezieht sich auf die Identifikation mit der Europäischen Union. Auch hier zeigt die x-Achse des Schaubildes die einzelnen Ausprägungen der Indexvariablen, die sich in 0,5er Schritten von 0,5 bis 3,5 bewegen. Niedrige Werte bedeuten eine niedrige Identifikation mit der Gemeinschaft und damit ein größeres Defizit in diesem Bereich. Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Unterschiede zwischen beiden Ländern gering ausfallen. In den ersten beiden Kategorien und in der letzten sind kaum Unterschiede zwischen beiden Balken zu erkennen: In der ersten Kategorie liegen die Werte bei 3% und 2,5%; in der zweiten Kategorie bei 15,2% und 14,9%. Die Balken der letzten Antwortkategorie liegen mit einem Wert von 0,3% für Deutschland und einem Wert von 0,2% für Polen in beiden Ländern fast bei 0% - das bedeutet, dass in beiden Staaten keine hohe Identifikation mit der europäischen Ge-

meinschaft vorliegt. Die höheren roten Balken in den beiden Kategorien 1,5 (35,8%) und 2 (36,4%) werden durch die höheren blauen Balken der Ausprägungen 2,5 (10,7%) und 3 (2,8%) ausgeglichen. Zusammenfassend kann deshalb festgehalten werden, dass sich die Identifikation mit der europäischen Gemeinschaft sowohl in Polen als auch in Deutschland auf mittlerem Niveau bewegt.

Das Mobilisierungsdefizit, das den Grafiken 4.4.4 a,b,c entnommen werden kann, polarisiert die beiden Ländergruppen wieder stärker. Die erste Abbildung 4.4.4a zeigt den Grad der vermittelten Informationen bezüglich der Europawahl. Bei den einzelnen Ausprägungen der Variablen, die sich in 0,5er Schritten von 1 bis 3 bewegen, ergeben sich enorme Unterschiede zwischen polnischen und deutschen Befragten. Das Maximum beider Balken befindet sich zwar in der mittleren Kategorie (35,5% für Deutschland und 32,8% für Polen), doch die ersten beiden Ausprägungen sind durch sehr hohe rote Balken (22,3% und 29%) gekennzeichnet, die beiden letzten Kategorien hingegen von ebenso hohen blauen Balken (25% und 20,8%). Dieser Befund kann inhaltlich folgendermaßen interpretiert werden: In Polen werden offenbar nur sehr wenige Informationen zur Europawahl über die Medien an die Bürger transportiert, in Deutschland hingegen werden im Vergleich sehr viel mehr Informationen erfolgreich vermittelt. Das könnte zum einen daran liegen, dass die deutschen Medien mehr über europäische Themen berichten und die Bürger diese Berichterstattung auch bewusster wahrnehmen, als das beispielsweise in Polen der Fall ist. Es lässt sich im Rahmen dieser Arbeit aber nicht abschließend klären, ob die polnischen Medien weniger berichten oder ob die Bürger die Informationen nicht wahrnehmen und entsprechend konsumieren. Faktisch liegen bei den polnischen Befragten sehr viel weniger vermittelte Informationen zur Europawahl vor als bei ihren deutschen Nachbarn.

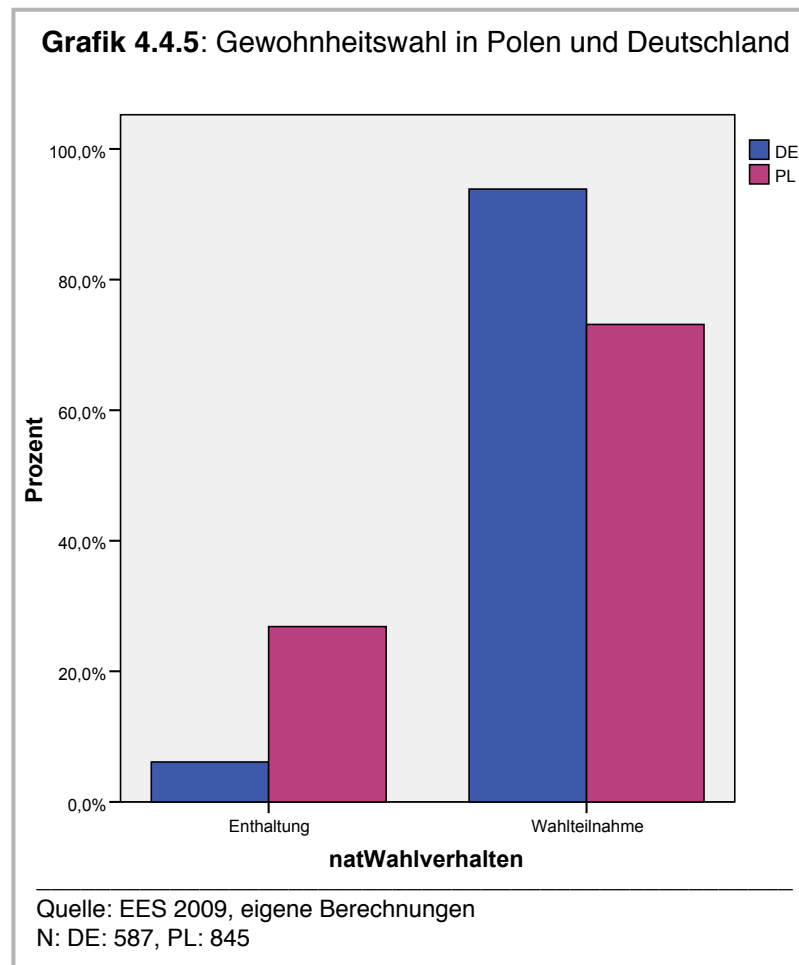
Das nächste Schaubild 4.4.4b zu den direkten Kontakten, die während des Europawahlkampfes stattgefunden haben, zeigt kaum Unterschiede zwischen beiden Ländern. Da diese Variable dichotomisiert wurde, gibt es nur zwei Ausprägungen: nicht kontaktiert (0) und kontaktiert (1). Insgesamt haben in Deutschland mit 28,9% etwas mehr Kontakte stattgefunden als in Polen

(26,4%), aber die Unterschiede sind mit 2,5 Prozentpunkten kaum nennenswert. Die Mehrheit der Befragten gibt in beiden Staaten an, dass sie nicht kontaktiert wurde, weder durch Flyer oder Emails, noch durch die Kandidaten selbst. Der entsprechende Wert liegt in Deutschland bei 71,1% und in Polen bei 73,6%. Dieser Befund deutet auf schwache Wahlkampagnen in beiden Ländern hin.



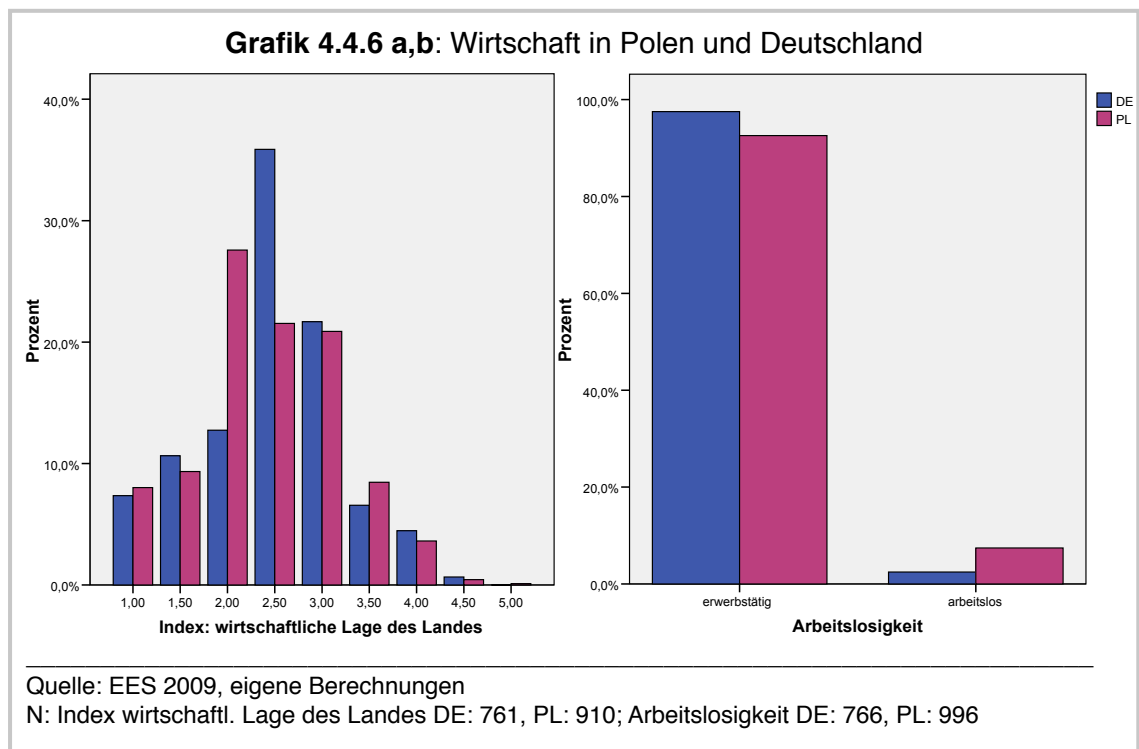
Die letzte Grafik 4.4.4c, die das Mobilisierungsdefizit erfasst, gibt die eigene Informationssuche der Befragten wieder. Diese Indexvariable verfügt über sieben unterschiedliche Ausprägungen, die sich im Wertebereich zwischen 1 und 3 bewegen. Niedrige Werte stehen für einen geringen Grad an Informationssuche und hohe Werte entsprechend für einen höheren Grad. Da es sich hierbei um die aktivste und aufwändigste Verhaltensform der Bürger handelt, ist zu erwarten, dass hohe Ausprägungen der Variablen in beiden Ländern nur von wenigen Bürgern besetzt werden; diese Erwartung wird von den Daten bestätigt. Außerdem ist in der ersten Kategorie abzulesen, dass polnische Befragte überwiegend (32,7%) angeben, nur wenige Informationen bezüglich der Europawahl selbst gesucht zu haben. In allen anderen Kategorien ist der blaue Balken, der für die deutschen Bürger steht, mit 44%, 23,6%, 10,4%, 4%, 0,4% und 0,4% höher als der rote mit 41,4%, 18,4%, 4%, 2,9%, 0,4% und 0,1% wobei die Balken ab der zweiten Kategorie kontinuierlich abnehmen bis sie in der letzten Ausprägung (3) mit 0,4% und 0,1% fast 0% erreichen.

Die Abbildung 4.4.5 zeigt den Grad des Gewohnheitswählens und damit die Internalisierung der Wahlnorm in Polen und Deutschland. Gemessen wurde diese Dimension des theoretischen Modells über das nationale Wahlverhalten und damit die Frage, ob die betreffende Person an der letzten nationalen Wahl teilgenommen hat oder nicht. Auch diese Variable wurde dichotomisiert und verfügt deshalb nur über zwei Ausprägungen: Wahlteilnahme (1) und Enthaltung (0). Die selbstangegebene Wahlenthaltung ist in Polen mit 26,9% sehr viel höher als in Deutschland, dort liegt sie bei nur 6,1%. Entsprechend geben in Deutschland 93,9% an, dass sie an der letzten Bundestagswahl teilgenommen haben; in Polen sind es nur 73,1%, die sagen, dass sie bei der nationalen Wahl ihre Stimme abgegeben haben. Die Ergebnisse zeigen, dass die Wahlnorm in Deutschland - wie erwartet - höher ausgeprägt ist, als bei den polnischen Nachbarn.



Die letzte Ebene des theoretischen Modells zur Erklärung der Europawahlbeteiligung wird durch zwei unterschiedliche Indikatoren erfasst: Zum einen geht es dabei um den Einfluss der wirtschaftlichen Lage des Landes und zum anderen um die eigene wirtschaftliche Lage, gemessen an der Arbeitslosigkeit des jeweiligen Befragten. Die beiden Schaubilder 4.4.6 a,b bilden folglich die Wirtschaftsdimensionen in Polen und Deutschland ab. Die erste der beiden Abbildungen 4.4.6a zeigt die wirtschaftliche Lage des Landes, so wie die Bürger sie selbst einschätzen. Diese Indexvariable verfügt über neun unterschiedliche Ausprägungen innerhalb eines Wertebereichs von 1 bis 5. Niedrige Werte stehen hier für eine schlechte Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und hohe Werte für eine bessere Bewertung. Über die Kategorien hinweg lässt sich auf den ersten Blick kein allgemeiner Trend erkennen, die Farbe des höheren Balken variiert stark von Ausprägung zu Ausprägung. Der rote Balken, der für die

polnischen Befragten steht, erreicht bei der Ausprägung 2 mit 27,6% sein Maximum; der blaue Balken bei 2,5 mit 35,9%. Insgesamt könnte man sagen, die Deutschen stufen die wirtschaftliche Lage ihres Landes etwas besser ein als ihre Nachbarn.



Die Grafik 4.4.6b zur Wirtschaftslage bildet die Arbeitslosigkeit der Deutschen und der Polen ab. Es handelt sich wieder um eine dichotomisierte Variable, die nur über die zwei Ausprägungen nämlich erwerbstätig (0) und arbeitslos (1) verfügt. Aus dem Schaubild ergibt sich, dass in Polen mit 7,4% mehr Befragte angeben, sie seien arbeitslos als in Deutschland (hier liegt der Wert bei 2,5%). Insgesamt liegt die Arbeitslosenquote allerdings bei unter 10% und damit auf einem niedrigen Niveau. In Deutschland geben 97,5% der Befragten an, dass sie erwerbstätig sind, in Polen sind es 92,6%.

Folgendes Zwischenfazit lässt sich nach der Auswertung der Häufigkeitsverteilung aller unabhängigen Variablen ziehen: Bezogen auf das Niveau zeichnen sich in Polen bei Effektivität, Responsivität, Mobilisierung und bei der Wahlnorm größere Defizite ab als in Deutschland. Mittels des Mann-Whitney-Tests sollen diese Befunde nochmals überprüft werden: Durch seine Anwendung wird über einen Rangvergleich ermittelt, ob signifikante Unterschiede zwischen den bei-

den Fällen bestehen.

Die Tabelle 4.4.7 zeigt die Ergebnisse dieses Tests für alle unabhängigen Variablen des theoretischen Erklärungsmodells. Zunächst lässt sich erkennen, dass alle Unterschiede bis auf zwei (Identifikation-Index, Kontakte) signifikant sind,

Tabelle 4.4.7: Ergebnisse des Mann-Whitney-Tests für alle unabhängigen Variablen des Erklärungsmodells				
	t101 Country code	N	Mittlerer Rang	Rangsumme
Effektivitäts-Index***	DE	746	903,78	674218,00
	PL	947	802,27	759753,00
	Gesamt	1693		
Responsivität***	DE	758	894,06	677699,00
	PL	930	804,10	747817,00
	Gesamt	1688		
Institutionenvertrauen**	DE	763	815,66	622351,50
	PL	956	895,39	855988,50
	Gesamt	1719		
Identifikations-Index	DE	756	827,61	625671,50
	PL	881	811,61	715031,50
	Gesamt	1637		
Index vermittelte-Infos***	DE	768	1099,68	844557,50
	PL	992	710,81	705122,50
	Gesamt	1760		
Kontakte	DE	772	897,50	692867,50
	PL	997	875,32	872697,50
	Gesamt	1769		
Index Info_suche***	DE	766	983,66	753480,50
	PL	991	798,11	790922,50
	Gesamt	1757		
natWahlverhalten***	DE	587	804,09	472000,00
	PL	845	655,65	554028,00
	Gesamt	1432		
Index wirtschaftl Lage**	DE	761	866,19	659170,00
	PL	910	810,75	737786,00
	Gesamt	1671		
Arbeitslosigkeit***	DE	766	856,85	656349,00
	PL	996	900,46	896854,00
	Gesamt	1762		
***Signifikanz ,000 **Signifikanz ,05				
Quelle: EES 2009; eigene Berechnungen				

d.h. im Bezug auf alle anderen Variablen unterscheiden sich Deutsche und Polen deutlich voneinander. Die Spalte, die die mittleren Ränge der einzelnen Variablen in den beiden Ländern abbildet, gibt erste Hinweise, welche Bereiche für die weitere Analyse von besonderer Bedeutung sein könnten. Es fällt auf, dass alle mittleren Ränge für Deutschland stets höher ausfallen als die Werte für Po-

len, außer bei der Variablen Arbeitslosigkeit, da sich die Logik dieser Variablen von den anderen unterscheidet, stellt diese aber keine Ausnahme der Regel da. Größere Unterschiede bestehen vor allem bei vier der unabhängigen Variablen. Dabei zeigt sich der größte Unterschied bei der Variablen, die den Grad an vermittelten Informationen zur Europawahl durch die nationalen Medien abbildet. Der mittlere Rang liegt hier in Deutschland bei ca. 1100, in Polen hingegen bei nur etwa 711. Dieser enorme Unterschied bestätigt, was bereits die Grafik zur Ausprägung dieser Variablen in Deutschland und Polen zeigte: Nur wenige Informationen zur Wahl werden erfolgreich zu den polnischen Bürgern transportiert. Ein ähnlich großer Unterschied besteht auch bei der Variablen, die die eigene Informationssuche misst: Hier liegt der Unterschied zwischen Deutschland und Polen bei etwa 186 Rängen - auch dieser Befund wurde bereits durch das Schaubild zur Ausprägung dieser Variablen erkannt. Neben den bereits genannten Variablen zeigen noch zwei weitere größere Unterschiede beim Vergleich der mittleren Ränge: Zum einen handelt es sich um das nationale Wahlverhalten und zum anderen um die Einschätzung der Effektivität der Europawahl. Bei der ersten Variable liegt der mittlere Rang in Deutschland bei etwa 804 und in Polen bei nur etwa 656. Auch dieses Ergebnis wurde eindeutig durch die entsprechende Grafik zur Häufigkeitsverteilung dieser Variablen in beiden Ländern bestätigt. Der Unterschied zwischen Deutschen und Polen bezogen auf die Einschätzung der Effektivität der Wahl ist geringer als bei den anderen Indikatoren: Er liegt bei nur etwa 100 Rängen. Auch dieser Unterschied ist höchst signifikant und zeichnete sich bereits an anderer Stelle ab.

Zieht man ein erstes Fazit aus den beiden Analysen dieses Teilkapitels, ist zu erwarten, dass die Einschätzung der Effektivität der Europawahl, die Mobilisierung im Vorfeld der Wahl und das nationale Wahlverhalten auch in den weiteren Analysen von Bedeutung sein werden. Denn in diesen Bereichen bestehen signifikante Unterschiede zwischen Deutschen und Polen, diese Unterschiede könnten somit auch für die erheblichen Beteiligungsunterschiede bei der Wahl zum europäischen Parlament verantwortlich sein. Um diese Vermutung zu überprüfen, werden im nächsten Kapitel dieser Arbeit die bivariaten Zusammenhänge der unabhängigen Variablen mit der abhängigen Variable Europa-

wahlbeteiligung untersucht. Bestätigen sich die angenommenen Zusammenhänge, wären die gezeigten Niveauunterschiede zwischen beiden Ländern für die deutlichen Unterschiede bei der Wahlbeteiligung an der Europawahl 2009 verantwortlich.

4.5. Bivariate Zusammenhänge

Nachdem bereits ausführlich über die Häufigkeitsverteilung der einzelnen Variablen gesprochen wurde, wird es nun um Beziehungen zwischen Variablen gehen. Zunächst werden die bivariaten Zusammenhänge zwischen der Wahlteilnahme bei der Europawahl und den einzelnen unabhängigen Variablen untersucht. Dazu wird die Chi-Quadrat basierte Maßzahl Cramers V zur Analyse herangezogen, diese wird jeweils für Deutschland und Polen erhoben, so dass sich für beide Länder unterschiedliche Werte ergeben, die dann miteinander verglichen werden können. Der Vorteil von sogenannten Korrelationsmaßen ist eine gezielte Informationsreduktion, das bedeutet, dass in einer einzigen Zahl besondere Aspekte der jeweiligen Verteilung summarisch zusammengefasst werden (Benninghaus 2005: 66). Durch die Berechnung von Cramers V kann anhand einer Zahl der Grad der Assoziation zwischen zwei Variablen abgelesen werden. Cramers V kann über Tabellen mit unterschiedlicher Anzahl an Spalten und Zeilen hinweg verglichen werden (Blalock 1972: 296).

Die Tabelle 4.5.1 enthält die einzelnen Werte, die sich durch die Berechnung von Cramers V für die einzelnen Beziehungen zwischen der abhängigen und den unabhängigen Variablen für Deutschland und Polen ergeben; darüber hinaus lässt sich die Signifikanz der Maßzahlen und die Anzahl der jeweils gültigen Fälle ablesen. Zunächst wird sich die Auswertung der einzelnen Zahlenwerte auf die linke Hälfte der Tabelle und damit die einzelnen Werte für Deutschland beziehen. Hier zeigt sich, dass alle Assoziationswerte bis auf zwei (Kontakte, beide Indikatoren der Wirtschaftsdimension) hoch signifikant sind; außerdem weichen die Werte signifikant von Null ab und zeichnen ein differenzierteres Bild im Bezug auf die Zusammenhänge zwischen den einzelnen Variablen.

Beim Vergleich der relativen Stärke der Beziehungen zeigt sich, dass der Zusammenhang zwischen der Einschätzung der Effektivität der Europawahl und der individuellen Beteiligung an dieser mit einem Cramers V-Wert von ,375 am stärksten ausfällt. Von allen unabhängigen Variablen des theoretischen Modells korreliert diese am stärksten mit der individuellen Wahlbeteiligung. Dieser Aspekt des System-Defizits ist im Vergleich zu den anderen beiden Indikatoren der Dimension besonders deutlich ausgeprägt: Sowohl die Bewertung der Reaktionsfähigkeit des Systems (Responsivität), als auch das Institutionenvertrauen weisen nur einen schwachen Zusammenhang mit der Europawahlbeteiligung auf und liegen damit in der Rangordnung der Messwerte im letzten Drittel. Die Einschätzung der Effektivität der Wahl fiel als Einflussgröße hingegen bereits im vorangegangenen Kapitel auf, weshalb vermutet wurde, dass sie auch weiterhin von Bedeutung für die Erklärung der Wahlteilnahme sein würde. Diese Annahme scheint sich zu erhärten, so dass davon ausgegangen werden kann, dass diese Variable, sich ebenso im multivariaten Modell behaupten kann.

Ebenfalls eine starke Korrelation mit der Wahlbeteiligung weist der Grad der eigenen Informationssuche im Vorfeld der Wahl auf, dicht gefolgt von der Identifikation mit der europäischen politischen Gemeinschaft und den durch die Medien erfolgreich vermittelten Informationen zur Europawahl. Die beiden genannten Indikatoren zur Erfassung der Mobilisierung der Wahlberechtigten wurden ebenfalls bereits wegen ihrer möglichen Erklärungskraft im vorherigen Teilkapitel erwähnt. Auch diese Annahme wird durch verhältnismäßig gute Korrelationswerte von ,258 für die eigene Informationssuche und ,238 für die vermittelten Informationen zunächst bestätigt. Ähnlich verhält es sich mit der Beziehung der internalisierten Wahlnorm (natWahlverhalten) und der Wahlbeteiligung: Es zeigt sich, dass beide Variablen logisch konsistent zusammenhängen. Darüber hinaus kann davon ausgegangen werden, dass die direkten Kontakte und die wirtschaftliche Dimension in Deutschland keinen unmittelbaren Einfluss auf die Wahlteilnahme bei den Wahlen zum Europäischen Parlament haben, denn die sich ergebenden Werte sind gering und darüber hinaus nicht signifikant.

Tabelle 4.5.1: CramersV zur Beschreibung der Beziehungen zwischen der Europawahlbeteiligung und den unabhängigen Variablen in Deutschland (DE) und Polen (PL)

Zusammenhang von Wahlbeteiligung und...	Deutschland			Polen		
	V	Signifikanz	N	V	Signifikanz	N
Effektivitäts-Index	,375	,000	743	,578	,000	932
Responsivität	,178	,000	755	,190	,000	915
Institutionen-vertrauen	,193	,000	760	,232	,000	941
Identifikation-Index	,256	,000	753	,292	,000	867
Index vermittelte-Infos	,238	,000	765	,419	,000	976
Kontakte	,094	,009	769	,124	,000	980
Index Info_suche	,258	,000	763	,394	,000	976
natWahlverhalten	,231	,000	586	,430	,000	840
Index wirtschaftl Lage	,112	,214	758	,220	,000	893
Arbeitslosigkeit	,039	,286	763	,112	,000	980

Quelle: EES 2009, eigene Berechnungen

Bei der Auswertung der Zusammenhangsmaße für Polen fällt zunächst auf, dass alle sich ergebenden Werte auf hohem Niveau signifikant sind. Die stärkste Beziehung ergibt sich zwischen der Bewertung der Effektivität der Wahl und der individuellen Teilnahme - im Vergleich zu Deutschland ist der Zusammenhang mit einem Cramers V-Wert von ,578 sogar noch stärker. Für denjenigen, für den Wählen einen Unterschied macht, ist die eigene Stimmabgabe eine natürliche Folgehandlung. Die anderen beiden Komponenten des System-Defizits (Responsivität und Institutionenvertrauen) zeigen nur eine schwache Beziehung mit der abhängigen Variablen; ihre Einflüsse auf die Wahlteilnahme sind eher gering. Gleiches gilt für die Identifikation mit der politischen Gemeinschaft, auch

hier ergibt sich ein vergleichsweise schwacher Zusammenhang. In Deutschland scheint diese Variable für die Stimmabgabe von größerer Bedeutung zu sein als in dem neuen Mitgliedsstaat, denn in der Rangordnung der Messwerte liegt die besagte Beziehung in Deutschland an dritter Position. In Polen steht an zweiter Stelle in der Rangordnung der Maßzahlen bereits die Assoziation zwischen der internalisierten Wahlnorm und der Europawahlbeteiligung. Inhaltlich bedeutet dieser Befund, dass Personen, die regelmäßig an Wahlen teilnehmen, auch mit einer hohen Wahrscheinlichkeit bei der Europawahl ihre Stimme abgeben werden. Der Zusammenhang ist mit ,430 wesentlich stärker als in Deutschland und folgt damit dem gleichen Muster wie bereits die erste beobachtete Beziehung von Effektivität und Wahlbeteiligung. Auch in Polen treten zwei der drei Indikatoren des Mobilisierungskonstrukts durch ihre hohen Korrelationswerte hervor: Sowohl erfolgreich vermittelte, die Europawahl betreffende Informationen, als auch die eigene Informationssuche stehen in einem kausalen Verhältnis zur abhängigen Variable, dabei sind die Korrelationsmaße auch hier höher als in Deutschland. Direkte Kontakte, die während des Wahlkampfes mit Parteien bzw. ihren Kandidaten stattgefunden haben, scheinen kaum einen Einfluss auf die Wahlteilnahme zu nehmen. Im Gegensatz zu Deutschland ergeben sich aber für beide Indikatoren der wirtschaftlichen Dimension des theoretischen Erklärungsmodells signifikante Zusammenhänge mit der Europawahlbeteiligung, wenn auch auf niedrigem Niveau. In Polen scheint vor allem die Einordnung der wirtschaftlichen Lage des eigenen Landes einen Einfluss auf die Beteiligung an der Europawahl zu haben.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass vor allem vier der unabhängigen Variablen in Polen einen starken Zusammenhang mit der Europawahlbeteiligung aufweisen. Es handelt sich dabei um die eigene Einschätzung der Effektivität der Wahl, die Wahlnorm, die an die Wähler erfolgreich vermittelten Informationen sowie die eigene Informationssuche. Diese Erklärungsgrößen sind folglich für die Wahlteilnahme der polnischen Wähler von besonderer Bedeutung. Damit zeigt sich, dass sich Polen und Deutsche nicht sehr stark voneinander unterscheiden, wenn es um die Zusammenhänge der unabhängigen mit der abhängigen Variablen geht. Denn dieselben Einflussgrößen sind auch

für die Europawahlbeteiligung der Deutschen von besonderer Bedeutung. Es handelt sich hierbei um die gleichen Variablen, die auch schon bei der Analyse der Häufigkeitsverteilungen und dem Vergleich der Rangplätze hervortraten. An dieser Stelle sollte nochmals darauf hingewiesen werden, dass die Häufigkeitsverteilungen dieser unabhängigen Variablen in Polen ein niedrigeres Niveau aufwiesen als in Deutschland. Das bedeutet, dass die unterschiedlichen Niveaus bei der Ausprägung dieser Variablen auch für die unterschiedliche Wahlbeteiligung in den beiden beobachteten Ländern verantwortlich sein könnten. Unterstützt wird diese These durch die relativ starken Beziehungen der genannten Variablen in Polen: Denn in den Sozialwissenschaften gilt ein Cramers V-Wert größer ,300 bereits als bedeutsamer Zusammenhang. Die Korrelationswerte der vier unabhängigen Variablen liegen in Polen alle oberhalb dieses Grenzwertes - in Deutschland erreicht nur das Assoziationsmaß für die Einschätzung der Effektivität eine vergleichbare Höhe. Es handelt sich jedoch zunächst nur um vorläufige Ergebnisse, welche nachfolgend auf ihre Erklärungskraft im multivariaten Modell überprüft werden.

4.6. Logistische Regression

Im letzten Teilbereich dieses Abschnitts wird es um die Durchführung und Auswertung der Regressionsrechnung gehen. Durch die Anwendung einer logistischen Regressionsanalyse wird überprüft, ob die bisher beobachteten bivariaten Zusammenhänge zwischen den unabhängigen Variablen und der Europawahlbeteiligung auch in einem multivariaten Modell unter zusätzlicher Kontrolle dritter Variablen auftreten. Es wird überprüft, ob und in welchem Umfang die fünf unterschiedlichen Dimensionen des theoretischen Erklärungsmodells einen Einfluss auf die Stimmabgabe der Bürger bei Europawahlen haben.

Zunächst wird jedoch auf einige Besonderheiten der logistischen Regressionsanalyse aufmerksam gemacht: Da Logitmodelle²⁴ nicht auf einer linearen Gleichung basieren, können die Ausgabewerte auch nicht auf die gleiche Weise in-

²⁴ So werden logistische Regressionsmodelle auch genannt. Beide Begriffe werden synonym verwendet.

interpretiert werden wie bei der linearen Regression. Stellt man sich die Beziehung der abhängigen Variable mit den unabhängigen graphisch vor, ergibt sich keine lineare Gerade, sondern ein langgestreckter S-förmiger Kurvenverlauf (Andreß/Hagenaars/Kühnel 1997: 265). Da die Regressionskurve also nicht an jeder Stelle die gleiche Steigung aufweist, geben die b-Koeffizienten nur die Richtung des Zusammenhangs mit der abhängigen Variablen an: Die Effektkoeffizienten ($\text{Exp}(b)$) enthalten die Informationen zur Stärke des jeweiligen Zusammenhangs (Fromm 2005: 8). Sie errechnen den Faktor, um den sich die Chance für das Eintreten von $y=1$ im vorliegenden Fall also das Eintreten der Stimmabgabe verändert, wenn sich die betreffende unabhängige Variable um eine Einheit ändert. Es geht folglich nicht um Prognosen, sondern um die Angabe von Wahrscheinlichkeiten und damit um Chancenverhältnisse. Zusätzlich zum Effektkoeffizienten werden die Grenzen des 95%igen Konfidenzintervalls ermittelt: „Bei einer gut erklärenden unabhängigen Variable liegen beide Grenzen über oder unter 1“ (Fromm 2005: 24). Zur Einschätzung der Gesamtgüte des jeweiligen Modells dienen die Pseudo-R-Quadrat-Statistiken, die bei der Berechnung von Logitmodellen ausgegeben werden. Es handelt sich dabei um ein ähnliches Maß wie auch bei der linearen Regression; im vorliegenden Fall wird auf Nagelkerkes R-Quadrat Bezug genommen. Da die unabhängigen Variablen, die in die logistische Regressionsanalyse miteinbezogen werden zwar ein beliebiges Skalenniveau aufweisen dürfen, kategoriale Variablen mit mehr als zwei Ausprägungen allerdings transformiert werden müssen, sind entsprechende Vorbereitungen nötig.

Bei der Inspektion der einzelnen Variablen fällt auf, dass nur eine der Kontrollvariablen in diesem Sinne problematisch ist und umgewandelt werden muss: Es handelt sich um den Urbanisierungsgrad (Stadt_Land) mit den drei unterschiedlichen Ausprägungen ländliche Gebiete, Kleinstadt/Vororte und Großstadt. Für zwei der drei Kategorien wird eine dichotome Dummy-Variable gebildet, die dritte Ausprägung wird im Modell als Referenzkategorie fungieren. Es bietet sich an dafür eine Kategorie zu wählen, für die ein Vergleich interessant wäre, es sollte folglich eine Kategorie sein, bei der Unterschiede zu erwarten sind. Im vorliegenden Fall wird deshalb die erste Ausprägung (ländliche Wohngebiete)

als Referenzpunkt gewählt, zu dem die beiden neuen Dummy-Variablen in Beziehung gesetzt werden. Stadt_Land bezeichnet im Modell die Referenzkategorie und damit die Ausprägung ländliche Gebiete, Stadt_Land(1) steht für Kleinstadt/Vororte und Stadt_Land(2) für Großstadt. „Hat die ursprüngliche Variable [Urbanisierungsgrad] einen Einfluss auf die abhängige Variable [Europawahlbeteiligung], so muss mindestens ein b-Gewicht deutlich und signifikant von Null abweichen“ (Fromm 2005: 14). Nach diesen erforderlichen Vorarbeiten kann nun die eigentliche Regressionsanalyse durchgeführt werden.

Die Tabelle 4.6.1 enthält die ermittelten Werte der logistischen Regression für Deutschland und Polen. In der oberen Tabellenhälfte sind die einzelnen Werte für die unabhängigen Variablen eingetragen, in der unteren Hälfte sind die Werte für die Kontrollvariablen zu finden; die Bezeichnung der jeweiligen Variablen werden in der ersten Spalte aufgelistet. Die Ausgabe umfasst neben dem Regressionskoeffizienten B, die Signifikanz (Sig) der Maßzahlen, den Effektkoeffizienten und die Grenzen des 95%igen Konfidenzintervalls; zur Beurteilung der Gesamtgüte der beiden Modelle ist in der vorletzten Zeile der Tabelle der sich ergebene R-Quadrat-Wert angegeben.

Wie bereits im vorherigen Kapitel wird sich die Auswertung der Ergebnisse und deren Interpretation zunächst auf Deutschland beziehen und damit vorerst auf den linken Teil der Tabelle. Im zweiten Schritt werden die einzelnen Werte des polnischen Modells beschrieben und analysiert, um dann einen unmittelbaren Vergleich zwischen beiden Ländern ziehen zu können.

Für Deutschland belegen die Ergebnisse zunächst, dass im multivariaten Modell nicht mehr alle Effekte der unabhängigen Variablen signifikant sind. Die Erklärung der Europawahlbeteiligung reduziert sich auf folgende vier Variablen: die Einschätzung der Effektivität der Wahl, die direkten Kontakte während des Wahlkampfes, die eigene Informationssuche und das nationale Wahlverhalten. Darüber hinaus haben die soziodemographischen Variablen Geschlecht, Alter, Bildung und der Indikator für das eigene politische Interesse einen signifikanten Einfluss auf die Entscheidung zur Stimmabgabe. Das bedeutet, dass in Deutschland Frauen eher an der Europawahl teilnehmen als Männer und dass

Tabelle 4.6.1: Ergebnisse der logistischen Regression für Deutschland und Polen										
	Modell für Deutschland					Modell für Polen				
	B	Sig	Exp (B)	95% Konfidenzintervall Exp(B)		B	Sig	Exp (B)	95% Konfidenzintervall Exp(B)	
				Unterer Wert	Oberer Wert				Unterer Wert	Oberer Wert
Effektivität	,670	,000	1,955	1,451	2,634	1,126	,000	3,084	2,269	4,190
Responsivität	,137	,370	1,147	,849	1,550	,050	,736	1,051	,786	1,405
Institutionenvertrauen	,171	,290	1,187	,864	1,630	-,061	,692	,940	,694	1,274
Identifikation	,036	,894	1,037	,608	1,769	,287	,362	1,332	,719	2,468
vermittelte Infos	,439	,096	1,551	,925	2,601	,452	,083	1,572	,942	2,624
Kontakte	,759	,017	2,136	1,148	3,977	,452	,121	1,571	,887	2,781
Info_suche	1,360	,006	3,898	1,480	10,268	,593	,169	1,809	,778	4,209
natWahlverhalten	1,083	,041	2,955	1,047	8,342	,926	,006	2,525	1,296	4,917
wirtschaftl Lage	-,102	,606	,903	,613	1,330	,048	,799	1,049	,726	1,515
Arbeitslosigkeit	-,001	,999	,999	,151	6,606	,538	,318	1,713	,595	4,927
Geschlecht	,704	,015	2,022	1,148	3,563	-,476	,070	,621	,371	1,040
Alter	-,122	,039	,885	,789	,994	,006	,900	1,006	,919	1,100
Alter_squared	,001	,024	1,001	1,000	1,002	,000	,664	1,000	,999	1,001
Bildung	,336	,018	1,400	1,059	1,850	,317	,007	1,373	1,092	1,726
Stadt_Land										
Stadt_Land(1)	-,113	,706	,893	,497	1,606	,936	,003	2,549	1,370	4,743
Stadt_Land(2)	-,447	,291	,640	,279	1,467	,899	,011	2,458	1,227	4,925
Gewerkschaftsmitgliedschaft	,500	,201	1,649	,766	3,547	,374	,493	1,454	,498	4,243
polit_Interesse	,402	,039	1,523	1,021	2,270	,201	,274	1,222	,853	1,751
Zufrieden_natReg	-,060	,833	,942	,541	1,640	,393	,164	1,482	,852	2,577
Konstante	-5,820	,001	,003			-9,925	,000	,000		
	Nagelkerkes R-Quadrat: ,374					Nagelkerkes R-Quadrat: ,602				
	N: 481					N: 548				
Quelle: EES 2009, eigene Berechnungen										

ältere, sowie höher Gebildete eher partizipieren; gleiches trifft auch auf Personen zu, die angeben einen hohen Grad an politischem Interesse zu haben. Bezogen auf die fünf Dimensionen des theoretischen Erklärungsmodells belegen die Ergebnisse, dass weder das Gemeinschaftsdefizit noch die wirtschaftliche Ebene einen Einfluss auf die Entscheidung des Bürgers haben, an der Europawahl teilzunehmen. Auf der Ebene des Systemdefizits zeigt nur die Einschätzung der Effektivität der Europawahl einen Einfluss auf die abhängige Variable; dieser Befund deutete sich bereits in den vorherigen Analysen an. Auch die Mobilisierungsdimension mit den drei Indikatoren vermittelte Informationen, di-

rekte Kontakte im Wahlkampf und eigene Informationssuche zeichnete sich in vorherigen Analysen durch signifikante Beziehungen mit der Wahlbeteiligung aus. Allerdings ergab sich für direkte Kontakte zwischen Parteien bzw. ihren Kandidaten und den Wählern nur ein schwacher Zusammenhang; so überrascht es, dass diese Variable im multivariaten Modell als gut erklärende Größe auffällt (beide Grenzen des Konfidenzintervalls über 1). Der Einfluss der eigenen Informationssuche überrascht dagegen weniger, denn dieser Indikator lag in der Rangordnung der Zusammenhangsmaße in Deutschland an zweiter Stelle. In diesem Sinne bestätigt der Effekt der internalisierten Wahlnorm auf die Wahlbeteiligung ebenfalls vorherige Befunde.

Vergleicht man die Effektkoeffizienten der vier unabhängigen Variablen mit signifikantem Einfluss und damit die Stärke der jeweiligen Einflüsse, ergibt sich folgende Rangordnung: Den stärksten Effekt auf die Wahlbeteiligung hat in Deutschland die eigene Informationssuche, an zweiter Stelle befindet sich die internalisierte Wahlnorm, gefolgt von den direkten Kontakten während des Europawahlkampfes, an letzter Stelle befindet sich die Effektivitätseinstufung der Wahl. Inhaltlich bedeuten die Ergebnisse, dass Personen, die sich für die Wahlen zum Europäischen Parlament interessieren und selbst auf Informationssuche gehen, darüber hinaus Wählen gehen als Bürgerpflicht wahrnehmen; während des Europawahlkampfes von den Kandidaten kontaktiert wurden und die Wahl für effektiv halten, sich auch mit erhöhter Wahrscheinlichkeit an diesen Wahlen beteiligen werden. In Deutschland überwiegt demnach der Einfluss von Mobilisierungs- und Gewohnheitskomponenten den Effekt der Nutzenseite der Wahl. Da die Wählermobilisierung im Vorfeld der Europawahl, wie im Kapitel 4.4 zur deskriptiven Statistik gezeigt werden konnte, gering ausfällt, kann damit die für Deutschland verhältnismäßig niedrige Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2009 erklärt werden. Die Ergebnisse der logistischen Regressionsanalyse belegen, dass weder die möglicherweise fehlende Identifikation mit der europäischen politischen Gemeinschaft, noch das geringe Vertrauen in die europäischen Institutionen einen Einfluss auf die Wahlteilnahme haben. Aufgrund der Ergebnisse kann angenommen werden, dass ein engagiert geführter Wahlkampf in Deutschland mehr Wähler für die Stimmabgabe motivieren könnte.

Allerdings liegt die Gesamtgüte des Modells nur bei 37,4%, es kann also nur etwas mehr als ein Drittel der Wahlbeteiligung erklärt werden. Welche anderen Faktoren auf die Europawahlbeteiligung wirken, bleibt an dieser Stelle offen. Es kann jedoch gezeigt werden, dass in Deutschland sowohl europaspezifische Variablen wie die Wählermobilisierung und die Einschätzung der Effektivität der Wahl, sowie Indikatoren mit nationalem Bezug wie die Wahlnorm, operationalisiert über das nationale Wahlverhalten, einen Einfluss auf die Europawahlbeteiligung ausüben.

Im zweiten Analyseschritt wird es nun um die Auswertung der Ergebnisse des Modells für Polen gehen. In diesem Fall ergeben sich im Bezug auf die einzelnen Signifikanzen der beobachteten Beziehungen erhebliche Unterschiede zwischen den bivariaten Verhältnissen und dem multivariaten Modell: Es zeigt sich, dass sich lediglich die Effekte von zwei unabhängigen Variablen auf die Wahlbeteiligung als statistisch signifikant erweisen. Nur die Effektivitätseinstufung der Europawahl und die internalisierte Wahlnorm sind in Polen für die Wahlteilnahme von Bedeutung. Das heißt, dass weder die Identifikation mit der politischen Gemeinschaft, noch die Wählermobilisierung oder die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage einen Effekt auf die Entscheidung, an der Wahl teilzunehmen haben. Lediglich die Dimension des Gewohnheitswählens sowie die Ebene des Systemdefizits üben einen Einfluss auf die abhängige Variable aus, wobei von den drei Indikatoren des Systemdefizits nur die Effektivität der Wahl bedeutsam ist. Weder die Responsivität des europäischen politischen Systems, noch das Institutionenvertrauen sind in Polen für die Wahlteilnahme wichtig. Diese Ergebnisse bestätigen somit nicht die Annahmen, die aus den vorherigen Analysen geschlossen wurden. Zwar deutete sich bereits ein starker Einfluss der Effektivitätseinschätzung sowie der Wahlnorm an, gleiches ließ sich aber auch für zwei der drei Mobilisierungsindikatoren vermuten. Ein unmittelbarer Effekt der eigenen Informationssuche sowie erfolgreich vermittelter Informationen lässt sich in der multivariaten Analyse allerdings nicht ermitteln.

Die Analyse der Effektkoeffizienten ergibt einen stärkeren Einfluss des Effektivitätsindikators, inhaltlich bedeutet dieser Befund, dass in Polen der Effekt der Nutzenseite der Wahl überwiegt; die Wahlnorm steht nur an zweiter Stelle in der

Rangordnung der Maßzahlen. Daneben haben Bildung und Urbanisierungsgrad einen signifikanten Einfluss auf die Wahlbeteiligung. Dabei lässt sich die transformierte Variable, die die Wohngegend eines Befragten erfasst, folgendermaßen interpretieren: Beide b-Koeffizienten weichen signifikant von Null ab, was belegt, dass die ursprüngliche Variable des Urbanisierungsgrades einen Einfluss auf die Wahlbeteiligung ausübt. Es wurde angenommen, dass die Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung in ländlichen Gebieten wegen der stärkeren gegenseitigen sozialen Kontrolle ansteigt, auf Polen trifft diese Logik allerdings nicht zu²⁵. Hier steigen die Odds, eher Wählen zu gehen, bei Bewohnern kleiner Städte um den Faktor 2,549 im Vergleich zu Bewohnern ländlicher Gebiete. Für Großstädter steigt der Faktor um 2,458. Inhaltlich bedeuten diese Werte, dass die Wahrscheinlichkeit an der Europawahl teilzunehmen bei Bewohnern ländlicher Gebiete abnimmt - also genau entgegengesetzt der angenommenen Logik. Es stellt sich daher die Frage, wie dieser Befund erklärt werden kann. Man kann vermuten, dass Personen in ländlichen Gebieten weniger über die Europäische Union wissen und daher noch weniger Anreiz haben, ihre Zeit beispielsweise in die nötige Informationsbeschaffung zu investieren. Da das Niveau der Ausprägung der internalisierten Wahlnorm geringer ausfällt als beispielsweise in Deutschland, kann davon ausgegangen werden, dass die Wirkung eines Pflichtgefühls im Bezug auf die Wahlbeteiligung nicht stark genug ist, um die Bewohner ländlicher Gebiete zur Wahlteilnahme zu motivieren.

Fasst man die Ergebnisse der logistischen Regressionsanalyse pointiert zusammen, so nehmen in Polen höher gebildete Städter eher an der Europawahl teil; darüber hinaus gehen jene Personen mit zunehmender Wahrscheinlichkeit wählen, die davon überzeugt sind, dass ihre Handlung einen Unterschied macht und Wählen als eine Art Bürgerpflicht wahrnehmen. Bei der Auswertung der Häufigkeitsverteilungen der einzelnen unabhängigen Variablen ergab sich unter den polnischen Befragten ein eher geringes Niveau bei der Einstufung der Effektivität der Europawahl; das Niveau der Ausprägung der Wahlnorm (also die

²⁵ Die entsprechenden Werte im deutschen Modell bestätigen die ursprüngliche Annahme, dass Personen in ländlichen Gebieten eher Wählen gehen als Stadtbewohner. Die b-Koeffizienten der transformierten Variablen tragen beide ein negatives Vorzeichen und weisen damit in die richtige Richtung, allerdings sind die Maßzahlen nicht statistisch signifikant.

Teilnahme an der letzten nationalen Wahl) fiel zwar nicht genauso niedrig aus, der Effekt dieser Variablen ist allerdings auch geringer. Die niedrigen Wahlbeteiligungsraten bei der Europawahl können in Polen offenbar auf die schlechte Effektivitätseinstufung zurückgeführt werden. Diese Interpretation wird zusätzlich durch die gute Modellgüte von 60,2% unterstützt.

Beim Vergleich der Ergebnisse der beiden Regressionsanalysen für Deutschland und Polen ergibt sich zunächst ein Unterschied bei den signifikanten Erklärungsgrößen. In Polen reduziert sich die Erklärung der Wahlbeteiligung auf lediglich zwei der unabhängigen Variablen; in Deutschland haben neben Effektivität und Wahlnorm auch Wahlkampfkontakte und die eigene Informationssuche einen Effekt. Unter Einbeziehung der Rangordnung der einzelnen Erklärungsvariablen ergeben sich zusätzliche Unterschiede: In Polen geht die größte Erklärungskraft von der individuellen Einschätzung der Effektivität der Wahl aus, dieser Indikator nimmt in Deutschland den letzten Platz in der Rangfolge der Maßzahlen ein, erklärt also im Verhältnis zu den anderen drei signifikanten Indikatoren am wenigsten. Die eigene Informationssuche, die Wahlnorm und die Wahlkampfkontakte erklären im deutschen Modell mehr als der Effektivitätsindikator, damit haben hier Wahlnorm und Mobilisierung einen stärkeren Effekt auf die Teilnahme an der Europawahl als die Nutzenseite, die im polnischen Modell eindeutig überwiegt.

Allerdings divergiert die Erklärungskraft des Gesamtmodells in beiden Ländern sehr stark: In Deutschland liegt sie nur bei knapp 40%, in Polen hingegen bei 60%. Mit dem Modell kann die Wahlbeteiligung in Polen viel besser geschätzt werden als in Deutschland - d.h. es lässt sich auf den postkommunistischen Staat besser anwenden. Auch hier stellt sich die Frage, wie dieser enorme Unterschied erklärt werden kann. Bei der Beantwortung dieser Frage hilft ein Blick auf die Klassifizierungstabellen, die bei der Berechnung logistischer Regressionen mit ausgegeben werden. Diese Tabellen (Abbildung 4.6.2 a,b) geben an, welche Ereignisse mithilfe des Modells jeweils in die richtige Kategorie eingeordnet werden, dazu werden vorhergesagte und beobachtete Fälle zueinander in Beziehung gesetzt. Im vorliegenden Fall ergibt sich daraus eine Tabelle mit vier Zellen, die zeigt, welche Personen, die nicht an der Europawahl teilge-

nommen haben, mithilfe des Modells richtig klassifiziert werden und welche nicht; die gleichen Informationen werden auch bezogen auf die Wahlteilnahme ermittelt. Der unmittelbare Vergleich der beiden Tabellen für Deutschland und Polen zeigt, dass durch die Anwendung des Modells in Deutschland die Wahlteilnahme viel besser erklärt werden kann als die Wahlenthaltung - in Polen werden beide Phänomene gut erklärt. Die Abbildung 4.6.2a enthält die betreffenden Informationen für Deutschland: Bezogen auf die Stimmabgabe werden

Abbildung 4.6.2a: Klassifizierungstabelle zur Beurteilung der richtig vorhergesagten Fälle für Deutschland

Beobachtet			Vorhergesagt		
			Frage nach der Wahlbeteiligung bei der EP-Wahl 2009		Prozentsatz der Richtigen
			Nichtwahl	Wahl	
Schritt 1	Frage nach der Wahlbeteiligung bei der EP-Wahl 2009	Nichtwahl	38	64	37,3
		Wahl	19	360	95,0
		Gesamtprozentsatz			82,7

a. Der Trennwert lautet ,500

Quelle: EES 2009, eigene Berechnungen

95% der Fälle richtig vorhergesagt, bei der Wahlenthaltung werden hingegen nur 37% der Fälle zutreffend in die Kategorien eingeordnet. Mithilfe des Modells wird die Wahlteilnahme in Polen (Abbildung 4.6.2b) mit 85% etwas besser vorhergesagt als die Stimmenthaltung, die aber mit 81% immer noch zuverlässig

Abbildung 4.6.2b: Klassifizierungstabelle zur Beurteilung der richtig vorhergesagten Fälle für Polen

Beobachtet			Vorhergesagt		
			Frage nach der Wahlbeteiligung bei der EP-Wahl 2009		Prozentsatz der Richtigen
			Nichtwahl	Wahl	
Schritt 1	Frage nach der Wahlbeteiligung bei der EP-Wahl 2009	Nichtwahl	209	49	81,0
		Wahl	43	247	85,2
		Gesamtprozentsatz			83,2

a. Der Trennwert lautet ,500

Quelle: EES 2009, eigene Berechnungen

prognostiziert werden kann. Damit liegt der Unterschied zwischen der korrekten Voraussage der Wahlteilnahme und der Enthaltung in Polen lediglich bei 4 Prozentpunkten. In Deutschland liegt er mit 58 Prozentpunkten enorm weit auseinander.

inander, d.h. das theoretisch entwickelte Modell kann das Fernbleiben von der Wahl nur schlecht prognostizieren und damit schlecht erklären. Der Faktor, der die Europawahlenthaltung in Deutschland erklären kann, ist offenbar nicht im Modell enthalten. Dennoch stellt sich die Frage, wieso die Erklärungskraft des Gesamtmodells in den beiden gewählten Ländern so unterschiedlich ausfällt. Dazu sollen im Folgenden die in beiden Modellen signifikanten Erklärungsgrößen (Effektivitätseinschätzung der Wahl und Wahlnorm) näher untersucht werden. Es liegt die Vermutung nah, dass diese beiden unabhängige Variable maßgeblich für die Unterschiede verantwortlich sind.

In Kapitel 4.4 dieser Arbeit wurden unter anderem die Häufigkeitsverteilungen der unterschiedlichen unabhängigen Variablen in Deutschland und Polen analysiert; die entsprechende Grafik 4.4.5 zur Wahlnorm (auf Seite 68) zeigt diesbezüglich Unterschiede in den Niveaus dieses Indikators. Das Item trennt in Deutschland kaum zwischen Wählern und Nichtwählern, denn hier geben über 90% an, an der letzten nationalen Wahl teilgenommen zu haben, d.h. die Gruppe der Befragten, die antworten, dass sie sich bei der letzten Wahl enthalten haben, ist entsprechend klein und kann daher auch nur als Erklärung für einen kleinen Teil der Nichtwähler bei der Europawahl fungieren. In Polen trennt dieser Indikator besser zwischen Wählern und Nichtwählern; die Aufteilung in die entsprechenden Gruppen zeigt, dass sich hier fast 30% der Befragten unter den Nichtwählern befinden. Die Wahrscheinlichkeit in dieser Gruppe auch Personen zu finden, die nicht an der Europawahl teilgenommen haben, ist größer als in Deutschland. Diese Argumentation wird zusätzlich durch die Ergebnisse einer weiteren Regressionsanalyse unterstützt: Rechnet man ein Modell, das als unabhängige Variable nur das nationale Wahlverhalten enthält, spiegeln sich die Unterschiede auch dann noch in den R-Quadrat-Statistiken wieder. Die Gesamtgüte des Modells liegt in diesem Fall in Deutschland nur bei knapp 7%²⁶, in Polen hingegen bei etwa 25%²⁷. Somit kann gezeigt werden, dass die unterschiedliche Erklärungskraft des theoretischen Modells nachweislich auf

²⁶ Nagelkerkes R-Quadrat: ,065

²⁷ Nagelkerkes R-Quadrat: ,248

diese unabhängige Variable zurückgeht. Auch die Variable, die die Einschätzung der Effektivität der Europawahl wiedergibt, liefert ein ähnliches Ergebnis. Das entsprechende Regressionsmodell liefert für Deutschland einen Nagelkerkes R-Quadrat-Wert von ,172 - in Polen liegt der gleiche Wert mit ,399 ebenfalls viel höher, d.h. auch diese Variable trennt in Polen besser zwischen Nichtwählern und Wählern. Für das deutsche Modell fehlen entsprechende Indikatoren, weshalb auch die Erklärungskraft stark divergiert. Diese Ergebnisse sind wenig überraschend, es handelt sich dabei vielmehr um ein in der Forschung bekanntes Problem: Die Erklärung niedriger Europawahlbeteiligungsraten in etablierten Demokratien fällt äußerst schwer, die geeigneten Indikatoren scheinen noch nicht gefunden zu sein (Franklin 2007: 67).

Insgesamt ergab der Vergleich der beiden Regressionsmodelle für Deutschland und Polen, dass die großen Unterschiede bei der Wahlbeteiligung durch unterschiedliche Niveaus bei der Ausprägung der unabhängigen Variablen erklärt werden können. Sowohl die Einschätzung der Effektivität der Wahl, sowie die internalisierte Wahlnorm bewegen sich in Polen auf einem niedrigeren Niveau als in Deutschland. Da nur von den beiden genannten Erklärungsgrößen ein signifikanter Effekt auf die Wahlteilnahme ausgeht, sind auch nur diese beobachteten Niveauunterschiede entscheidend. Von den fünf unterschiedlichen Dimensionen des theoretischen Erklärungsmodells entfalten nur die Ebene der Wahlnorm und ein Teil der Systemebene ihre Erklärungskraft, d.h. in Polen kommt die niedrige Wahlbeteiligung vor allem durch die Einstufung der Europawahl als wenig effektiv und die schwach ausgeprägte Wahlnorm zustande. Aufgrund der besseren Bewertung der Effektivität in Deutschland, der stark ausgeprägten Wahlnorm und des positiven Einflusses der Wählermobilisierung können sich mehr Deutsche zur Abgabe ihrer Stimme motivieren. Wie bereits erwähnt wurde, ist die deutsche Wahlbeteiligung im Vergleich zu nationalen Wahlen schlechter, was allerdings maßgeblich durch die schwache Wählermobilisierung im Zuge des Europawahlkampfes erklärt werden kann. Ein effektiv geführter Wahlkampf der europäischen Parteifamilien könnte hier bereits zum Anstieg der Beteiligungsraten führen. Für Polen fällt ein ähnlicher Rat schwer, denn die Internalisierung der Wahlnorm ist ein langwieriger Prozess, der darü-

ber hinaus keinen direkten Bezug zur europäischen Ebene aufweist. Gelingt es der Europäischen Union allerdings, mehr Transparenz im Bezug auf die Europawahl zu etablieren, könnte das wiederum einen Einfluss auf die Einschätzung ihrer Effektivität haben. Es gilt anzunehmen, dass die Bürger eher die Auffassung vertreten, dass Wählen gehen auf der europäischen Ebene einen Unterschied macht, wenn sie sehen können, was mit ihrer Stimme tatsächlich passiert und damit verstehen, welchen Einfluss sie selbst ausüben.

5. Zusammenfassung und Fazit

In der vorliegenden Arbeit geht es um die Analyse der Wahlbeteiligung bei Europawahlen und somit um die Beantwortung der Frage, ob die individuelle Wahlteilnahme in alten und neuen EU-Mitgliedsstaaten auf die gleichen Erklärungsgrößen zurückgeht oder ob möglicherweise Unterschiede zwischen beiden Ländergruppen bestehen. Als Bezugspunkt dient die jüngste Europawahl, die im Juni 2009 stattfand: Bei dieser Wahl fällt nicht nur die generell niedrige Beteiligung auf, sondern auch erhebliche Niveauunterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten. Um diesen Befund erklären zu können, wurde zunächst ein theoretisches Erklärungsmodell entwickelt, das sich auf die folgenden fünf Dimensionen bezieht: politisches System der EU, europäische politische Gemeinschaft, Wählermobilisierung während des Europawahlkampfes, Gewohnheitswahl und Einschätzung der staatlichen sowie der eigenen wirtschaftlichen Lage. In den fünf unterschiedlichen Bereichen werden jeweils unterschiedlich stark ausgeprägte Defizite in den beiden Ländergruppen angenommen, die somit die beobachteten Unterschiede erklären sollen.

Als Vergleichspaar wurde Deutschland als Gründungsmitglied der EU und etablierte Demokratie sowie Polen als neues EU-Mitglied und verhältnismäßig junge Demokratie gewählt. Beide Staaten eignen sich aufgrund wichtiger Gemeinsamkeiten wie beispielsweise der pro-europäischen Ausrichtung der Bevölkerung und der Anwendung eines sich gleichenden Wahlsystems gut für den angestrebten Vergleich. Es wird angenommen, dass die Defizite in den fünf unterschiedlichen Dimensionen, die sich aus dem theoretischen Erklärungsmodell ergeben, in Polen größer ausfallen als in Deutschland und somit die niedrigere Wahlbeteiligung erklärt werden kann.

Die angenommenen Defizite wurden mit den Daten der European Election Study 2009 operationalisiert und im empirischen Teil dieser Arbeit verschiedenen statistischen Tests unterzogen, um die Bestandskraft der aufgestellten Hypothesen zu überprüfen.

Zunächst wurden im Kapitel zur deskriptiven Statistik die Häufigkeitsverteilungen der einzelnen unabhängigen Variablen in Deutschland und Polen unter-

sucht. Dabei ging es darum, mögliche Niveauunterschiede zu identifizieren und auf ihre Signifikanz zu überprüfen. Die Analysen ergeben bei den unabhängigen Variablen Effektivität, Responsivität, Mobilisierung und Wahlnorm größere Defizite bei den polnischen Befragten im Vergleich zu ihren deutschen Nachbarn. Nach der Anwendung des Mann-Whitney-Tests erweisen sich drei der beobachteten Unterschiede als signifikant; lediglich der Unterschied bei der Einschätzung der Responsivität bestätigt sich nicht.

Nach der Auswertung der einzelnen Häufigkeitsverteilungen ging es zunächst um die Identifizierung von Zusammenhängen zwischen den unabhängigen Variablen und der Europawahlbeteiligung. Dabei konnte gezeigt werden, dass sowohl in Polen, als auch in Deutschland die gleichen Einflussgrößen einen starken Zusammenhang mit der Beteiligung bei Europawahlen aufweisen. Entsprechend den Erwartungen zeigen ebenfalls jene Variablen einen hohen Assoziationsgrad mit der abhängigen Variablen, die sich bereits in der vorherigen Analyse auszeichneten. So scheint die Entscheidung, an Europawahlen teilzunehmen, in beiden Ländern mit der Einschätzung der Effektivität, dem individuellen Grad der Wahlnorm und zwei Aspekten der Wählermobilisierung - nämlich den erfolgreich vermittelten Informationen und der eigenen Informationssuche - zusammenzuhängen. Nach den ersten beiden Untersuchungen scheint sich zumindest ein Aspekt von Hypothese (a), die sich auf das System-Defizit und damit Effektivität und Responsivität bezieht, sowie Hypothese (c) zum Mobilisierungsdefizit und die Wahlnorm-Defizit-These (d) zu bestätigen.

Nach der Durchführung der logistischen Regressionsanalyse stellte sich allerdings heraus, dass dies nur für Deutschland zutrifft, denn nur im deutschen multivariaten Modell ergibt sich nach wie vor ein signifikanter Effekt von Effektivität, Wahlnorm, und Mobilisierung auf die Europawahlbeteiligung. Allerdings ist auf der Dimension der Wählermobilisierung der Indikator, der erfolgreich vermittelte Informationen erfasst, nicht mehr signifikant. Stattdessen haben die direkten Wahlkampfkontakte einen Einfluss auf die Teilnahme an der Europawahl. Die relative Stärke der Zusammenhänge zeigt, dass Wahlnorm und Mobilisierung in Deutschland einen größeren Effekt auf die Stimmabgabe ausüben als die Nutzenseite (Effektivität). Im zweiten Modell, das für die polnischen Befrag-

ten berechnet wurde, erweisen sich nur zwei der unabhängigen Variablen als signifikant, d.h. nur die Einschätzung der Effektivität der Wahl und die internalisierte Wahlnorm haben einen Einfluss auf die Wahlteilnahme. Von der Effektivitätseinstufung geht eine größere Erklärungskraft aus als von der Wahlnorm; in diesem Modell überwiegt folglich die Nutzenseite der Europawahl. Das bedeutet, dass Personen, in deren Augen die Europawahl nicht effektiv ist und nicht zu einer adäquaten Übersetzung der individuellen Präferenzen führt, sich mit zunehmender Wahrscheinlichkeit ihrer Stimme enthalten werden.

Im Bezug auf die in dieser Arbeit formulierten Hypothesen muss resümiert werden, dass sich nicht alle Annahmen bestätigen lassen, denn nur ein Teil der unabhängigen Variablen hat auch im multivariaten Modell einen Einfluss auf die Europawahlbeteiligung. Entgegen der ursprünglichen Erwartungen zeigt weder die Wahrnehmung der Reaktionsfähigkeit des europäischen Systems noch die Identifikation mit Europa und damit die Zuversicht, dass die EU die richtigen Entscheidungen trifft, einen signifikanten Einfluss auf die Entscheidung der grundsätzlichen Stimmabgabe in Polen oder in Deutschland. Die Erweiterung des ursprünglichen Erklärungsmodells von Wessels und Franklin um eine weitere Dimension, die die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage des Landes sowie die eigene wirtschaftliche Lage erfasst, erwies sich als weniger erfolgreich, denn weder im deutschen noch im polnischen Modell haben die beiden Indikatoren einen Einfluss auf die Wahlteilnahme.

In Deutschland lassen sich vor allem bei der Wählermobilisierung und der Effektivitätseinschätzung der Wahl Defizite erkennen. Innerhalb des Modells geht die stärkste Erklärungskraft von dem Indikator aus, der die eigene Informationssuche im Vorfeld der Europawahl misst. Normativ argumentiert bedeutet dieser Befund, dass es den Europapolitikern und den Parteien darum gehen sollte, mehr Bürger zu motivieren, sich gezielt über die Wahl auf europäischer Ebene zu informieren. Gelänge es der Europawahl zu einem dominanteren Platz in der nationalen Sphäre zu verhelfen, könnte das auch dazu führen, dass sich mehr Wähler mit der Wahl auseinandersetzen. Darüber hinaus könnte ein engagiert geführter Wahlkampf höhere Beteiligungsraten erzeugen, denn auch direkte Wahlkampfkontakte üben einen signifikanten Einfluss auf die Teilnahme aus,

allerdings bewegen sich diese derzeit auf einem sehr niedrigen Niveau (was die Auswertung der Häufigkeitsverteilungen belegen konnte). Ein weiterer Faktor, von dem ebenfalls eine hohe Erklärungskraft ausgeht, steht nicht in einem direkten Zusammenhang mit der Europawahl. Es handelt sich um das nationale Wahlverhalten und damit die Wahlnorm: Diese ist in Deutschland traditionell sehr stark ausgeprägt, steht allerdings in keinem inhaltlichen Bezug zur Europawahl. Denn Personen, die Wählen gehen als ihre Bürgerpflicht wahrnehmen, geben ihre Stimme tendenziell an jeder Wahl ab - unabhängig von Art und Weise der jeweiligen Wahl. Mit dieser Erklärungsgröße alleine ist es deshalb schwierig, eine Bewertungen der Europawahl vorzunehmen.

In Polen fallen die Befunde etwas anders aus: Hier lassen sich erhebliche Defizite bei der Einstufung der Effektivität der Europawahl identifizieren, darüber hinaus ist die Wahlnorm bei den polnischen Wählern nur sehr schwach ausgeprägt; diese beiden genannten Faktoren tragen maßgeblich zur Erklärung der niedrigen Beteiligungsrate der Bevölkerung bei Europawahlen bei. Die Mobilisierung der Wähler scheint derzeit keinen Einfluss auf die Wahlteilnahme auszuüben. Die Ergebnisse belegen, dass in Polen derzeit allein die Kandidatenauswahl der Parteien zur Teilnahme an der Europawahl motivieren kann, denn für wen Wählen gehen einen Unterschied macht, für denjenigen ist auch wichtig, welche Kandidaten in das Europäische Parlament einziehen. Dass es sich bei dieser Personengruppe nur um einen verhältnismäßig kleinen Teil der Gesamtbevölkerung handelt und die Beteiligungsrate dementsprechend sehr niedrig ausfallen, verwundert wenig, wenn man bedenkt, dass Europapolitiker in der Regel unbekannt und wenig präsent in den Medien sind. Auch die zweite Erklärungsgröße, die den individuellen Grad der Wahlnorm misst, ist in Polen kein Garant für hohe Beteiligungsniveaus. Denn die Internalisierung der Wahlnorm ist ein langer Prozess. Während der kommunistischen Herrschaft hatte die Wahlteilnahme eine ganz andere Bedeutung; die Entscheidung zur Stimmabgabe war keineswegs ein freiwilliger Akt. Außerdem standen keine Alternativen zur Auswahl, stattdessen ging es um die Bestätigung der herrschenden Elite. Wahlen hatten folglich einen ganz anderen Stellenwert als in einer Demokratie, in der sie die Basis des ganzen Systems darstellen. Es gilt anzunehmen,

dass das Gefühl, die eigene Wahlteilnahme sei die Pflicht eines guten Bürgers, über die Zeit zunehmen wird. Auch in Deutschland war die Internalisierung der Wahlnorm ein lang andauernder Prozess.

Die Ergebnisse der durchgeführten Regressionsanalysen beinhalten noch eine weitere wichtige Beobachtung: Die Gesamtgüte der beiden errechneten Modelle variiert sehr stark zwischen den beiden untersuchten Ländern. Für das deutsche Modell liegt sie nur bei knapp 40%, in Polen hingegen bei 60%. Die Auswertung der Klassifizierungstabellen zeigt, dass die Erklärungsgrößen für die Europawahlenthaltung in Deutschland noch nicht gefunden wurden. Die Europawahlbeteiligung wird mit 95% richtig zugeordneten Fällen verhältnismäßig gut erklärt, die Wahlenthaltung allerdings mit nur 37% richtig klassifizierten Fällen schlecht. Dabei handelt es sich um ein in der Forschung bereits bekanntes Problem: Die Erklärung der Europawahlenthaltung in etablierten Demokratien fällt schwer; die geeigneten Indikatoren konnten offenbar noch nicht identifiziert werden.

In der vorliegenden Arbeit ging es allerdings vielmehr um die Erklärung der Beteiligungsunterschiede zwischen neuen und alten EU-Mitgliedsstaaten, genauer zwischen Polen und Deutschland. Es konnte gezeigt werden, dass die unterschiedlichen Beteiligungsraten in den beiden Staaten durch unterschiedlich stark ausgeprägte Defizite in den Bereichen des politischen Systems und der Wahlnorm zustande kommen. Die Defizite sind in Polen - wie erwartet - stärker ausgeprägt und können so die niedrigere Wahlbeteiligung erklären. Darüber hinaus kann resümiert werden, dass die Nutzenseite der Europawahl in Polen einen stärkeren Einfluss auf die Beteiligung ausübt als in Deutschland, dort nimmt sie in der Rangordnung der Erklärungsgrößen den letzten Platz ein.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass sich die beiden untersuchten Staaten nicht grundlegend voneinander unterscheiden: Die Wahlbeteiligung wird nicht durch unterschiedliche Größen erklärt, sondern lediglich durch größere Defizite in dem neuen Mitgliedsstaat. Eine Spaltung der EU ist dementsprechend nicht zu erwarten, selbst die neuen Mitglieder erweisen sich bereits als erstaunlich europäisch. Es kann die Vermutung geäußert werden, dass sich

zumindest die großen Beteiligungsunterschiede zwischen den Staaten über die Zeit verringern werden.

Die generell niedrige Beteiligung der Bürger an der Wahl zum Europäischen Parlament lässt allerdings keinen ähnlich optimistischen Schluss zu: Der kontinuierliche Abwärtstrend des Beteiligungsniveaus scheint sich weiter fortzusetzen, dabei stellt sich die Frage, ob die Kurve weiter abfällt oder ob sie sich schließlich auf einem niedrigen Niveau einpendelt. Eine Prognose fällt schwer: Einerseits sinkt die Beteiligungsbereitschaft seit 30 Jahren immer weiter und es ist schwierig zu begründen, weshalb diese negative Entwicklung nicht weitergehen sollte; auf der anderen Seite ist kaum vorstellbar, dass die Raten noch weit unter 40% absinken bzw. bleibt dann abzuwarten, wie die Politik darauf reagieren wird. Denn in diesem Fall stellt sich zwangsläufig die Frage nach der allgemeinen Verbindlichkeit der Wahlergebnisse und deren demokratische Legitimation. Zwar hat jeder Bürger auch das Recht, sich nicht zu beteiligen, allerdings stellt sich dennoch die Frage ob und inwiefern die Europaabgeordneten legitimiert sind, wenn nur noch eine Minderheit der Bevölkerung bereit ist, diese ins Amt zu berufen. Die Politik macht es sich unter Umständen zu einfach, wenn sie die niedrige Wahlbeteiligung als Folge des Desinteresses der Bürger an Europa abtut. In der vorliegenden Arbeit kann gezeigt werden, dass Defizite auf der europäischen Ebene bestehen, die von den Politikern beseitigt werden sollten, um eine völlige Abkehr der Bürger von der europäischen Politik zu verhindern. Europa sollte sich nicht damit abfinden, ein Elitenprojekt zu bleiben, denn ohne die nötige Unterstützung der Bürger wird die weitere Entwicklung der Union schwierig und läuft Gefahr, immer wieder am Protest der Bürger zu scheitern bzw. auf harte Bestandsproben gestellt zu werden. Um dem allgemeinen Trend entgegenzuwirken, weiß Tenscher (2005: 24), „[...] bedarf es hier eines umfassenden Umdenkens seitens aller involvierten Akteure - insbesondere der wahlkämpfenden Parteien und der Massenmedien-, damit zukünftige Europawahlen ihre grenzüberschreitende, symbolische wie legitimatorische Funktion in höherem Maße erfüllen werden und einen Beitrag zur Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit leisten können.“

Appendix

1. 2009 EES VOTER SURVEY - MASTER QUESTIONNAIRE TEMPLATE [with German and Polish Response Alternatives]

Q1. What do you think is the most important problem facing COUNTRY today?
[OPEN ENDED ANSWER TO BE RECORDED VERBATIM]

77 - [REFUSED]	GO TO Q7
88 - [DK]	GO TO Q7

Q2. And what do you think is the second most important problem facing COUNTRY today?
[OPEN ENDED ANSWER TO BE RECORDED VERBATIM]

77 - [REFUSED]	GO TO Q4
88 - [DK]	GO TO Q4
99 - [NAP]	

Q3. And what do you think is the third most important problem facing COUNTRY today?
[OPEN ENDED ANSWER TO BE RECORDED VERBATIM]

77 - [REFUSED]
88 - [DK]
99 - [NAP]

Q4. Which political party do you think would be best at dealing with [answer in Q1]?
[OPEN ENDED WITH PRECODED ANSWERS]
[98 "OTHER" = OPEN ENDED ANSWER TO BE RECORDED VERBATIM]
[DO NOT READ OUT]

Germany	Poland
01 - CDU/CSU	01 - Unia Polityki Realnej
02 - SPD	02 - Polskie Stronnictwo Ludowe
03 - B90/Die Grünen	03 - Samoobrona Rzeczpospolitej Polskiej (SRP)
04 - Linke	04 - Polska Partia Pracy
05 - FDP	05 - Libertas
98 - andere Partei (bitte eintragen)	06 - Koalicyjny Komitet Wyborczy Porozumienie dla Przyszłości - CentroLewica (PD+SDPL+Zieloni 2004)
	07 - Sojusz Lewicy Demokratycznej (SLD)
	08 - Prawica Rzeczypospolitej
	09 - Platforma Obywatelska
	10 - Prawo i Sprawiedliwość
	11 - Koalicyjny Komitet Wyborczy Sojusz Lewicy Demokratycznej (SLD) - Unia Pracy (UP)
	12 - Unia Pracy (UP)
	98 - Inna (Jaka? ...)

66 - [NONE]

77 - [REFUSED]

88 - [DK]

99 - [NAP]

Q5. As of today, is (answer in Q1) mainly dealt with by the regional, national, or European level political authorities?

[DO NOT READ OUT]

1 - regional

2 - national

3 - European

7 - [REFUSED]

8 - [DK]

9 - [NAP]

Q6. And who do you think would be the most appropriate level to deal with (answer in Q1) regional, national, or European political authorities?

[DO NOT READ OUT]

1 - regional

2 - national

3 - European

7 - [REFUSED]

8 - [DK]

9 - [NAP]

Q7. In a typical week, how many days do you follow the news?

INTERVIEWER: INCLUDES NEWS ON TV, RADIO, NEWSPAPER									
[OPEN ENDED WITH PRECODED ANSWERS]									
0	1 Day	2 days	3 days	4 days	5 days	6 days	7 days	REF	DK
00	01	02	03	04	05	06	07	77	88

Q8. In a typical week, how many days do you watch the following news programmes?

[OPEN ENDED WITH PRECODED ANSWERS]

Germany	0	1 Tag	2 Tage	3 Tage	4 Tage	5 Tage	6 Tage	7 Tage	VERW	NICHT ZU- TREF- FEND
a. Tagesschau 20.00 (ARD)	00	01	02	03	04	05	06	07	77	88
b. Heute 19.00 (ZDF)	00	01	02	03	04	05	06	07	77	88
c. RTL aktuell 18.45	00	01	02	03	04	05	06	07	77	88
d. SAT1 Nachrichten (20.00)	00	01	02	03	04	05	06	07	77	88

Poland	0	1 dni	2 dni	3 dni	4 dni	5 dni	6 dni	7 dni	ODM OWA	Nie Wie
a. Wiadomości 19:30 (TVP1)	00	01	02	03	04	05	06	07	77	88
b. FAKTY 19:00 (TVN)	00	01	02	03	04	05	06	07	77	88

Q9. Is there any other channel on which you watch the news more often than these?

1 - yes

2 - no

7 - [REFUSED]

8 - [DK]

GO TO Q12

GO TO Q12

GO TO Q12

[If Q9: = Yes:]

Q10. Which one?

[OPEN ENDED WITH PRECODED ANSWERS]

DO NOT READ OUT, CODE UP TO FIVE ANSWERS
--

Germany	Poland
01 - 3 SAT	01 - TVP1
02 - ARD	02 - TVP2
03 - Arte	03 - TVP3 – regionalna
04 - Bayerisches Fernsehen	04 - Polsat
05 - BBC World	05 - TVN
06 - CNN international	06 - TV4
07 - DSF	07 - TV Polonia
08 - hessen fernsehen	08 - TVN Siedem
09 - Kabel 1	09 - TVN24
10 - MDR Fernsehen	10 - Superstacja
11 - Emetteurs régionaux et locaux francophones	
12 - TV1 (VRT)	
13 - N24	
14 - NDR-Fernsehen	
15 - n-tv	
16 - Phoenix	
17 - Premiere	
18 - ProSieben	
19 - RBB Berlin / Brandenburg	
20 - RTL	
21 - RTL II	
22 - Sat.1	
23 - Südwest Fernsehen	
24 - Super RTL	
25 - VIVA plus	
26 - VIVA-TV	
27 - VOX	
28 - WDR Fernsehen	
29 - XXP - Das Metropolenprogramm	
30 - ZDF	
31 - DMAX	

- 71 - [OTHER, SPECIFY]: _____
- 72 - [OTHER, SPECIFY]: _____
- 73 - [OTHER, SPECIFY]: _____
- 74 - [OTHER, SPECIFY]: _____
- 75 - [OTHER, SPECIFY]: _____
- 77 - [REFUSED]
- 88 - [DK]
- 99 - [NAP]

IF THE ANSWER IN Q10 IS NOT "77" OR "88" OR "99" ASK FOR ALL THE CHANNELS MENTIONED

Q11A. How many days per week do you watch the news on [ANSWER 1 IN Q10]?

0	1 Day	2 days	3 days	4 days	5 days	6 days	7 days	REF	DK	NAP
00	01	02	03	04	05	06	07	77	88	99

Q11B. How many days per week do you watch the news on [ANSWER 2 IN Q10]?

0	1 Day	2 days	3 days	4 days	5 days	6 days	7 days	REF	DK	NAP
00	01	02	03	04	05	06	07	77	88	99

Q11C. How many days per week do you watch the news on [ANSWER 3 IN Q10]?

0	1 Day	2 days	3 days	4 days	5 days	6 days	7 days	REF	DK	NAP
00	01	02	03	04	05	06	07	77	88	99

Q11D. How many days per week do you watch the news on [ANSWER 4 IN Q10]?

0	1 Day	2 days	3 days	4 days	5 days	6 days	7 days	REF	DK	NAP
00	01	02	03	04	05	06	07	77	88	99

Q11E. How many days per week do you watch the news on [ANSWER 5 IN Q10]?

0	1 Day	2 days	3 days	4 days	5 days	6 days	7 days	REF	DK	NAP
00	01	02	03	04	05	06	07	77	88	99

ASK ALL

Q12. In a typical week, how many days do you read the following newspapers?
[OPEN ENDED WITH PRECODED ANSWERS]

Germany	0	1 Tag	2 Tage	3 Tage	4 Tage	5 Tage	6 Tage	7 Tage	VERW	NICHT ZU-TREF-FEND
	a. Bild	00	01	02	03	04	05	06	07	77
b. FAZ	00	01	02	03	04	05	06	07	77	88
c. SZ	00	01	02	03	04	05	06	07	77	88

Poland	0	1 dni	2 dni	3 dni	4 dni	5 dni	6 dni	7 dni	ODM OWA	Nie Wie
	a. Rzeczpospolita	00	01	02	03	04	05	06	07	77
b. Gazeta Wyborcza	00	01	02	03	04	05	06	07	77	88
c. Fakt	00	01	02	03	04	05	06	07	77	88

Q13. Is there any other newspaper that you read more frequently than these?
[DO NOT READ OUT]

1 - yes

2 - no

7 - [REFUSED]

8 - [DK]

GO TO Q16

GO TO Q16

GO TO Q16

[If Q13: = Yes:]

Q14. Which one?

[OPEN ENDED WITH PRECODED ANSWERS]

[DO NOT READ OUT, CODE UP TO FIVE ANSWERS]

Germany	Poland
01 - Die Tageszeitung (taz)	01 - Nasz Dziennik
02 - Die Welt	02 - Super Express
03 - Financial Times Deutschland (FTD)	03 - Trybuna
04 - Frankfurter Rundschau (FR)	04 - DZIENNIK Polska Europa Świat
05 - Handelsblatt	05 - Polska The Times
06 - Tagesspiegel	

71 - [OTHER, SPECIFY]: _____

72 - [OTHER, SPECIFY]: _____

73 - [OTHER, SPECIFY]: _____

74 - [OTHER, SPECIFY]: _____

75 - [OTHER, SPECIFY]: _____

77 - [REFUSED]

88 - [DK]

99 - [NAP]

IF THE ANSWER IN Q14 IS NOT "77" OR "88" OR "99" ASK FOR ALL THE NEWSPAPERS MENTIONED

Q15A. How many days per week do you read [ANSWER 1 IN Q14]?

0	1 Day	2 days	3 days	4 days	5 days	6 days	7 days	REF	DK	NAP
00	01	02	03	04	05	06	07	77	88	99

Q15B. How many days per week do you read [ANSWER 2 IN Q14]?

0	1 Day	2 days	3 days	4 days	5 days	6 days	7 days	REF	DK	NAP
00	01	02	03	04	05	06	07	77	88	99

Q15C. How many days per week do you read [ANSWER 3 IN Q14]?

0	1 Day	2 days	3 days	4 days	5 days	6 days	7 days	REF	DK	NAP
00	01	02	03	04	05	06	07	77	88	99

Q15D. How many days per week do you read [ANSWER 4 IN Q14]?

0	1 Day	2 days	3 days	4 days	5 days	6 days	7 days	REF	DK	NAP
00	01	02	03	04	05	06	07	77	88	99

Q15E. How many days per week do you read [ANSWER 5 IN Q14]?

0	1 Day	2 days	3 days	4 days	5 days	6 days	7 days	REF	DK	NAP
00	01	02	03	04	05	06	07	77	88	99

ASK ALL

Q16-Q20. How often did you do any of the following during the four weeks before the European election?
How often did you:

[READ OUT]

	often	some-times	never	REF	DK
Q16. watch a program about the election on television?	1	2	3	7	8
Q17. read about the election in a newspaper?	1	2	3	7	8
Q18. talk to friends or family about the election?	1	2	3	7	8
Q19. attend a public meeting or rally about the election?	1	2	3	7	8
Q20. look into a website concerned with the election?	1	2	3	7	8

Q21. Have you ever been contacted by a candidate or party organisation during the election campaign in any of the following ways?

[READ OUT FROM 'A' TO 'H']

	Contacted	Not contacted	REF	DK
a. Email	1	2	7	8
b. Internet networking contact such as MySpace, LinkedIn, Facebook	1	2	7	8
c. Telephone	1	2	7	8
d. Direct mail	1	2	7	8
e. Flyer through the post	1	2	7	8
f. Face to face (calling at your home)	1	2	7	8
g. Face to face (in the street)	1	2	7	8
h. Other personal contacts in meetings, association	1	2	7	8
i. Never been contacted	1	2	7	8

Q22. There are websites offering advice on how to vote in the European Parliament elections on the basis of your ideas, values and policy preferences.

a. In the weeks before the European Parliament elections, did you visit such a website?

1 - yes

2 - no

7 - [REFUSED]

8 - [DK]

GO TO Q23

GO TO Q23

GO TO Q23

[IF Q22: a=YES]

b. What was the name of this website?

DO NOT READ OUT, OPEN ENDED ANSWER TO BE RECORDED VERBATIM, CODE ONLY "EU-PROFILER" AS '01'

- 01 - EU-PROFILER
- 02 - OTHER, SPECIFY: _____
- 03 - OTHER, SPECIFY: _____
- 04 - OTHER, SPECIFY: _____
- 05 - OTHER, SPECIFY: _____
- 06 - OTHER, SPECIFY: _____
- 77 - [REFUSED]
- 88 - [DK]
- 99 - [NAP]

Q23. Thinking back to just before the elections for the European Parliament were held, how interested were you in the campaign for those elections: very, somewhat, a little, or not at all?

[DO NOT READ OUT]

- 1 - very
- 2 - somewhat
- 3 - a little
- 4 - not at all
- 7 - [REFUSED]
- 8 - [DK]

Q24. A lot of people abstained in the European Parliament elections of June 4, while others voted. Did you cast your vote?

[DO NOT READ OUT]

- 1 - yes, voted
- 2 - no, did not vote GO TO Q26
- 7 - [REFUSED] GO TO Q26
- 8 - [DK] GO TO Q26

[If Q24: = YES]

Q25. Which party did you vote for?

[OPEN ENDED ANSWER, DO NOT READ OUT, ONLY ONE ANSWER IS POSSIBLE]

INTERVIEWER: If R voted for a joint list/coalition (of two or more parties) and the parties on that joint list are included separately among the answer options, ask whether R preferred one of those parties in particular and, if so, code separate party instead of list.

Germany	Poland
01 - CDU/CSU	01 - Unia Polityki Realnej
02 - SPD	02 - Polskie Stronnictwo Ludowe
03 - B90/Die Grünen	03 - Samoobrona Rzeczypospolitej Polskiej (SRP)
04 - Linke	04 - Polska Partia Pracy
05 - FDP	05 - Libertas
	06 - Koalicyjny Komitet Wyborczy Porozumienie dla Przyszłości - CentroLewica (PD+SDPL+Zieloni 2004)
	07 - Sojusz Lewicy Demokratycznej (SLD)
	08 - Prawica Rzeczypospolitej
	09 - Platforma Obywatelska
	10 - Prawo i Sprawiedliwość
	11 - Koalicyjny Komitet Wyborczy Sojusz Lewicy Demokratycznej (SLD) - Unia Pracy (UP)
	12 - Unia Pracy (UP)

20 - [OTHER, SPECIFY]: _____

77 - [REFUSED]

88 - [DK]

94 - [voted blank]

95 - [spoiled vote]

96 - [did not vote]

99 - [NAP]

[If Q24: = No]

Q26. If you had voted in the European Parliament elections, which party would you have voted for?

[OPEN ENDED ANSWER, DO NOT READ OUT, ONLY ONE ANSWER IS POSSIBLE]

INTERVIEWER: If R voted for a joint list/coalition (of two or more parties) and the parties on that joint list are included separately among the answer options, ask whether R preferred one of those parties in particular and, if so, code separate party instead of list.

Germany	Poland
01 - CDU/CSU	01 - Unia Polityki Realnej
02 - SPD	02 - Polskie Stronnictwo Ludowe
03 - B90/Die Grünen	03 - Samoobrona Rzeczypospolitej Polskiej (SRP)
04 - Linke	04 - Polska Partia Pracy
05 - FDP	05 - Libertas
	06 - Koalicyjny Komitet Wyborczy Porozumienie dla Przyszłości - CentroLewica (PD+SDPL+Zieloni 2004)
	07 - Sojusz Lewicy Demokratycznej (SLD)
	08 - Prawica Rzeczypospolitej
	09 - Platforma Obywatelska
	10 - Prawo i Sprawiedliwość
	11 - Koalicyjny Komitet Wyborczy Sojusz Lewicy Demokratycznej (SLD) - Unia Pracy (UP)
	12 - Unia Pracy (UP)

20 - [OTHER, SPECIFY]: _____

77 - [REFUSED]

88 - [DK]

94 - [would have voted blank]

95 - [would have spoiled vote]

96 - [would have not vote]

99 - [NAP]

Q27. Which party did you vote for at the General Election of (ELECTION YEAR COUNTRY)?

[OPEN ENDED ANSWER, DO NOT READ OUT, ONLY ONE ANSWER IS POSSIBLE]

INTERVIEWER: If R voted for a joint list/coalition (of two or more parties) and the parties on that joint list are included separately among the answer options, ask whether R preferred one of those parties in particular and, if so, code separate party instead of list.

Germany	Poland
01 - CDU/CSU	01 - Liga Polskich Rodzin (LPR)
02 - SPD	02 - Prawo i Sprawiedliwość
03 - B90/Die Grünen	03 - Platforma Obywatelska
04 - Linke	04 - Polskie Stronnictwo Ludowe
05 - FDP	05 - Samoobrona Rzeczpospolitej Polskiej (SRP)
	06 - Lewica i Demokraci SLD+SDPL+PD+UP
	07 - Sojusz Lewicy Demokratycznej (SLD)
	08 - Unia Pracy (UP)

20 - [OTHER, SPECIFY]: _____

77 - [REFUSED]

88 - [DK]

93 - [Was not eligible/old enough]

94 - [voted blank]

95 - [spoiled vote]

96 - [did not vote]

Q28. And if there was a general election tomorrow, which party would you vote for?
[OPEN ENDED ANSWER, DO NOT READ OUT, ONLY ONE ANSWER IS POSSIBLE]

INTERVIEWER: If R voted for a joint list/coalition (of two or more parties) and the parties on that joint list are included separately among the answer options, ask whether R preferred one of those parties in particular and, if so, code separate party instead of list.

Germany	Poland
01 - CDU/CSU	01 - Unia Polityki Realnej
02 - SPD	02 - Polskie Stronnictwo Ludowe
03 - B90/Die Grünen	03 - Samoobrona Rzeczpospolitej Polskiej (SRP)
04 - Linke	04 - Polska Partia Pracy
05 - FDP	05 - Libertas
	06 - Koalicyjny Komitet Wyborczy Porozumienie dla Przyszłości - CentroLewica (PD+SDPL+Zieloni 2004)
	07 - Sojusz Lewicy Demokratycznej (SLD)
	08 - Prawica Rzeczypospolitej
	09 - Platforma Obywatelska
	10 - Prawo i Sprawiedliwość
	11 - Koalicyjny Komitet Wyborczy Sojusz Lewicy Demokratycznej (SLD) - Unia Pracy (UP)
	12 - Unia Pracy (UP)

20 - [OTHER, SPECIFY]: _____

77 - [REFUSED]

88 - [DK]

94 - [would vote blank]

95 - [would spoil vote]

96 - [would not vote]

ASK ALL

Q29-Q38. Now I would like to ask you some questions about how much responsibility the COUNTRY government and the European Union have for some of the things going on in COUNTRY. Of course, you may think that neither is responsible. First, thinking about the economy, how responsible is the COUNTRY government for economic conditions in COUNTRY? Please indicate your views using any number on a scale from 0 to 10, where 0 means “no responsibility” and 10 means “full responsibility”.

[READ OUT]

	0 No responsibility	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10 Full responsibility	REF	DK
Q29. First, thinking about the economy, how responsible is the COUNTRY government for economic conditions in COUNTRY?	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88
Q30. And what about the European Union, how responsible is the EU for economic conditions in COUNTRY?	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88
Q31. Second, thinking about health care, how responsible is the COUNTRY government for the standard of health care in COUNTRY?	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88
Q32. And what about the European Union, how responsible is the EU for the standard of health care in COUNTRY?	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88

Q33. Third, thinking about immigration, how responsible is the COUNTRY government for levels of immigration in COUNTRY?	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88
Q34. And what about the European Union, how responsible is the EU for levels of immigration in COUNTRY?	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88
Q35. Fourth, thinking about the interest rates, how responsible is the COUNTRY government for setting interest rates in COUNTRY?	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88
Q36. And what about the European Union, how responsible is the EU for setting interest rates in COUNTRY?	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88
Q37. Finally, thinking about climate change, how responsible is the COUNTRY government for dealing with climate change in COUNTRY?	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88
Q38. And what about the European Union, how responsible is the EU dealing with climate change in COUNTRY?	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88

Q39. We have a number of parties in COUNTRY each of which would like to get your vote. How probable is it that you will ever vote for the following parties? Please specify your views on a scale where 0 means “not at all probable” and 10 means “very probable”.

INTERVIEWER: ROTATE - START THE ROTATION ACCORDING TO THE ROTATION LIST, MARK THE STARTING POINT OF THE ROTATION BY “R”, CONTINUE TO READ OUT THE ITEMS FROM THE ROTATION STARTING POINT DOWNWARDS - READ OUT ALL THE ITEMS

If you think of (Party X): what mark out of ten best describes how probable it is that you will ever vote for (Party X)?

Question repeated for all parties in the list

And (Party Y): what mark from 0 to ten best describes how probable it is that you will ever vote for (Party Y)?

If R does not know a party code 88 "Don't know party" or R is unable to place a party please code 89 "Don't know where to place party"

	0 not at all probable	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10 very probable	REF	Don't know party	Don't know where to place party
--	-----------------------	---	---	---	---	---	---	---	---	---	------------------	-----	------------------	---------------------------------

	0 sehr unwahrscheinlich	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10 sehr wahrscheinlich	VERW	Kennt die Partei nicht	Kann die Partei nicht einordnen
Germany														
a. CDU/CSU	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
b. SPD	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
c. B90/Die Grünen	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
d. Linke	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
e. FDP	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89

Poland	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	REF	Don't know party	Don't know where party to place
a. Polskie Stronnictwo Ludowe	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
b. Libertas	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
c. Koalicyjny Komitet Wyborczy Porozumienia Przyszłości - CentroLewica (PD+SDPL+Zieloni 2004)	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
d. Sojusz Lewicy Demokratycznej (SLD)	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
e. Platforma Obywatelska	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
f. Prawo i Sprawiedliwość	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89

Q40-Q45: For each of the following propositions, please indicate whether you agree or disagree with the following statements.

“The European Parliament takes into consideration the concerns of European citizens” Do you ‘strongly agree’, ‘agree’, ‘neither agree nor disagree’, ‘disagree’ or ‘strongly disagree’?

[READ OUT]

	strongly agree	agree	neither agree nor disagree	disagree	strongly disagree	REF	DK
Q40. “The European Parliament takes into consideration the concerns of European citizens”	1	2	3	4	5	7	8
Q41. You trust the institutions of the European Union	1	2	3	4	5	7	8

Q42. It is very important for you which particular candidates win seats and become MEPs in the European Parliament elections	1	2	3	4	5	7	8
Q43. It is very important for you which particular political party gained the most seats in the European Parliament elections	1	2	3	4	5	7	8
Q44. The COUNTRY Parliament takes into consideration the concerns of COUNTRY citizens	1	2	3	4	5	7	8
Q45. It is very important for you which particular political party gained the most seats in the COUNTRY Parliament elections	1	2	3	4	5	7	8

Q46: In political matters people talk of “the left” and “the right”. What is your position? Please indicate your views using any number on a scale from 0 to 10, where 0 means “left” and 10 means “right”. Which number best describes your position?

0 left	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10 right	REF 77	DK 88
-----------	---	---	---	---	---	---	---	---	---	-------------	-----------	----------

Q47. And about where would you place the following parties on this scale?

INTERVIEWER: ROTATE - START THE ROTATION ACCORDING TO THE ROTATION LIST, MARK THE STARTING POINT OF THE ROTATION BY “R”, CONTINUE TO READ OUT THE ITEMS FROM THE ROTATION STARTING POINT DOWNWARDS - READ OUT ALL THE ITEMS

How about the (Party X)? Which number from 0 to 10, where 0 means “left” and 10 means “right” best describes (Party X)?

Question repeated for all parties in the list

And for (Party Y)?

If R does not know a party code 88 “Don’t know party” or R is unable to place a party please code 89 “Don’t know where to place party”

	0 left	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10 right	REF	Don't know party	Don't know where to place party
--	--------	---	---	---	---	---	---	---	---	---	----------	-----	------------------	---------------------------------

Germany	0 links	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10 rechts	VER W	Kennt die Partei nicht	Kann die Partei nicht einordnen
a. CDU/CSU	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
b. SPD	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
c. B90/Die Grünen	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
d. Linke	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
e. FDP	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89

Poland	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	REF	Don't know party	Don't know where party to place party
a. Polskie Stron-nictwo Ludowe	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
b. Libertas	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
c. Koalicyjny Komitet Wyborczy Porozmienia-Przyszłości - Centro Lewica (PD+SDPL+Zieloni 2004)	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
d. Sojusz Lewicy Demokratycznej (SLD)	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
e. Platforma Obywatelska	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
f. Prawoi Sprawiedliwość	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89

Q48. What do you think about the economy? Compared to 12 months ago, do you think that the general economic situation in COUNTRY is

[READ OUT]

- 1 - a lot better
- 2 - a little better
- 3 - stayed the same
- 4 - a little worse or
- 5 - a lot worse
- 7 - [REFUSED]
- 8 - [DK]

Q49. And over the next 12 months, how do you think the general economic situation in this COUNTRY will be? Will it...

[READ OUT]

- 1 - get a lot better
- 2 - a little better
- 3 - stay the same
- 4 - a little worse or
- 5 - get a lot worse
- 7 - [REFUSED]
- 8 - [DK]

Q50. And over the last 12 months, has the standard of health care in COUNTRY got a lot better, a little better, stayed about the same, got a little worse or got a lot worse?

[DO NOT READ OUT]

- 1 - a lot better
- 2 - a little better
- 3 - stayed the same
- 4 - a little worse
- 5 - a lot worse
- 7 - [REFUSED]
- 8 - [DK]

Q51. And over the last 12 months, has immigration in COUNTRY increased a lot, increased a little, stayed the same, decreased a little or decreased a lot?

[DO NOT READ OUT]

- 1 - increased a lot
 - 2 - increased a little
 - 3 - stayed the same
 - 4 - decreased a little
 - 5 - decreased a lot
 - 7 - [REFUSED]
 - 8 - [DK]
- GO TO Q53
- GO TO Q53
- GO TO Q53

[IF Q51: NOT '3' OR '7' OR '8']

Q52. In your opinion, is this a change for the better or the worse?

[DO NOT READ OUT]

- 1 - Better
- 2 - Worse
- 7 - [REFUSED]
- 8 - [DK]

Q53. And over the last 12 months, have interest rates in COUNTRY increased a lot, increased a little, stayed the same, decreased a little or decreased a lot?

[DO NOT READ OUT]

- 1 - increased a lot
- 2 - increased a little
- 3 - stayed the same GO TO Q55
- 4 - decreased a little
- 5 - decreased a lot
- 7 - [REFUSED] GO TO Q55
- 8 - [DK] GO TO Q55

[IF Q53: NOT '3' OR '7' OR '8']

Q54. In your opinion, is this a change for the better or the worse?

[DO NOT READ OUT]

- 1 - Better
- 2 - Worse
- 7 - [REFUSED]
- 8 - [DK]

Q55. Finally, over the last 12 months, has climate change in COUNTRY become a lot more of a problem, a little more of a problem, is about the same, has become a little less of a problem or a lot less of a problem.

[DO NOT READ OUT]

- 1 - a lot more of a problem
- 2 - a little more of a problem
- 3 - stayed the same
- 4 - a little less of a problem
- 5 - a lot less of a problem
- 7 - [REFUSED]
- 8 - [DK]

Q56-Q67. Now I will read out some statements to you. For each of the following statements, please tell me to what degree you agree or disagree with each statement. Do you 'strongly agree', 'agree', 'neither agree nor disagree', 'disagree' or 'strongly disagree'?

INTERVIEWER: ROTATE – START THE ROTATION ACCORDING TO THE ROTATION LIST, MARK THE STARTING POINT OF THE ROTATION BY "R", CONTINUE TO READ OUT THE ITEMS FROM THE ROTATION STARTING POINT DOWNWARDS– READ OUT ALL THE ITEMS

	strongly agree	agree	neither agree nor disagree	disagree	strongly disagree	REF	DK
Q56. Immigrants should be required to adapt to the customs of COUNTRY.	1	2	3	4	5	7	8
Q57. Private enterprise is the best way to solve COUNTRY's economic problems	1	2	3	4	5	7	8
Q58. Same-sex marriages should be prohibited by law.	1	2	3	4	5	7	8
Q59. Major public services and industries ought to be in state ownership..	1	2	3	4	5	7	8
Q60. Women should be free to decide on matters of abortion	1	2	3	4	5	7	8
Q61. Politics should abstain from intervening in the economy	1	2	3	4	5	7	8
Q62. People who break the law should be given much harsher sentences than they are these days.	1	2	3	4	5	7	8
Q63. Income and wealth should be redistributed towards ordinary people	1	2	3	4	5	7	8
Q64. Schools must teach children to obey authority.	1	2	3	4	5	7	8
Q65. EU treaty changes should be decided by referendum	1	2	3	4	5	7	8
Q66. A woman should be prepared to cut down on her paid work for the sake of her family.	1	2	3	4	5	7	8
Q67. Immigration to COUNTRY should be decreased significantly.	1	2	3	4	5	7	8

Q68-Q72. Next, I'd like your opinion on the influence government and European Union policies have had on some issues over the last 12 months.

[READ OUT]

	had a positive influence	a negative influence	no influence	REF	DK
Q68. Do you think COUNTRY government policies have had a positive influence, a negative influence or no influence on economic conditions in COUNTRY?	1	2	3	7	8
Q69. And, do you think COUNTRY government policies have had a positive influence, a negative influence or no influence on the standard of health care in COUNTRY?	1	2	3	7	8
Q70. And, do you think COUNTRY government policies have had a positive influence, a negative influence or no influence on levels of immigration in COUNTRY?	1	2	3	7	8
Q71. And, do you think COUNTRY government policies have had a positive influence, a negative influence or no influence on interest rates in COUNTRY?	1	2	3	7	8
Q72. And finally, do you think COUNTRY government policies have had a positive influence, a negative influence or no influence on climate change in COUNTRY?	1	2	3	7	8

Q73-Q77. And now, do you think European Union policies have had a positive influence, a negative influence or no influence on:

[READ OUT]

	had a positive influence	a negative influence	no influence	REF	DK
Q73. economic conditions in COUNTRY?	1	2	3	7	8
Q74. And, do you think EU policies have had a positive influence, a negative influence or no influence on the standard of health care in COUNTRY?	1	2	3	7	8
Q75. And, do you think EU policies have had a positive influence, a negative influence or no influence on levels of immigration in COUNTRY?	1	2	3	7	8
Q76. And, do you think EU policies have had a positive influence, a negative influence or no influence on interest rates in COUNTRY?	1	2	3	7	8

Q77. And finally, do you think EU policies have had a positive influence, a negative influence or no influence on climate change in COUNTRY?	1	2	3	7	8
---	---	---	---	---	---

Q78. To what extent would you say you are interested in politics? Very, somewhat, a little, or not at all?

[DO NOT READ OUT]

1 - very

2 - somewhat

3 - a little

4 - not at all

7 - [REFUSED]

8 - [DK]

Q79. Generally speaking, do you think that COUNTRY's membership of the European Union is a good thing, a bad thing, or neither good nor bad?

[DO NOT READ OUT]

1 - good thing

2 - bad thing

3 - neither

7 - [REFUSED]

8 - [DK]

Q80. Some say European unification should be pushed further. Others say it already has gone too far. What is your opinion? Please indicate your views using a scale from 0 to 10, where 0 means unification 'has already gone too far' and 10 means it 'should be pushed further'. What number on this scale best describes your position?

0 unification has already gone too far	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10 unification should be pushed further	REF	DK
00	01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	77	88

Q81. And about where would you place the following parties on this scale?

INTERVIEWER: ROTATE – START THE ROTATION ACCORDING TO THE ROTATION LIST, MARK THE STARTING POINT OF THE ROTATION BY "R", CONTINUE TO READ OUT THE ITEMS FROM THE ROTATION STARTING POINT DOWNWARDS– READ OUT ALL THE ITEMS

How about the (Party X)? Which number from 0 to 10, where 0 means "already gone too far" and 10 means "should be pushed further" best describes (party X)?

Question repeated for all parties in the list

And for (Party Y)?

If R does not know a party code '88' Don't know party or if R is unable to place a party please code '89' "Don't know where to place party".

	0 unification has already gone too far	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10 unification should be pushed further	REF	Don't know party	Don't know where to place party
--	--	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	-----	------------------	---------------------------------

Germany	0 die europäische Einigung ist schon zu weit gegangen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10 die europäische Einigung sollte weiter vorangetrieben werden	VERW	Kennt die Partei nicht	Kann die Partei nicht einordnen
a. CDU/CSU	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
b. SPD	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
c. B90/Die Grünen	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
d. Linke	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
e. FDP	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89

Poland	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	REF	Don't know party	Don't know where to place party
a. Polskie Stronnictwo Ludowe	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
b. Libertas	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
c. Koalicyjny Komitet Wyborczy Porozumienia Przyszłości - Centro Lewica (PD+SDPL+Zieloni 2004)	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89

d. Sojusz Lewicy Demokratycznej (SLD)	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
e. Platforma Obywatelska	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89
f. Prawo i Sprawiedliwość	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88	89

Q82. Do you see yourself as..

[READ OUT]

- 1 - COUNTRY only
- 2 - COUNTRY and European
- 3 - European and COUNTRY
- 4 - European only
- 7 - [REFUSED]
- 8 - [DK]

Q83. In general, do you think that enlargement of the European Union would be a good thing, a bad thing, or neither good nor bad?

[DO NOT READ OUT]

- 1 - a good thing
- 2 - a bad thing
- 3 - neither good nor bad
- 7 - [REFUSED]
- 8 - [DK]

Q84. On the whole, how satisfied are you with the way democracy works in COUNTRY? Are you

[READ OUT]

- 1 - very satisfied
- 2 - fairly satisfied
- 3 - not very satisfied or
- 4 - not at all satisfied
- 7 - [REFUSED]
- 8 - [DK]

Q85. And how satisfied are you, on the whole, with the way democracy works in the European Union?

[READ OUT]

- 1 - very satisfied
- 2 - fairly satisfied
- 3 - not very satisfied or
- 4 - not at all satisfied
- 7 - [REFUSED]
- 8 - [DK]

Q86. Let us now come back to COUNTRY. Do you approve or disapprove of the government's record todate?

[DO NOT READ OUT]

- 1 - approve
- 2 - disapprove
- 7 - [REFUSED]
- 8 - [DK]

Q87. Do you consider yourself to be close to any particular party? If so, which party do you feel close to?

[OPEN ENDED ANSWER, DO NOT READ OUT, ONLY ONE ANSWER IS POSSIBLE]

INTERVIEWER: If R choosing a joint list/coalition (of two or more parties) and the parties on that joint list are included separately among the answer options, ask whether R preferred one of those parties in particular and, if so, code separate party instead of list.

00 - no, does not feel close to any party GO TO Q89

20 - [OTHER, SPECIFY]: _____

77 - [REFUSED] GO TO Q89

88 - [DK] GO TO Q89

Q88. Do you feel yourself to be very close to this party, fairly close, or merely a sympathiser?

[DO NOT READ OUT]

- 1 - very close
- 2 - fairly close
- 3 - merely a sympathiser
- 7 - [REFUSED]
- 8 - [DK]
- 9 - [NAP]

[if R does not feel close to a party (Q87: = 0 or Q87: = DK or Refused)]

Q89. Do you feel yourself a little closer to one of the political parties than others?

[DO NOT READ OUT]

- 1 - yes
- 2 - no GO TO Q91
- 7 - [REFUSED] GO TO Q91
- 8 - [DK] GO TO Q91
- 9 - [NAP] GO TO Q91

[if Q89: = Yes]

Q90. Which party is that?

[OPEN ENDED ANSWER, DO NOT READ OUT, ONLY ONE ANSWER IS POSSIBLE]

INTERVIEWER: If R choosing a joint list/coalition (of two or more parties) and the parties on that joint list are included separately among the answer options, ask whether R preferred one of those parties in particular and, if so, code separate party instead of list.

Germany	Poland
01 - CDU/CSU	01 - Unia Polityki Realnej
02 - SPD	02 - Polskie Stronnictwo Ludowe
03 - B90/Die Grünen	03 - Samoobrona Rzeczypospolitej Polskiej (SRP)
04 - Linke	04 - Polska Partia Pracy
05 - FDP	05 - Libertas
	06 - Koalicyjny Komitet Wyborczy Porozumienie dla Przyszłości - CentroLewica (PD+SDPL+Zieloni 2004)
	07 - Sojusz Lewicy Demokratycznej (SLD)
	08 - Prawica Rzeczypospolitej
	09 - Platforma Obywatelska
	10 - Prawo i Sprawiedliwość
	11 - Koalicyjny Komitet Wyborczy Sojusz Lewicy Demokratycznej (SLD) - Unia Pracy (UP)
	12 - Unia Pracy (UP)

20 - [OTHER, SPECIFY]: _____

77 - [REFUSED]

88 - [DK]

99 - [NAP]

Q91. How much confidence do you have that decisions made by the European Union will be in the interest of COUNTRY?

[READ OUT]

1 - a great deal of confidence

2 - a fair amount

3 - not very much or

4 - no confidence at all

7 - [REFUSED]

8 - [DK]

Q92-Q98. Now some questions about the European Union and COUNTRY. For these questions, I am going to read out some statements. For each one, could you please tell me whether you believe they are true or false? If you don't know, just say so and we will skip to the next one.

INTERVIEWER: ROTATE – START THE ROTATION ACCORDING TO THE ROTATION LIST, MARK THE STARTING POINT OF THE ROTATION BY “R”, CONTINUE TO READ OUT THE ITEMS FROM THE ROTATION STARTING POINT DOWNWARDS– READ OUT ALL THE ITEMS

	true	false	REF	DK
Q92. Switzerland is a member of the EU	1	2	7	8
Q93. The European Union has 25 member states	1	2	7	8
Q94. Every country in the EU elects the same number of representatives to the European Parliament.	1	2	7	8
Q95. Every six months, a different Member State becomes president of the Council of the European Union	1	2	7	8
Q96. The British Secretary of State for Children, schools and families is Ed Balls. Germany: Die Bundesministerin für Bildung und Forschung heißt Annette Schavan Poland: Polskim Ministrem Edukacji jest Katarzyna Hall	1	2	7	8
Q97. Individuals must be 25 or older to stand as candidates in British general elections. Germany: Um bei Bundestagswahlen zu kandidieren, muß man mindestens 25 Jahre alt sein. Poland: Tylko osoby powyżej 25 roku życia mogą w Polsce kandydować w wyborach do sejmu.	1	2	7	8
Q98. There are 969 members of the British House of Commons Germany: Der Deutsche Bundestag hat 921 Mitglieder Poland: W Polskim parlamencie zasiada 690 parlamentarzystów	1	2	7	8

Q99. Are you yourself a member of a trade union or is anyone else in your household a member of a trade union?

[DO NOT READ OUT]

1 - yes, I am

2 - yes, someone else is

3 - yes I am and someone else in the household is

4 - no

7 - [REFUSED]

8 - [DK]

Q100. How old were you when you stopped full-time education?

[OPEN ENDED]

[][] (age in years, 2 digits)

98 - still studying

77 - [REFUSED]

88 - [DK]

Q101. What is the highest level of education you have completed in your education?

INTERVIEWER: 'completed' means diploma or certificate awarded, or examination passed

[OPEN ENDED WITH PRECODED ANSWERS] [ONLY ONE ANSWER IS POSSIBLE]

INTERVIEWER: consult with respondent to confirm code

- 01 - No qualifications, and left school before the age of 11
- 02 - No qualifications, and left school between the ages of 11 and 14 inclusive
- 03 - No qualifications, and left school after the age of 14
- 04 - One or more of the following: •NVQ Level 1 •GNVQ or GSVQ Foundation Level •BTEC or SCOTVEC First or General Certificate •RSA Levels 1-3 •City & Guilds Part 1 •YT or YTP Certificate •Other equivalent qualification
- 05 - One or more of the following: •NVQ Level 2 •GNVQ Intermediate Level •BTEC or SCOTVEC First or General Diploma •RSA Diploma •City & Guilds Part 2 •Other equivalent qualification
- 06 - One or more of the following: •One or more CSEs below Grade 1 •one or more GCSEs below Grade C •One or more O Levels •One or more GCSEs Grades A-C or equivalent •Other equivalent qualification
- 07 - One or more A Levels or AS Levels •One or more SCE Higher Grade •Scottish Certificate of Sixth Year Studies •Other equivalent qualification
- 08 - NVQ Level 3 •GNVQ or GSVQ Advanced Level •Other equivalent qualification
- 09 - Higher Education Access Course, or equivalent qualification
- 10 - NVQ Level 4 •HNC or HND •Diploma in Higher Education •Teaching qualification, e.g. Teaching Certificate, PGCE •Nursing qualification •RSA Higher Diploma •Other equivalent qualification
- 11 - NVQ Level 5, or equivalent qualification
- 12 - First degree: BA or BSc, or equivalent qualification
- 13 - Higher degree, e.g. MA, MBA, MSc, Mphil or equivalent qualification
- 14 - Doctorate: PhD or DPhil
- 71 - [OTHER, SPECIFY]: _____
- 77 - [REFUSED]
- 88 - [DK]

Germany	Poland
01 - Zur Zeit Schüler(in), besuche eine allgemeinbildende Vollzeitschule [A]	01 - niepełne podstawowe
02 - Schule beendet ohne Abschluss [B]	02 - podstawowe
03 - Volks-/Hauptschulabschluss [C]	03 - gimnazjalne
04 - Mittlere Reife / Realschulreife, Fachschulreife [D]	04 - zasadnicze zawodowe
05 - Polytechnische Oberschule mit Abschluss 8. oder 9. Klasse [E]	05 - niepełne średnie (niepełne licealne)
06 - Polytechnische Oberschule mit Abschluss 10. Klasse [F]	06 - średnie (licealne) ogólnokształcące
07 - Fachhochschulreife, fachgebundene Hochschulreife, Abschluss einer Fachoberschule [G]	07 - średnie (licealne) zawodowe
08 - Abitur, allgemeine Hochschulreife, erweiterte Oberschule mit Abschluss 12. Klasse (Hochschulreife) [H]	08 - pomaturalne (policealne)
	09 - niepełne wyższe (bez żadnego dyplomu)
	10 - Wyższe licencjackie lub zawodowe (bez magisterium)
	11 - wyższe magisterskie (Magister)
	12 - studia doktoranckie (Doktor)

ASK ALL

Q102. Are you ...

[READ OUT]

1 - male

2 - female

7 - [REFUSED]

Q103. What year were you born?

[OPEN ENDED]

[][][][] (record year of birth (4 digits))

7777 - [REFUSED]

Q104. Were both of your parents born in the COUNTRY?

[DO NOT READ OUT]

1 - yes

GO TO Q108

2 - no

7 - [REFUSED]

GO TO Q108

8 - [DK]

GO TO Q108

[If Q104: =2 NO:]

[OPEN ENDED ANSWER TO BE RECORDED VERBATIM]

Q105. In which country was your mother born? _____

77 - [REFUSED]

88 - [DK]

99 - [NAP]

[If Q104: =2 NO:]

[OPEN ENDED ANSWER TO BE RECORDED VERBATIM]

Q106. In which country was your father born? _____

77 - [REFUSED]

88 - [DK]

99 - [NAP]

[If Q104: =2 NO:]

[OPEN ENDED ANSWER TO BE RECORDED VERBATIM]

Q107. In which country were you born? _____

77 - [REFUSED]

88 - [DK]

99 - [NAP]

ASK ALL

Q108. Many people in this country consider themselves to be COUNTRY while others don't. How about you? Do you consider yourself COUNTRY or do you feel you belong to another group? Or do you perhaps see yourself as COUNTRY as well as belonging to this other group?

[DO NOT READ OUT]

1 - I see myself just as COUNTRY

2 - I belong to another group, namely [WRITE IN VERBATIM]: _____

3 - I am COUNTRY, but I also belong to another group, namely [WRITE IN VERBATIM]: _____

7 - [REFUSED]

8 - [DK]

9 - [NAP]

Q109. What is your current marital status?

[READ OUT]

1 - Married

2 - Living with partner (not married)

3 - Widowed

4 - Divorced

5 - Separated

6 - Single

7 - [REFUSED]

8 - [DK]

Q110. What is your current work situation? Are you:

[READ OUT]

- 01 - self-employed
- 02 - employed
- 03 - in school, still in education GO TO Q112
- 04 - working in the household GO TO Q112
- 05 - military service GO TO Q112
- 06 - retired
- 07 - unemployed
- 08 - other GO TO Q112
- 77 - [REFUSED] GO TO Q112
- 88 - [DK] GO TO Q112

IF Q110: = SELF-EMPLOYED, EMPLOYED, UNEMPLOYED or RETIRED

Q111. Are (were) you working in ...

[READ OUT]

- 01 - agriculture
- 02 - state industry
- 03 - private industry
- 04 - public services
- 05 - private services
- 06 - other
- 66 - [NEVER WORKED]
- 77 - [REFUSED]
- 88 - [DK]
- 99 - [NAP]

Q112.

IF ANSWER IN Q110 = SELF-EMPLOYED, EMPLOYED ASK:
IF ANSWER IN Q110 = MILITARY SERVICE and R IS PROFESSIONAL SOLDIER, ASK

And in your current job, what is your main occupation?

IF ANSWER IN Q110 = WORKING IN THE HOUSEHOLDS, MILITARY SERVICE*, RETIRED OR UNEMPLOYED (CODE 04, 05, 06, OR 07) ASK:"
*IF ANSWER IN Q110 = MILITARY SERVICE and R IS FULFILLING MANDATORY SERVICE, ASK

Please tell us about your last job, what was your main occupation?

[OPEN ENDED ANSWER TO BE RECORDED VERBATIM]

PLEASE DESCRIBE FULLY, USING TWO WORDS OR MORE. DO NOT USE INITIALS OR ABBREVIATIONS If R only mentions the name of their job, ask "and what is it you do in this job?"

Q113.

IF mode of interviewing is PHONE: interviewer to code based on Q112
INTV: consult with respondent to confirm code

[OPEN ENDED WITH PRECODED ANSWERS] [ONLY ONE ANSWER IS POSSIBLE]

Just to confirm that I understand your answer correctly, would you say that your current / last job is [NAME OF THE CODE ASSIGNED]?

If mode of interviewing is other than PHONE:

Please pick one box for your current job

INTERVIEWER: if retired/unemployed/work in household/R is fulfilling mandatory military service, ask "Please pick one box for your last job"

[INTERVIEWER: consult with respondent to confirm code]

- 01 - Professional and technical (for example: doctor, teacher, engineer, artist, accountant)
- 02 - Higher administrative (for example: banker, executive in big business, high government official, union official)
- 03 - Clerical (for example: secretary, clerk, office manager, civil servant, book-keeper)
- 04 - Sales (for example: sales manager, shop owner, shop assistant, insurance agent, buyer)
- 05 - Service (for example: restaurant owner, police officer, waitress, barber, caretaker, nurse)
- 06 - Skilled worker (for example: foreman, motor mechanic, printer, seamstress, tool and die maker, electrician)
- 07 - Semi-skilled worker (for example: bricklayer, bus driver, cannery worker, carpenter, sheet metal worker, baker)
- 08 - Unskilled worker (for example: labourer, porter, unskilled factory worker, cleaner)
- 09 - Farm worker (for example: farm labourer, tractor driver)
- 10 - Farm proprietor, farm manager
- 11 - Still in education
- 12 - I have never had a job
- 66 - [NEVER WORKED]
- 77 - [REFUSED]
- 88 - [DK]
- 99 - [NAP]

Q114. If you were asked to choose one of these five names for your social class, which would you say you belong to - the working class, the lower middle class, the middle class, the upper middle class or the upper class?

[DO NOT READ OUT]

- 1 - working class
- 2 - lower middle class
- 3 - middle class
- 4 - upper middle class
- 5 - upper class
- 6 - [other]
- 7 - [refused to be classified]
- 8 - [DK]

Q115. Would you say you live in a...

[READ OUT]

- 1 - rural area or village
- 2 - small or middle-sized town
- 3 - suburbs of large town or city
- 4 - large town or city?
- 7 - [REFUSED]
- 8 - [DK]

Q116. How long have you been living in your current residential community?

[OPEN ENDED]

- _____ years
- 777 - [REFUSED]
 - 888 - [DK]

Q117. Do you belong to a religion or religious denomination? If yes, which one?

[OPEN ENDED WITH PRECODES]

INTERVIEWER: Code 0 if respondent does not belong to religion

0 - No, do not belong to a denomination

If yes, which one?

- 1 - Roman Catholic
- 2 - Protestant
- 3 - Orthodox (Russian/Greek/etc.)
- 4 - Jew
- 5 - Muslim
- 6 - Hindu
- 7 - Buddhist
- 9 - Church of England
- 10 - Presbyterian/Church of Scotland
- 11 - Methodist
- 12 - Baptist
- 8 - other [WRITE IN VERBATIM]: _____
- 77 - [REFUSED]
- 88 - [DK]

Q118. Apart from special occasions such as weddings and funerals, how often do you attend religious services nowadays?

[READ OUT]

- 1 - several times a week
- 2 - once a week
- 3 - at least once a month
- 4 - a few times a year
- 5 - once a year or less,
- 6 - never
- 7 - [REFUSED]
- 8 - [DK]

Q119. Regardless of whether you belong to a particular religion, how religious would you say you are?

On a scale from 0 to 10, where 0 stands for “not at all religious” and 10 for “very religious”, where would you place yourself?

0 Not at all religious	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10 Very relig- ious	REF	DK
0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	77	88

Q120. Taking everything into account, at about what level is your family’s standard of living?

If you think of a scale from 1 to 7, where 1 means a poor family, 7 a rich family, and the other numbers are for the positions in between, about where would you place your family?

INTERVIEWER: refers to Respondent’s own household/family (partner and/or children)

If Respondent is single, refers to Respondent’s own standard of living

1 poor family	2	3	4	5	6	7 rich family	REF	DK
1	2	3	4	5	6	7	77	88

2. Operationalisierung

Benennung der Indikatoren	Frageformulierung/Antwortkategorien	Umkodierung
Wahlbeteiligung	<p>Q24: A lot of people abstained in the European Parliament elections of June 4, while others voted. Did you cast your vote?</p> <p>1 Yes, voted; 2 No, did not vote</p>	<p>0=Nichtwahl 1=Wahl</p> <p>(1=1; 2=0; 7,8=sy-smis)</p>
Kandidaten_im_EP	<p>Q42: It is very important for you which particular candidates win seats and become MEPs in the European Parliament elections.</p> <p>1 Strongly agree; 2 Agree; 3 Neither agree nor disagree; 4 Disagree; 5 Strongly Disagree; 7 Refused; 8 Don't know</p>	<p>hohe Werte = hohe Zustimmung</p> <p>(1=5; 2=4; 3=3; 4=2; 5=1; 7,8=sy-smis)</p>
Parteien_im_EP	<p>Q43: It is very important for you which particular political party gained the most seats in the European Parliament elections.</p> <p>1 Strongly agree; 2 Agree; 3 Neither agree nor disagree; 4 Disagree; 5 Strongly Disagree; 7 Refused; 8 Don't know</p>	<p>hohe Werte = hohe Zustimmung</p> <p>(1=5; 2=4; 3=3; 4=2; 5=1; 7,8=sy-smis)</p>
EP_Bürgerbeilage	<p>Q40: The European Parliament takes into consideration the concerns of European citizens.</p> <p>1 Strongly agree; 2 Agree; 3 Neither agree nor disagree; 4 Disagree; 5 Strongly Disagree; 7 Refused; 8 Don't know</p>	<p>hohe Werte = hohe Zustimmung</p> <p>(1=5; 2=4; 3=3; 4=2; 5=1; 7,8=sy-smis)</p>
Institutionen-vertrauen	<p>Q41: You trust the institutions of the European Union.</p> <p>1 Strongly agree; 2 Agree; 3 Neither agree nor disagree; 4 Disagree; 5 Strongly Disagree; 7 Refused; 8 Don't know</p>	<p>hohe Werte = hohe Zustimmung</p> <p>(1=5; 2=4; 3=3; 4=2; 5=1; 7,8=sy-smis)</p>

EU_Zuversicht	<p>Q91: How much confidence do you have that decisions made by the European Union will be in the interest of [Country]?</p> <p>1 A great deal of confidence; 2 A fair amount; 3 Not very much; 4 No confidence at all; 7 Refused; 8 Don't know</p>	<p>hohe Werte = hohe Zuversicht</p> <p>(1=4; 2=3; 3=2; 4=1; 7,8=sysmis)</p>
Europäer	<p>Q82: Do you see yourself as...</p> <p>1 Nationality only; 2 Nationality and European; 3 European and Nationality; 4 European only; 7 Refused; 8 Don't know</p>	<p>hohe Werte = fühlt sich eher als Europäer</p> <p>(1=0; 2=1; 3=2; 4=3; 7,8=sysmis)</p>
Wahl_im_TV	<p>Q16: How often did you do any of the following during the four weeks before the European election? How often did you: watch a program about the election on television?</p> <p>1 Often; 2 Sometimes; 3 Never; 7 Refused; 8 Don't know</p>	<p>hohe Werte = oft Programm zur Wahl geschaut</p> <p>(1=3; 2=2; 3=1; 7,8=sysmis)</p>
Wahl_in_Zeitung	<p>Q17: How often did you do any of the following during the four weeks before the European election? How often did you: read about the election in a newspaper?</p> <p>1 Often; 2 Sometimes; 3 Never; 7 Refused; 8 Don't know</p>	<p>hohe Werte = oft etwas zur Wahl gelesen</p> <p>(1=3; 2=2; 3=1; 7,8=sysmis)</p>
Email_Kontakt	<p>Q21a: Have you ever been contacted by a candidate or party organisation during the election campaign in any of the following ways? a-E-mail</p> <p>1 Contacted; 2 Not contacted; 7 Refused; 8 Don't know; 9 Not applicable</p>	<p>0=nicht kontaktiert 1=kontaktiert</p> <p>(1=1; 2=0; 8,9=0; 7=sysmis)</p>
Telefon_Kontakt	<p>Q21c: Have you ever been contacted by a candidate or party organisation during the election campaign in any of the following ways? c-telephone</p> <p>1 Contacted; 2 Not contacted; 7 Refused; 8 Don't know; 9 Not applicable</p>	<p>0=nicht kontaktiert 1=kontaktiert</p> <p>(1=1; 2=0; 8,9=0; 7=sysmis)</p>

Flyer_Kontakt	Q21e: Have you ever been contacted by a candidate or party organisation during the election campaign in any of the following ways? e-flyer through the post 1 Contacted; 2 Not contacted; 7 Refused; 8 Don't know; 9 Not applicable	0=nicht kontaktiert 1=kontaktiert (1=1; 2=0; 8,9=0; 7=sysmis)
Pers_Kontakt	Q21f: Have you ever been contacted by a candidate or party organisation during the election campaign in any of the following ways? f-face to face: calling to your home 1 Contacted; 2 Not contacted; 7 Refused; 8 Don't know; 9 Not applicable	0=nicht kontaktiert 1=kontaktiert (1=1; 2=0; 8,9=0; 7=sysmis)
Straßen_Kontakt	Q21g: Have you ever been contacted by a candidate or party organisation during the election campaign in any of the following ways? g-face to face: in the street 1 Contacted; 2 Not contacted; 7 Refused; 8 Don't know; 9 Not applicable	0=nicht kontaktiert 1=kontaktiert (1=1; 2=0; 8,9=0; 7=sysmis)
<p>Anmerkung zu den Kontakt-Vs: Wegen dem Problem fehlender Werte wurden die Antworten „don't know“ und „not applicable“ mit 0 kodiert und somit als nicht kontaktiert eingestuft.</p> <p>Diese Vorgehensweise erscheint plausibel, wenn man davon ausgeht, dass ein stattgefundenener Kontakt, an den sich der Befragte nicht mehr erinnern kann auch keinen Effekt auf seine Wahlentscheidung gehabt haben dürfte (Hobolt/Spoon/Tilley 2009: 103).</p>		
Wahlwebsite	Q20: How often did you do any of the following during the four weeks before the European election? How often did you: look into a website concerned with the election? 1 Often; 2 Sometimes; 3 Never; 7 Refused; 8 Don't know	hohe Werte = oft Website besucht (1=3; 2=2; 3=1; 7,8=sysmis)
Wahlveranstaltung	Q19: How often did you do any of the following during the four weeks before the European election? How often did you: attend a public meeting or rally about the election? 1 Often; 2 Sometimes; 3 Never; 7 Refused; 8 Don't know	hohe Werte = oft Wahlveranstaltung besucht (1=3; 2=2; 3=1; 7,8=sysmis)

Wahldiskussion	<p>Q18: How often did you do any of the following during the four weeks before the European election? How often did you: talked to friends or family about the election? 1 Often; 2 Sometimes; 3 Never; 7 Refused; 8 Don't know</p>	<p>hohe Werte = oft über Wahl gesprochen (1=3; 2=2; 3=1; 7,8=sysmis)</p>
natWahlverhalten	<p>Q27: Which party did you vote for at the General Election of....? 20 Other: open answer 66 None; 77 Refused; 88 Don't know; 93 Was not eligible/old enough; 94 voted blank; 95 Spoiled vote; 96 Did not vote; 98 Other: open answer 99 Not applicable weitere Zahlen = Parteinamen der jeweiligen Parteien aus den 27 EU Staaten</p>	<p>0=Nichtwahl 1=Wahl (96=0; 66,77,88,93,99=sy smis; else 1)</p>
Wirtschaft_Vergangenheit	<p>Q48: What do you think about the economy? Compared to 12 months ago, do you think that the general economic situation in COUNTRY is..... 1 A lot better; 2 A little better; 3 Stayed the same; 4 A little worse; 5 A lot worse; 7 Refused; 8 Don't know</p>	<p>hohe Werte = bedeuten positive wirtschaftliche Lage (1=5; 2=4; 3=3, 4=2; 5=1; 7,8=sy smis)</p>
Wirtschaft_Zukunft	<p>Q49: And over the next 12 months, how do you think the general economic situation in this COUNTRY will be? Will it... 1 Get a lot better; 2 A little better; 3 Stay the same; 4 A little worse; 5 Get a lot worse; 7 Refused; 8 Don't know</p>	<p>hohe Werte = bedeuten positive wirtschaftliche Lage (1=5; 2=4; 3=3, 4=2; 5=1; 7,8=sy smis)</p>
Arbeitslosigkeit	<p>q110: What is your current work situation? Are you: 1 Self-employed; 2 Employed; 3 In school, still in education; 4 Working in the household; 5 Military service; 6 Retired; 7 Unemployed; 8 Other; 77 Refused; 88 Don't know</p>	<p>0=arbeitslos 1=arbeitet (1 bis 6, 8=1; 7=0; 77,88=sy smis)</p>

Kontrollvariablen		
Geschlecht	q102: Are you... 1 Male; 2 Female; 7 Refused	0=Mann 1=Frau (1=0; 2=1; 7=sys- smis)
Alter	q103: What year were you born? [OPEN ENDED] [_][_][_][_] (recode year of birth (4 di- gits)) 7777 Refused	Alter=2009-[year] (7777=sysmis)
Bildung	v200: International Classification of Education cross-country comparative indicator of education level, based on the ISECED classification* 0 Level 0; 1 Level 1; 1,1 Level 1A; 2 Level 2; 2,1 Level 2A; 2,2 Level 2B; 2,3 Level 2 C; 3,1 Level 3A; 3,2 Level 3B; 3,3 Level 3C; 4 Level 4; 4,1 Level 4A; 4,2 Level 4B; 4,3 Level 4C; 5,1 Level 5A; 5,2 Level 5B; 6 Level 6; 7 Other, 77 Refused; 88 Don't know; 99 Not applicable	hohe Werte = hohe Bildung (0=0; 1+1,1=1; 2+2,2+2,2+2,3=2; 3,1+3,2+3,3=3; 4+4,4+4,2+4,3=4; 5,1+5,2=5; 6=6; 71,77,88,99=sys- smis)
Stadt_Land	q115: Would you say you live in a... 1 Rural area; 2 Small or middle-sized town; 3 Suburbs of large town or city; 4 Large town or city; 7 Refused; 8 Don't know	1=ländliche Gebie- te 2=Kleinstadt / Vor- orte 3=Großstadt (1=1; 2,3=2; 4=3; 7,8=sysmis)
Gewerk- schaftsmit- gliedschaft	q99: Are you yourself a member of a trade union or is anyone else in your household a member of a trade union? 1 Yes, I am; 2 Yes, someone else is; 3 Yes I am and someone else in the household is; 4 No; 7 Refused; 8 Don't know	0=kein Gewerk- schaftsmitglied 1=Gewerkschaft- smitglied (1+3=1; 2+4=0; 7,8=sysmis)

polit_Interesse	q78: To what extent would you say you are interested in politics? Very. somewhat, a little, or not at all? 1 Very 2 Somewhat 3 a little 4 not at all 7 Refused 8 Don't know	hohe Werte = hohes politisches Interesse (4=1; 3=2; 2=3; 1=4; 7,8=sysmis)
Zufrieden_natReg	q86: Let us now come back to COUNTRY. Do you approve or disapprove of the government's record to date? 1 Approve 2 Disapprove 7 Refused 8 Don't know	0=nicht zufrieden 1=zufrieden (1=1; 2=0; 7,8=sysmis)
<p>* ISCED=International Standard Classification of Education (UNESCO)</p> <p>ISCED main levels are: Level 0=Pre-primary education Level 1=Primary education or first stage of basic education =>compulsory education Level 2=Lower secondary or second stage of basic education =>end of compulsory education Level 3=(Upper) secondary education Level 4=Post-secondary non-tertiary education Level 5=First stage of tertiary education (Grundstudium; under-graduate) Level 6=Second stage of tertiary education (Hauptstudium)</p> <p>http://www.unesco.org/education/information/nfsunesco/doc/isced_1997.htm</p>		

Literaturverzeichnis

Andreß, Hans-Jürgen/Hagenaars, Jacques A/Kühnel, Steffen (1997): Analyse von Tabellen und kategorialen Daten. Log-lineare Modelle, latente Klassenanalyse, logistische Regression und GSK-Ansatz. Berlin: Springer-Verlag.

Barnes, Samuel (2000): Politische Beteiligung in alten und neuen europäischen Demokratien, in: Niedermayer, Oskar/Westle, Bettina (Hg.): Demokratie und Partizipation. Festschrift für Max Kaase. Wiesbaden: S. 235-249.

Benninghaus, Hans (2005): Deskriptive Statistik. Eine Einführung für Sozialwissenschaftler. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Bernhagen, Patrick/Marsh, Michael (2007): Voting and Protesting: Explaining Citizen Participation in Old and New European Democracies, in: Democratization, 14, Issue 1, S. 44-72.

Blalock, Hubert M. (1972): Social Statistics. New York: McGraw-Hill Book Company.

Blondel, Jean/Sinnott, Richard/Svensson, Palle (1998): People and Parliament in the European Union. Participation, Democracy and Legitimacy. Oxford: Oxford University Press.

Brennan, Geoffrey/Lomasky, Loren (1993): Democracy and Decision. The Pure Theory of Electoral Preference. Cambridge: Cambridge University Press.

Brettschneider, Frank/van Deth, Jan/Roller, Edeltraud (2003): Europäische Integration in der öffentlichen Meinung: Forschungsstand und Forschungsperspektiven, in: Brettschneider, Frank/van Deth, Jan/Roller, Edeltraud (Hg.): Europäische Integration in der öffentlichen Meinung. Opladen: S.9-26.

- Bühl, Achim/Zöfel, Peter (1996): Professionelle Datenanalyse mit SPSS für Windows. Darstellung der Programmsyntax und Beschreibung der Module Categories, CHAID, Exakte Tests, LISREL, Tables und Trends. Bonn: Addison-Wesley.
- Caballero, Claudio 2005: Nichtwahl, in: Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hg.) Handbuch Wahlforschung. Wiesbaden: 329-365.
- Campbell, Angus/Gurin, Gerald/Miller, Warren E. (1971): The Voter Decides. Westport, Connecticut: Greenwood Press.
- Campbell, Angus/Converse, Philip E./Miller, Warren E./Stokes, Donald E. (1980): The American Voter. Chicago: Chicago University Press.
- Doktor, Christoph (2005): Polish Parties and European Integration, in: Hrbek, Rudolf (Hg.): European Parliament Elections 2004 in the Ten New EU Member States. Towards the Future European Party System. Baden-Baden: 181-199.
- Downs, Anthony (1986): An Economic Theory of Democracy. New York: Harper and Row.
- Downs, Anthony (1957): An Economic Theory of Democracy. New York: Harper and Row.
- EES (2009): European Parliament Election Study 2009. Voter Study. Advance Release, 7. April 2010 (www.piredeu.eu)

Europäisches Parlament (2009): Europäische Wahlergebnisse. Wahlbeteiligung 1979-2009. Brüssel: TNS opinion in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament.

http://www.europarl.europa.eu/parliament/archive/elections2009/de/turnout_de.html# (Aug 2010)

Falter, Jürgen W/Schoen, Harald (2003): Nichtwähler bei der Bundestagswahl 2002, in: Politische Studien - Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen, 54, S. 34-43.

Falter, Jürgen W/Schumann, Siegfried/Winkler, Jürgen (1990): Erklärungsmodelle von Wählerverhalten, in: APuZ B37-38, S.3-13.

Farrel, David M./Scully, Roger (2007): Representing Europe's Citizens? Electoral Institutions and the Failure of Parliamentary Representation. Oxford: Oxford University Press.

Fauvelle-Aymar, Christine/Stegmaier, Mary (2008): Economic and Political Effects on European Parliamentary Electoral Turnout in Post-Communist Europe, in: Electoral Studies, 27, S. 661-672.

Fauvelle-Aymar, Christine/Stegmaier, Mary (2006): European Parliament Electoral Turnout in Post-Communist Europe. Paris: Cahiers de la Maison des Sciences Économiques.

<http://mse.univ-paris1.fr/MSEFramCahier2006.htm> (Juli 2010)

Flickinger, Richard S./Studlar, Donley T. (2007): One Europe, Many Electorates? Models of Turnout in European Parliament Elections After 2004, in: Comparative Political Studies, 40, No. 4, S. 383-404.

Franklin, Mark N (2009): The European Elections Studies. Objectives and Accomplishments. APSA Short Course, Toronto Canada: 1-7.

http://www.piredeu.eu/Database/APSA_DOCS/The_European_Elections_Study.pdf (September 2010)

Franklin, Mark N. (2007): Turning Out or Turning Off? How the European Parliament Elections of 2004 Shed Light on Turnout Dynamics, in: Marsh, Michael/Slava Mikhaylov/Hermann Schmitt (Hg.): European Parliament Elections after Eastern Enlargement. Preliminary Results of the European Parliament Elections Study 2004. Mannheim: 53-69.

Franklin, Mark N. (2001a): European Elections and the European Voter, in: Richardson, Jeremy (Hg.): European Union. Power and Policy-Making. London: 201-216.

Franklin, Mark N (2001b): How Structural Factors Cause Turnout Variations at European Parliament Elections, in: European Union Politics, 2(3), S. 309-328.

Franklin, Mark N/van der Eijk, Cees/Oppenhuis, Erik (1996): The Institutional Context: Turnout, in: van der Eijk, Cees/Franklin Mark N (Hg.): Choosing Europe? The European Electorate and National Politics in the Face of Union. Ann Arbor: S. 306-331.

Franklin, Mark N./Wessels, Bernhard (2010): Stimulus, Response and Turnout Variations at a European Parliament Election, paper prepared for MPSA-meeting Chicago Illinois, April, S. 1-22.

<http://www.wzb.eu/%7Ewessels/Downloads/Stimulus%20and%20response.pdf> (Mai 2010)

- Fromm, Sabine (2005): Binäre logistische Regressionsanalyse. Eine Einführung für Sozialwissenschaftler mit SPSS für Windows. (Bamberger Beiträge zur empirischen Sozialforschung, Nr. 11), Bamberg.
- Fuchs, Dieter (2000): Demokratie und Beteiligung in der Gesellschaft: einige demokratiethoretische Überlegungen, in: Niedermayer, Oskar/Westle, Bettina (Hg.): Demokratie und Partizipation. Festschrift für Max Kaase. Wiesbaden: S. 250-280.
- Hartmann, Jürgen (2009): Das politische System der Europäischen Union. Eine Einführung. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Hobolt, Sara B./Spoon, Jae-Jae/Tilley, James (2009): A Vote Against Europe? Explaining Defection at the 1999 and 2004 European Parliament Elections, in: British Journal of Political Science, 39, S. 93-115.
- Kleinhenz, Thomas (1995): Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kostadinova, Tatiana (2003): Voter Turnout Dynamics in Post-Communist Europe, in: European Journal of Political Research, 42, S. 741-759.
- Lazarsfeld, Paul F./Berelson, Bernard/Gaudet, Hazel (1965): The People's Choice. How a Voter Makes Up His Mind in a Presidential Campaign. New York: Columbia University Press.
- Lehmann, Wilhelm (2009): The European Elections: EU Legislation, National Provisions and Civic Participation. Brussels: European Parliament.
<http://www.europarl.europa.eu/activities/committees/studies/download.do?language=en&file=26188#search=%20The%20European%20Elections%20>
(Nov 2010)

- Lippert, Barbara (1998): From Pre-Accession to EU-Membership - Implementing Transformation and Integration, in: Lippert, Barbara/Becker, Peter (Hg.): Towards EU-Membership. Transformation and Integration in Poland and the Czech Republic. Bonn: S. 17-62.
- Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein (1967): Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction, in: Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein (Hg.): Party Systems and Voter Alignments: Cross-Nationale Perspectives. New York: S. 1-64.
- Marsh, Michael (1998): Testing the Second-Order Model after Four European Elections, in: British Journal of Political Science, 28, S. 598-607.
- Mattila, Mikko (2003): Why Bother? Determinants of Turnout in the European Elections, in: Electoral Studies, 22, S. 449-468.
- Niedermayer, Oskar (2005): Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Norris, Pippa (2004): Electoral Engineering. Voting Rules and Political Behavior. Cambridge: Cambridge University Press.
- Nugent, Neill (2004): The EU and the 10+2 Enlargement Round: Opportunities and Challenges, in: Nugent, Neill (Hg.): European Union Enlargement. Basingstoke: S. 1-21.
- Pacek, Alexander C. (1994): Macroeconomic Conditions and Electoral Politics in East Central Europe, in: American Journal of Political Science, 38, No. 3, S. 723-744.

- Pappi, Franz Urban/Shikano, Susumu (2007): Wahl- und Wählerforschung. Baden-Baden: Nomos.
- Perea, Eva A. (2002): Individual Characteristics, Institutional Incentives and Electoral Abstention in Western Europe, in: European Journal of Political Research, 41, No. 5, S. 643-673.
- PIREDEU (2008): PIREDEU - Objectives and Project Overview. Fiesole: European University Institute.
http://www.piredeu.eu/Database/DOCS/001DP_PIREDEU_Project_Summary.pdf (September 2010)
- Reif, Karlheinz (1997): Reflections: European Elections as Member State Second-Order Elections - Revisited, in: European Journal of Political Research, 31, No. 1, S. 115-124.
- Reif, Karlheinz/Schmitt, Hermann (1980): Nine Second-Order National Elections - A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results, in: European Journal of Political Research, 8, No. 1 S. 3-44.
- Riker, William H./Peter C. Ordeshook (1968): A Theory of the Calculus of Voting, in: The American Political Science Review, Vol 62, No 1, S.25-42.
- Rose, Richard (2004): Europe Expands, Turnout Falls: The Significance of the 2004 European Parliament Election. Stockholm: International Institute for Democracy and Electoral Assistance.
http://www.idea.int/publications/voter_turnout_weurope/upload/Annex_Euro_Gap.pdf (Juli 2010)
- Rose, Richard (1995): Mobilizing Demobilized Voters in Post-Communist Societies, in: Party Politics, Vol 1, No 4, S. 549-563.

- Rosenstone, Steven J (1982): Economic Adversity and Voter Turnout, in: American Journal of Political Science, Vol 26. No 1, S. 25-46.
- Rosenstone, Steven J/Hansen, John Mark (1993): Mobilization, Participation, and Democracy in America. New York: Macmillan.
- Rudi, Tatjana (2010): Wahlentscheidungen in postsozialistischen Demokratien in Mittel- und Osteuropa. Eine vergleichende Untersuchung. Baden-Baden: Nomos.
- Schmitt, Hermann (2005): The European Parliament Elections of June 2004: Still Second-Order? in: West European Politics, Vol 28, No 3, S. 650-679.
- Schmitt, Hermann/Mannheimer, Renato (1991): About Voting and Non-Voting in the European Elections of June 1989, in: European Journal of Political Research, 19, No 1, S. 31-54.
- Schmitt, Hermann/Sanz, Alberto/Braun, Daniela (2009): Motive individuellen Wahlverhaltens in Nebenwahlen: Eine theoretische Rekonstruktion und empirische Überprüfung, in: Gabriel, Oskar W/Weßels, Bernhard/Falter, Jürgen W (Hg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005. Wiesbaden: S. 585-605.
- Schmitt, Hermann/van der Eijk, Cees (2003): Die politische Bedeutung niedriger Beteiligungsraten bei Europawahlen. Eine empirische Studie über die Motive der Nichtwahl, in: Brettschneider, Frank/van Deth, Jan/Roller, Edeltraud (Hg.): Europäische Integration in der öffentlichen Meinung. Opladen: S. 279-302.

- Schoen, Harald (2010): Kampagnenrezeption und Beteiligung an der Europawahl 2009. Eine Analyse auf der Basis einer Onlinebefragung, in: Holtz-Bacha, Christina (Hg.): Die Massenmedien im Wahlkampf. Das Wahljahr 2009. Wiesbaden: 42-66.
- Statistisches Bundesamt (2009): Bundestagswahl 2009. Ergebnisse der Wahl zum 17. Deutschen Bundestag. 60 Jahre Bundesrepublik - 60 Jahre Bundestagswahlen. Informationen des Bundeswahlleiters. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Tenscher, Jens (2005): Wahl-Kampf um Europa - Eine Einführung, in: Tenscher, Jens (Hg.): Wahl-Kampf um Europa. Wiesbaden: S. 7-29.
- van der Eijk, Cees/Franklin Mark N (1996): The Research: Studying the Elections of 1989 and 1994, in: van der Eijk, Cees/Franklin Mark N (Hg.): Choosing Europe? The European Electorate and National Politics in the Face of Union. Ann Arbor: S. 33-54.
- van Egmond, Marcel H/Sapir, Eliyahu V/van der Brug, Wouter/Hobolt, Sara B/Franklin, Mark N (2010): EES 2009 Voter Study Advance Release Notes. Amsterdam: University of Amsterdam.
- van Egmond, Marcel H/van der Brug, Wouter/Franklin, Mark N/Hobolt, Sara (2010): EES 2009 Voter Study Questionnaire. Florence: European University Institute. (www.piredeu.eu)
- Wessels, Bernhard (2009): Linkages Studied by the EES. Presentation given at the Candidate Study Kick-Off Meeting. Badia Fiesolana, Florence: European University Institute.

- Weßels, Bernhard (2005): Europawahlen, Wählermobilisierung und europäische Integration, in: Tenscher, Jens (Hg.): Wahl-Kampf um Europa. Wiesbaden: S. 86-104.
- Wessels, Bernhard/Franklin, Mark N. (2010): Turning Out or Turning Off: Do Mobilization and Attitudes Account for Turnout Differences between New and Established Member States at the 2004 EP Elections?, in: Schmitt, Hermann (Hg.): European Parliament Elections after Eastern Enlargement. London: 82-99.
- Wessels, Bernhard/Schmitt, Hermann (2000): Europawahlen, Europäisches Parlament und nationalstaatliche Demokratie. Formen und Folgen der Demokratisierung der Europäischen Union, in: Klingemann, Hans-Dieter/Neidhardt, Friedhelm (Hg.): Zur Zukunft der Demokratie. Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung. Berlin: S. 295-319.
- Wessels, Wolfgang (2009): Das politische System der Europäischen Union, in: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Westeuropas. Wiesbaden: S 957-992.
- Wüst, Andreas M./Stöver, Philip (2005): Die Wahlsysteme einzelner Länder zur Wahl des Europäischen Parlaments, in: Niedermayer, Oskar/Schmitt, Hermann (Hg.): Europawahl 2004. Wiesbaden: S.167-169.
- Wüst, Andreas M./Tausendpfund, Markus (2009): 30 Jahre Europawahlen, in: APuZ, 23-24, S. 3-9.